

SPEZIALÜBUNG

## **SÜDAMERIKA**

WINTERSEMESTER 1999/2000

**Leitung:** *Dr. Heiko Faust  
Georg Krekeler  
Jens-Peter Krüger*

**Redaktion:** *Heike Hildenbrand*

**Teilnehmerliste:**

<i>Susanne Becker</i>	<i>Sara Montgomery</i>
<i>Monika Bodiroza</i>	<i>Marcus Schawe</i>
<i>Kathrin Bremer</i>	<i>Kim Seaton</i>
<i>Julia Christoph</i>	<i>Schirin Shahed</i>
<i>Uta Fritzen</i>	<i>Gerald Steilen</i>
<i>Robert Karsten</i>	<i>Meike Wollni</i>
<i>Grischa Kettler</i>	<i>Kai Yamaguchi</i>
<i>Kathleen Krah</i>	<i>Dorothea Ziegler</i>
<i>Gero Kreiser</i>	

**Bezug dieses Bandes über**

*Geographisches Institut  
z. Hd. v. Herrn Heiko Faust  
Georg-August Universität Göttingen  
Goldschmidtstr. 5  
D-37077 Göttingen  
Fax: 0551-398055  
Email: [hfaust@gwdg.de](mailto:hfaust@gwdg.de)*

# INHALTSVERZEICHNIS

Veranstungsverlauf	6
1. Einleitung	8
2. Referate	
2.1    Ethnische Vielfalt in Bolivien – historische Entwicklung und aktuelle Probleme	12
2.2    Politische Artikulation von indigenen / afroandinen Volksgruppen	24
2.3    Binnenmigration und Metropolisierung – Räumliche Disparitäten und ihre Folgen	34
2.4    Der informelle Wirtschaftssektor: Ausweg oder Alternative?	48
2.5    Wirtschaftliche Bedeutung des Andenpakts und des MERCOSUR	58
2.6    Schutz und Bewirtschaftung von Tropenwäldern	72
2.7    Die deutsche bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit den Andenländern	82
3. Projekterfahrungen	
3.1    Wasser- und Nährstoffkreislauf im Tieflandregenwald Ecuadors	102
3.2    Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen im Departement Santa Cruz/Bolivien	103
3.3    Förderung von Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen in La Paz/Bolivien	108
4. Projektplanung	
4.1    Ressourcenmanagement	112
4.2    Fallbeispiel Quasiland	119
5. Projektausarbeitung	
5.1    Problem: Geringe Erträge	124
5.2    Problem: Brain Drain	126
5.3    Problem: Umweltverschmutzung	127

## Veranstungsverlauf

Zeit/Ort:

Blockveranstaltung:

Fr. 26.11.1999 - 9.15 Uhr –12.45; 14.15 –17.15

Sa. 27.11.1999 - 9.15 Uhr –12.45; 14.15 –17.15

Mo. 29.11.1999 - 9.15 Uhr –12.45

### FREITAG 26.11.1999

Zeit	Thema:	Referent(in):
9.15 – 10.00	Ethnische Vielfalt der Andenländer – historische Entwicklung und aktuelle Probleme	<i>Christoph, Julia Becker, Susanne</i>
10.00 – 10.45	Politische Artikulation von indigenen / afro-andinen Volksgruppen	<i>Fritzen, Uta Bodiroza, Monika</i>
Pause		
11.15- 12.00	Binnenmigration und Metropolisierung – Räumliche Disparitäten und ihre Folgen	<i>Baugh, Sophie Montgomery, Sara</i>
12.00- 12.45	Der informelle Wirtschaftssektor: Ausweg oder Alternative?	<i>Ziegler, Dorothea Bremer, Kathrin</i>
Pause		
14.15- 15.00	Wirtschaftliche Bedeutung des Andenpakts und des MERCOSUR	<i>Yamaguchi, Kai Steilen, Gerald</i>
15.00- 15.45	Schutz und Bewirtschaftung von Tropenwäldern	<i>Shahed, Schirin</i>
Pause		
16.15- 17.00	Landnutzungsplanung und nachhaltige Bodenbewirtschaftung	<i>Krüger, Jens-Peter</i>
17.00- 17.45	Die deutsche bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit den Andenländern	<i>Krah, Kathleen Seaton, Kim</i>

**SAMSTAG 27.11.1999**

<b>Zeit</b>	<b>Thema:</b>	<b>Referent(in):</b>
9.15 – 9.45	Projekterfahrung	<i>Gero Kreiser</i>
9.45 – 10.15	Projekterfahrung	<i>Meike Wollni</i>
10.15- 10.45	Projekterfahrung	<i>Grischa Kettler</i>
<b>Pause</b>		
11.15- 12.00	Projekterfahrung	<i>Robert Karsten</i>
12.00- 12.30	Projekterfahrung	<i>Marcus Schawe</i>
<b>Pause</b>		
14.15-  17.00	Projektausarbeitungen in Arbeitsgruppen	

**MONTAG 29.11.1999**

9.15- 12.45	Projektvorstellungen der Arbeitsgruppen	
----------------	---	--

# 1. EINLEITUNG

Seit Anfang der 90er Jahre sind in fast allen Ländern Südamerikas ökonomische und politische Modernisierungen zu beobachten. Die nunmehr demokratisch legitimierte Regierungen sehen vor allem in der neoliberalen Wirtschaftspolitik die treibende Kraft einer gesellschaftlicher Entwicklung. Doch die Öffnung der Märkte durch zunehmende Globalisierung ist auch mit einer Reihe tiefgreifender sozialer und ökologischer Folgen verbunden. Als Beispiel ließe sich die zunehmende Verdrängung des Anbaus von Grundnahrungsmitteln zugunsten von Exportprodukten nennen. Faktoren wie der Zugang zu Infrastruktur, Kapital, Absatzmärkten gewinnen innerhalb der Bevölkerung zunehmend an Bedeutung. Nicht standortgerechten Anbausysteme, mangelnde Kenntnisse oder eine Übernutzung vorhandener Flächen ziehen eine Reihe von ökologischen Konsequenzen nach sich, die gleichsam eine Abnahme des landwirtschaftlichen Produktionspotentials induzieren.

Noch immer konzentriert sich der größte Prozentsatz der Armen in Südamerika im ländlichen Raum. Zugleich wird der Landbesitz im Zuge der Globalisierung vielfach noch weiter konzentriert, Kleinbauern und indigene Völker mehr und mehr verdrängt. Die Land-Stadt-Migration infolge mangelnder Perspektiven im ländlichen Raum ist eine typische Erscheinungform in den Ländern Südamerikas. Dabei scheint die Aufnahmefähigkeit vieler Großstädte für Migranten mehr und mehr an ihre Grenzen zu stoßen.

Die Beiträge der Übung "Ausgewählte Aspekte der Kulturgeographie und Landschaftsökologie Südamerikas" sind im vorliegenden Heft zusammengefasst. Dabei werden sowohl historische Entwicklungen nachgezeichnet als auch aktuelle Aspekte aus Politik und Wirtschaft beleuchtet. Ziel der Veranstaltung ist es, am Beispiel Südamerikas übergreifende Trends aufzuzeigen und an spezifischen Beispielen zu illustrieren. Dabei sollte auch auf gewöhnlich weniger beleuchtete Themenaspekte eingegangen werden.

## 2. REFERATE

## 2.1 ETHNISCHE VIelfALT IN BOLIVIEN - HISTORISCHE ENTWICKLUNG UND AKTUELLE PROBLEME

Julia Christoph & Susanne Becker

### INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung
  2. Geschichtlicher Rückblick
    - 2.1 Die frühen Kulturen
    - 2.2 Die Zeit der Inka (etwa 1450 -1534)
    - 2.3 Die Zeit der spanischen Eroberung (1532-1825)
    - 2.4 Die Unabhängigkeit (seit 6.8.1825)
  3. Von der Revolution 1952 zu den aktuellen Problemen
    - 3.1 Die Agrarreform
  4. Die Campesinos
    - 4.1 Hochlandindianer
    - 4.2 Tieflandindianer
      - 4.2.1 Die Situation der Tieflandindianer in Bolivien
  5. Die Mineros
  6. Die Kreolen
  7. Die Cholos
  8. Ethnische Gruppen im heutigen Bolivien
  9. Schlußbetrachtung
- Literaturverzeichnis

# 1. Einleitung

Soll die heutige Situation der ethnischen Bevölkerungsgruppen in Bolivien beschrieben werden, so muß dieses mit einem Rückblick auf die Geschichte der Andenländer geschehen. Aus diesem Grunde beginnt diese Arbeit mit einem geschichtlichen Rückblick auf frühere Kulturen und prägende Hochkulturen in dem Gebiet der Anden. Entscheidende Auswirkungen auf die ethnische Zusammensetzung der Gegenwart hatte die Eroberung der Andenregion durch die Spanier, auf die im weiteren Verlauf der Arbeit eingegangen wird. Die Jahrhunderte währende Unterdrückung der indianischen Bevölkerung hat zu ihren auch noch heute aktuellen Problemen geführt, die im besonderen seit der Revolution von 1952 geschildert werden.

## 2. Geschichtlicher Rückblick

### 2.1 Die frühen Kulturen

Die ältesten Spuren menschlicher Besiedlung in den Anden sind über 20000 Jahre alt. Da begannen kleine Gruppen von Einwanderern die Landbrücke zwischen Sibirien und Alaska zu überqueren. Um 9000 v.Chr. hatten Menschen die Südspitze Südamerikas erreicht (GEO-SPEZIAL, 1997:62). Funde, die von einer wirklichen Entwicklung der Andenbewohner zeugen, datieren jedoch erst vom Ende der letzten Eiszeit, also etwa der Zeit um 8000 v.Chr. Die Menschen dieser Epoche lebten als Nomaden, vorzugsweise in Höhlen, und als Sammler und Jäger wie ihre europäischen Zeitgenossen. Sie begannen mit dem Anbau von Feldfrüchten-Kartoffeln, Mais, Quinoa und entwickelten erste religiöse Systeme. Etwa um 2500 v.Chr. hatte die Landwirtschaft einen Umfang erreicht, der eine echte Ansiedlung ermöglichte. Die Stämme gaben das Höhlenleben auf und begannen Dörfer zu gründen. Um 800 v.Chr. entstand die erste Hochkultur im zentralen Bergland von Peru: Chavín de Huantar (benannt nach ihrem Fundort). Chavín beherrschte die Anden bis ins erste vorchristliche Jahrhundert und wurde dann von verschiedenen bedeutenden, aber lokal beschränkten Kulturen abgelöst: Moche an der nördlichen, Nazca an der südlichen Küste Perus, Recuay im nördlichen Bergland und schließlich Tiahuanaco auf dem Altiplano. Diese vier Kulturen entwickelten sich fast parallel zueinander. Für mehr als 800 Jahre existierten die großen Kulturen des Andenraumes friedlich nebeneinander.

Tiahuanaco, als einzige dieser Kulturen auf dem Boden des heutigen Bolivien gelegen, wird heute als historischer Grundstein der bolivianischen Geschichte betrachtet. Das Zentrum von Tiahuanaco liegt 16 km südlich des Titicaca-Sees und ist die archäologische Attraktion Boliviens. Tiahuanaco ist die Kultur des Ungewissen und der Rätsel. Wie fast alle alt-amerikanischen Kulturen hinterließ auch Tiahuanaco keine geschriebenen Quellen. Deshalb sind die folgenden Fragen schwer zu beantworten. Woher kam das Volk der Tiahuanacos? Wie und warum verschwand es wieder? Worin liegt der Ursprung des Namens? Tiahuanaco, soviel ist gesichert, benötigte eine lange Zeit der Entwicklung, bis es zur zweiten Hochkultur der Anden wurde. Im allgemeinen teilt man ihre Geschichte in drei Perioden: die Siedlung, die Stadt und das Imperium. In den ersten 600 Jahren seiner Geschichte beschränkten sich die Macht und der Einfluß Tiahuanacos auf die unmittelbare Umgebung des Zentrums am Titicaca-See. Erst im 7. nachchristlichen Jahrhundert wurde aus der kleinen Ansiedlung eine wirkliche städtische Kultur. Im 10. Jahrhundert wandelte sich die politische Struktur in den Anden. Die Zeit der begrenzten lokalen Mächte war vorbei. Tiahuanaco begann sich auszudehnen und wurde zum ersten großen Imperium Südamerikas. Sein Einfluß reichte- zumindest kulturell- vom Norden Perus bis in die nördlichen Bereiche des heutigen Argentinien und Chiles. Das Ende Tiahuanaco wird in der Forschung zumeist mit der schnellen Expansion des Reiches in Verbindung gebracht. Offenbar tauchten organisatorische Probleme auf. Der schnelle Zuwachs der Bevölkerung mag zu ökonomischen Krisen geführt haben. Aber auch Naturkatastrophen werden für das abrupte Ende nicht ausgeschlossen. Das Imperium löste sich Anfang des 13. Jahrhunderts auf (PAMPUCH, 1987:19).

Nach dem Verschwinden Tiahuanacos organisierten sich die verschiedenen Stämme als kleine Fürstentümer und Föderationen. Eine ihrer wesentlichen Beschäftigungen wurde der Kampf mit dem Nachbarn. Eine beherrschende Stellung nahmen die Aymara-sprechenden Stämme des nördlichen Altiplano ein. Sie entwickelten dabei äußerst komplexe staatliche Organisationsformen. Bis zum 15. Jahrhunderts gelang es den Aymara-Fürstentümern, zum dominierenden System des südlichen Andenbereichs zu werden. Die Fürstentümer griffen im Laufe der Zeit weit über das Hochplateau hinaus. Es entwickelte sich ein regelrechtes Kolonistensystem, daß schließlich sämtliche ökologische Stufen der Anden umfaßte. Die Aymaras waren aber keineswegs das einzige Volk in dieser Gegend. Mitten unter ihnen lebten andere Stämme, die von den Aymaras respektiert wurden. Der wichtigste und bekannteste dieser Stämme ist der der Urus, dessen Sprache Puquina sich bis ins 20. Jahrhundert erhalten hat. Die letzten Abkömmlinge der Urus leben heute auf den schwimmenden Schilfinseln in der Bucht von Puno (Chile) und sind eher zu einer traurigen Touristenattraktion geworden.

Aber auch den mächtigen und reichen Aymara schlug die Stunde. Jenseits des Titicaca-See erwuchs ihnen, gerade als sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht waren, mit den Quechuas ein mächtiger und bedrohlicher Gegner (PAMPUCH, 1987:23). Das Reich der Inka begann sich auszubreiten.

## 2.2 Die Zeit der Inka (etwa 1450 -1534)

Um 1000 n.Chr. tauchte ein Volk als regionale Macht im Cuzco-Becken (heutiges Peru) auf. Es war zahlenmäßig kleiner und offenbar weniger mächtig als die anderen andinen Zivilisationen. Seit 1438 aber begann es sich unter seinem Herrscher Pachacutec schnell von seiner Basis in Cuzco auszubreiten. Sein Sohn, der Inka Topa Yupanqui, führte seine Armee erst nach Süden ins heutige Chile, dann nach Norden bis ins mittlere Hochland von Ecuador. Unter der Regierung von Huayna Capac (1493-1527) wuchs das Reich noch um den südwestlichen Teil Boliviens und den Nordteil Ecuadors und hatte seine größte Ausdehnung knapp hundert Jahre nach der Gründung erreicht. Der Erfolg der Inka auf ihren Eroberungszügen beruhte nicht allein auf ihren militärischen Fähigkeiten. Was die Inkas zum größten Imperium Amerikas werden ließ, war in erster Linie ihr Organisationstalent. Dieses Talent machte sie ab Mitte des 15. Jahrhunderts in staatlicher, ökonomischer und vor allem militärischer Hinsicht allen anderen Völkern Amerikas überlegen. Sie verstanden zusätzlich die neuen Untertanen so zu integrieren, daß diese unter den Inka ein weitgehend geordnetes Leben führen konnten. Allerdings waren die unterlegenen Völker zur Arbeitspflicht (*mita*) und Tributabgabe verpflichtet. Die *mita* konnte Militärdienst bedeuten, aber auch den Einsatz zum Straßen-, Brücken- oder Festungsbau, das Anlegen von Terrassen (den berühmten *andenes*, dem die Anden ihren Namen verdanken) oder den persönlichen Dienst für Adel und Inka (PAMPUCH, 1987:25). Die Inka suchten sich unter den besiegten Kulturvölkern die begabtesten Staatsbeamten zur Durchsetzung ihrer Politik und einer einheitlichen Verwaltungssprache, dem Quechua, sowie ihrer Religion der Sonnenverehrung aus (GEO-SPEZIAL, 1997:64). Im Gegensatz zu anderen von den Inkas unterworfenen Völkern und Stämmen durften die Aymaras ihre Sprache und Kultur weitgehend behalten. Kulturell schwächere Stämme wurden „quechuaisiert“. Zur Sicherheit und Stabilität im Reich wurden Quechua-sprechende Kolonien (*mitimaes*, das sind Bevölkerungskontingente, die wegen ihrer anerkannten Loyalität zum Inka zu den neu eroberten Regionen geschickt wurden- dorthin, wo man eine negative Einstellung von Seiten der erst kürzlich unterworfenen Untertanen bemerken konnte; TORRICO, 1997:21) angesiedelt, was das enge Nebeneinander der Quechua- und Aymarasprache im heutigen Bolivien erklärt.

Das Inkareich hatte bei Ankunft der Spanier 1532 die Grenzen seiner Ausdehnung erreicht. Als Pizarro (spanischer Heeresführer) in die Anden vordrang, befand sich dieses Reich in der schwersten Krise seiner Geschichte. Ein blutiger Bürgerkrieg zwischen den Halbbrüdern Atahualpa und Huascar, die beide die Inkakrone ihres Vaters Huayna Capac beanspruchten, hatte das Land in ein Chaos gestürzt. Dies ermöglichte den spanischen Eroberern (Conquistadores) die verfeindeten Fraktionen gegeneinander auszuspielen. Nur so ist der schnelle Sieg der Spanier in Peru zu erklären

(RÖDL, 1989:13). Das Reich der Inka verschwand innerhalb weniger Jahre und wurde abgelöst vom „Reich, in dem die Sonne nie unterging“ (PAMPUCH, 1987:26).

### 2.3 Die Zeit der spanischen Eroberung (1532-1825)

Mit der Conquista begann für die Ureinwohner Südamerikas eine Geschichte der Unterdrückung, die bis heute andauert (PAMPUCH, 1987:27).

Mit weniger als 300 Mann brach Pizarro 1532 das Rückrat eines Imperiums, das sich territorial über eine Länge von 4000 km erstreckte und etwa 12 Mio. Menschen kontrollierte (NELSON, vgl. <http://www.inca.htm>). Die Unzufriedenheit der unterworfenen Völker beschleunigte den Zusammenbruch. Viele schlugen sich auf die Seite der Spanier, weil sie so ihre Unabhängigkeit wiederzuerlangen hofften (GEO-SPEZIAL, 1997:70). Von Anfang an betrachteten sich die Europäer nicht als Gäste in Amerika, sondern als Herren, und die eigentlichen Hausbesitzer wurden zu Sklaven (VON GLEICH, 1997:54). Die Eroberer füllten die Schatzkammern der spanischen Krone zunächst mit den ungeheuren Schätzen aus Tempeln und Gräbern und später mit dem Reichtum der Gold- und Silberminen (GEO-SPEZIAL, 1997:75). Die mita hatte in einigen Regionen fortlaufenden Bestand. Die Dörfer der „freien Indianer“ des Hochlandes wurden verpflichtet, pro Jahr insgesamt 13500 Männer für die Minenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmen preßten aus den ihnen von der Krone zur Verfügung gestellten Indianern heraus, was nur ging. Es kam zu einer regelrechten Entvölkerung in vielen Gebieten. Krankheit und Fronarbeit ließen die Indianer zu Tausenden sterben (PAMPUCH, 1987:30).

Als Mitte des 17. Jahrhunderts der Silberstrom zu versiegen begann, erlebte das heutige Bolivien einen strukturellen Wandel. Die Bevölkerung, die zum ersten Mal der Conquista wieder anwuchs, verließ in Massen die Zentren, in denen es nichts mehr zu holen gab. Die freien indianischen Gemeinden wuchsen, die regionalen Märkte bestimmten wieder mehr das Bild. In dieser Phase (1780-1782) liegen die großen Revolutionsbewegungen in der Geschichte der Indianer (z.B. Tupac Amaru und Tupac Katari). Die Aufstände scheiterten und endeten in einem Blutbad. Die Indianer wurden noch effektiver ins koloniale System eingegliedert (RÖDL, 1989:20).

Zum Untergang des spanischen Kolonialreiches kam es durch die Rebellion der Kreolen (Nachkommen weißer romanischer Einwanderer), die die Ausbeutung zu Gunsten der spanischen Krone nicht länger dulden wollten. Simón Bolívar (nach ihm ist der heutige Staat *Bolivien* (vorher *Hochperu*) benannt) war einer der Unabhängigkeitskämpfer und der erste Präsident der Republik Boliviens.

### 2.4 Die Unabhängigkeit (seit 6.8.1825)

Selbst die Unabhängigkeit von Spanien verbesserte die Situation der Indianer nicht, auch wenn es zunächst so aussah. Die Reformen des 2. Präsidenten der Republik, Antonio José de Sucre, schafften die mita und die Tributpflicht (Kopfsteuer männlicher Indianer) der Indianer ab. Für den Geschmack der lokalen Eliten war dies allerdings zu fortschrittlich. Sucre stieß auf massiven Widerstand und legte 1828 sein Amt nieder. Die Tributpflicht wurde wieder eingeführt und zur wichtigsten Einnahmequelle des 19. Jahrhunderts. Es folgte die Zeit der „caudillos“ (Führer), deren einseitige und engstirnige Wirtschafts- und Außenpolitik eine permanente Staatskrise bedeutete und Bolivien zunächst in den Salpeterkrieg mit Chile (1879-1883) führte, in dem Bolivien seinen Zugang zum Meer verlor (RÖDL, 1989:20). Das politische Bild Boliviens war durch einen ständigen Präsidentenwechsel geprägt. Um sich der Regierung zu bemächtigen, genügte oft ein kleines Bataillon. Der Staat, dessen Bevölkerung zum Großteil auf dem Lande lebte, wurde von einer Handvoll Männern regiert, die nur den Regierungspalast einnehmen mußten, um Präsidenten ab- und einzusetzen (PAMPUCH, 1987:48).

Der Chaco-Krieg gegen Paraguay (1932-35) wurde zu einem Wendepunkt der bolivianischen Geschichte. Er hatte die Fehler des alten Systems, den Verschleiß der traditionellen Kräfte im Land bloßgelegt. Die ersten Arbeiterbewegungen kommen in Gang. Es kommt zu Massakern in den Minenzentren, Aufständen auf dem Land und politischen Unruhen in den Städten, aber auch ein

wachsender Einfluß faschistischer Gruppierungen kennzeichnen die nächsten Jahre der bolivianischen Politik (PAMPUCH, 1987:54). Erst 1952 brachte die Präsidentschaft von Victor Paz Estenssoro eine grundsätzliche Umstrukturierung der bolivianischen Gesellschaft (RÖDL, 1989: 22).

### 3. Von der Revolution 1952 zu den aktuellen Problemen

Die Situation Boliviens, am Vorabend der Revolution vom Karfreitag 1952, stellt sich wie folgt da: Das Land zählt 2,7 Millionen Einwohner, denen nur etwa 700 Ärzte zur Verfügung stehen. Ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 118 US-Dollar, läßt diesen Staat, neben Haiti, zu den ärmsten des Kontinents zählen. Bolivien, ein zurückgebliebenes Agrarland, muß einen erheblichen Teil seiner Nahrungsmittel importieren. Die Eigentums-verhältnisse sind mit die ungerechtesten in Südamerika, da beispielsweise über die Hälfte des Ackerlandes auf nur wenige Hundert Haciendas (Großgrundbesitz) entfällt, von denen jedoch nur ein geringer Teil wirklich genutzt wird. Von den an Rentabilität verlierenden Minen, fließen erwirtschaftete Gewinne in das Ausland ab. 70% der Bevölkerung sind Analphabeten (PAMPUCH, 1987:56).

Trotz dieser depressiven Lage, in der sich das Land befand, konnten sich in dieser Zeit die 40.000 Mineros als eine geschlossene Gruppe hervortun und sich zu einer selbstbewußten Arbeiterschaft entwickeln. Die Gruppe der Mineros war zwar nur recht klein, bildete aber eine politisch einflußreiche Kraft der Oppositionsbewegung. So wurde die Revolution nicht nur von der Mittelschicht, sondern auch von den Bergleuten getragen (WENTZEL, 1992:237). Unter dem Einfluß der Mineros wurde die nationale Revolution zu Beginn auch zu einer sozialen Revolution. Wichtige Ergebnisse waren die Abschaffung der Leibeigenschaft, die formale Gleichberechtigung aller Staatsbürger (die Bezeichnung „indio“ wurde offiziell durch „campesino“ –Bauer/Landarbeiter– ersetzt) und die Agrarreform. Die erste Phase, die vier Jahre unter der Präsidentschaft von Victor Paz Estenssoro, brachte grundsätzliche eine Umstrukturierung der bolivianschen Gesellschaft, allerdings auch mit vielen Rückschlägen. Der erste Schritt der neuen Regierung war die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle Bürger über 21, somit war die große Masse der Bevölkerung wenigstens formal in das politische Leben mit einbezogen (PAMPUCH, 1987:57).

#### 3.1 Die Agrarreform

Die Agrarreform wurde eine mühsame Operation, die notwendig war, jedoch viele Probleme nicht löste. Der zentrale Punkt dieser Reform war die Abschaffung des Hacienda-Systems, in deren Verlauf Großbetriebe enteignet und Mittelbetriebe auf Maximalgrößen beschränkt wurden. Die ursprüngliche Größe der Betriebe schwankte regional zwischen 80 und 800 ha (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:42).

Nach den Aprilereignissen 1952 kam es das ganze folgende Jahr zu Landbesetzungen durch die indigene Bevölkerung des Hochlandes und zu Unruhen durch bewaffnete Milizen. Die Klasse der Großgrundbesitzer geriet wiederholt in arge Bedrängnis (es fielen sogar einige den Attacken der rebellischen Campesinos zum Opfer) und im August 1953 wurde schließlich das Dekret zur Agrarreform unterzeichnet (PAMPUCH, 1987:59). Die zentralen Artikel dieses Dekretes erklärten die Campesinos zu den Besitzern des Landes, das sie bisher leihweise von den Latifundisten zur Bearbeitung erhalten hatten. Die indigene Landbevölkerung war zum ersten Mal seit Hunderten von Jahren wieder zu freien Besitzern von Land geworden. Bis 1978 sind insgesamt 365.699 Eigentumstitel vergeben worden, so daß zu diesem Zeitpunkt rund drei Viertel der Landbevölkerung Eigentum an dem von ihr bearbeiteten Boden hatte (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:43). Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse betraf vor allen Dingen das Altiplano und die Täler. Im Hochland erwies sich die dort herrschende Erbteilung als problematisch, da dort bald Minifundien entstanden. Deren Bewirtschaftung erwies sich nicht als sonderlich ertragreich, denn es mangelte an technischer und finanzieller Unterstützung, sowie an günstigen Vermarktungsbedingungen. Es konnte kaum das lebensnotwendige erwirtschaftet werden (WENTZEL, 1992: 237). Zudem sollte sich der Prozeß der Landverteilung noch teilweise über

Jahrzehnte hinweg ziehen. Bis 1978 wurden 22,8 Millionen ha enteignete Ländereien, von denen jedoch nur 14% kultivierbar waren und der größte Teil Wiesen und Weideland darstellten, an 385.000 Familien neu verteilt (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:42). Der Übergang verlief nicht immer und auch nicht überall problemlos. Besonders in der ersten Zeit kam es zu Versorgungsengpässen, denn vieles hing von der Stärke der neu gegründeten Bauerngewerkschaft, die mit der Abwicklung der Verteilung beauftragt war, zusammen. Den Campesinos war es freigestellt, in welcher Weise sie ihr Land bewirtschafteten. Es setzte sich die private Nutzung wesentlich mehr durch, als vergleichsweise genossenschaftliche Nutzung (WENTZEL, 1992: 237). Um die Agrarreform weiter voranzutreiben, wurde 1969 die „Corporación de Desarrollo Rural“ gegründet. Es war vorgesehen, die Bildung von Genossenschaften, zum Teil auf der Grundlage der traditionellen indianischen Gemeinschaften, zu fördern und technische Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. In den 70er und 80er Jahren hat der Maschinenbestandteil in der Landwirtschaft zwar erheblich zugenommen, aber es ist davon auszugehen, daß diese Maschinen nur in den kapitalintensiv arbeitenden Groß- und Mittelbetrieben eingesetzt wurden, während der landwirtschaftliche Klein- und Kleinstbesitz den Boden mit den herkömmlichen Geräten bearbeitete (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:42/44). Im Tiefland, besonders im Departamento Santa Cruz, wurden neben Straßenbau, Öl- und Holzindustrie das Agrobusiness (Zucker, Baumwolle) und die Ansiedlung von verarmten Hochlandbauern gefördert (WENTZEL, 1992:237). Durch diese Siedlungs- und Kolonisierungsvorhaben, besonders im Gebiet Alto Bení, Yapacaní und Chimoré, konnte eine Steigerung der agrarischen Produktion erreicht werden. Das Schwergewicht der Agrarreform lag in den 70er Jahren in der Übertragung von Eigentumstiteln im Gebiet der Departamentos La Paz, Potosí und Chochabamba. Die durchschnittlich kleinste Fläche je Eigentumstitel war in Chochabamba mit 8,6 ha zu verzeichnen, im Vergleich hierzu erreichten die durchschnittlichen Flächen in den Kolonisierungsgebieten des östlichen Tieflandes 239,7 ha. Im Tiefland wird rund ein Drittel des gesamten landwirtschaftlichen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:43/45). Es wird bereits deutlich, daß die Probleme der indigenen Bevölkerung im Hoch- und Tiefland Boliviens sehr unterschiedlich sind. Auf diese soll im folgenden näher eingegangen werden.

## 4. Die Campesinos

Rund vier Fünftel der Bevölkerung Boliviens leben im Hochland (Altiplano) und in den höhergelegenen Andentälern auf 40% der Landesfläche. In Zusammenhang mit der Agrarreform wird seit 1954 die Umsiedlung von Hochlandindianern in das Tiefland Ostboliviens und in die Yungas (1.000-2.000 m) durchgeführt. Ziel dieser Kolonisation ist die Entlastung des stark bevölkerten Altiplano und der Andentäler vom Bevölkerungsdruck (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:26). Trotzdem ist heute das Altiplano noch ein bedeutendes landwirtschaftliches Gebiet Boliviens. Die Campesinos produzieren 78% des Sozialproduktes, erhalten aber nur 34% des Einkommens. Negativ auf das Leben der Hochlandindianer wirkt sich zusätzlich noch die fortschreitende Erosion aus. Hinzu kommen die immer wieder auftretenden Naturkatastrophen. Erschwert wird das Leben in diesem Gebiet auch durch die Erbteilung. Die zu bewirtschaftenden Parzellen werden von Generation zu Generation kleiner. Es kann kaum noch das Lebensnotwendigste geerntet werden (PAMPUCH, 1987:14).

### 4.1 Hochlandindianer

Die Situation der Hochlandindianer, Aymara und Quechua, zeigt sich als Folgende:

Die Kulturen Aymara und Quechua unterstanden schon seit jeher einem Prozeß der Unterdrückung und Ausmerzung. Auch in der heutigen Zeit fehlt es diesen Kulturen an Mitbestimmung am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben des Landes. Es hat bisher kaum eine kulturelle Integration gegeben, sondern eher eine Überlagerung und Beherrschung von anderen Kulturen. Oft werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt. Besonders deutlich wird die Situation im

Bildungssystem. Die Lerninhalte sind fern von der kulturellen Wirklichkeit, unterrichtet wird meist in Spanisch. Es wird somit eine Anpassung an die westliche Gesellschaft übergestülpt. Der Haushalt für Erziehungswesen ist unzu-reichend. Nur etwa die Hälfte der Kinder kann zur Schule gehen, weil eine solche nicht in jeder Comunidad besteht. Programme für die Landwirtschaft beinhalten individualistische Strukturen, obwohl die Geschichte der Aymara und Quechua wesentlich vom Gemeinschafts-handeln geprägt ist. Die Probleme in der Landwirtschaft wirken sich auf die Ernährung der Campesinos aus. Die Ernährung hat einen der höchsten Grade an Vitaminmangel in der Welt. Es wird in Subsistenzwirtschaft gelebt; gearbeitet wird, um zu überleben. Bolivien exportiert große Mengen landwirtschaftlicher Produkte, die selbst produziert werden könnten, wenn die Gelder in die richtige Richtung flößen. Es werden aber eher Devisen aufgebracht, als den Campesinos einen entsprechenden Preis für ihre landwirtschaftlichen Produkte zu zahlen. Viele Kredite für die Landwirtschaft gingen nicht an die Campesinos, sondern an die kapitalintensiven Groß- und Mittelbetriebe (PROGROM, 1983:17ff).

Mit der Landreform kamen folglich viele neue Schwierigkeiten auf, da die Campesinos nicht genügend mit Kapital ausgestattet wurden. Technischer Hilfe, Aufklärung und Unterstützung bei der Vermarktung und entsprechende Erziehung/Ausbildung fehlten in den meisten Fällen (PAMPUCH, 1987:58ff). Viele Bauern und auch Bergleute sind in die Randviertel der Städte abgewandert und versuchen sich dort nun als Straßenverkäufer oder Gelegenheits-arbeiter. Zahlreiche Hochlandindianer gingen aber auch aus Mangel an Alternativen ins Tiefland, auch wenn die organisierte Umsiedlung von Seiten des Staates zurückgegangen ist (WENTZEL, 1992:239).

## 4.2 Tieflandindianer

Die verschiedenen Stämme der Tieflandindianer können grob in zwei Gruppen unterteilt werden. Zum einen die großen Gruppen seßhafter Kleinbauern, wie die Chiquitanos, Mojos, Guarayo und Chiriguanos. Zum anderen kleinere Stämme von Jägern, Sammlern und Brandrodungsfeldbauern, die teilweise erst vor wenigen Jahrzehnten auf Missionsstationen seßhaft gemacht wurden, und von denen kleine Gruppen wie die Yuquis noch bis in die 80er Jahre ohne nennenswerten Kontakt zur Außenwelt lebten. Beide Gruppen kämpfen um ihr Überleben als eigenständige Gruppen, somit also um ihre Landrechte, um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und der medizinischen Versorgung, um Anerkennung ihrer Kultur und gegen die Perspektivlosigkeit in vielen Missionsstationen. Noch 1983 wird die Zahl der bolivianischen Tieflandindianer in den nationalen Zensi unterschätzt und so ihre Vernachlässigung indirekt gerechtfertigt (PROGROM, 99/1983:58). Obwohl in der bolivianischen Verfassung alle Bürger vor dem Gesetz gleich und die kollektiven Landrechte der indianischen Dorfgemeinschaften garantiert sind, sind die Kleinbauern nicht vor Übergriffen geschützt. Weiterhin hat der Staat, auch wenn das Land durch Landtitel gesichert ist, die Verfügungsgewalt über den darauf wachsenden Wald und die darunterliegenden Bodenschätze. Im Agrarreformgesetz werden die Tieflandvölker als wilde und primitive Waldgruppen bezeichnet, die unter der Vormundschaft des Staates stehen. Ihre Eingliederung in das nationale Leben ist katholischen wie auch protestantischen Missionen übertragen worden (WENTZEL, 1992:238f). Die Situation der Tieflandindianer wird am Fallbeispiel der Ayoréode veranschaulicht.

### 4.2.1 Die Situation der Tieflandindianer in Bolivien – am Beispiel der Ayoréode

Der Stamm der Ayoréode verteilt sich auf Paraguay und Bolivien. In Bolivien betrug die Zahl der Ayoréodes 1983 schätzungsweise 4.000. Sie lebten ursprünglich in Gruppen von 30 bis 150 Personen im Gebiet südlich der heutigen Bahnlinie Santa Cruz – Corumba in der Dornbuschsavanne, dem Chaco. Sie waren nur während der Regenzeit seßhaft und betrieben rudimentäre Landwirtschaft. Sie blieben, abgesehen von kurzen Kontakten im 16. und 18. Jahrhundert mit Spaniern, bis in das 20. Jahrhundert ungestört, bis ihr Lebensraum durch die Bahnlinie erschlossen wurde. Sie wurden von Holzfällern, Viehfarmen und Ölgesellschaften zunehmend eingeengt. Seit 1943 kam es dann zu verstärkten Missionierungsversuchen seitens der nordamerikanischen „New Tribe Mission“. In ihren Missionsstationen wurden die Indianer seßhaft

gemacht. Hier betrieben sie nun Ackerbau und wurden im Idealfall von Missionaren unterrichtet und auch medizinisch versorgt, vor allem aber auch bekehrt. Viele der Missionsstationen lösen sich langsam auf, so leben zahlreiche der Indios in Lagern oder Siedlungen entlang der Bahnlinie. Seit 1978/79 zogen immer mehr Ayoréodes nach Santa Cruz, um dort Arbeit zu suchen. Dort leben/lagern sie zum öffentlichen Ärgernis in der Nähe des Bahnhofs (PROGROM, 99/1983:58ff). Die größten Problembereiche der Ayoréodes sind:

- Die Landtitel liegen bei den Missionen, sie sind nicht auf die Ayoréode ausgestellt. Im Fall einer Übergabe an die Ayoreode ist eine Aufteilung des Landes in Parzellen vorgesehen. Diese sollen dann individuell besessen und bewirtschaftet werden. Wünschenswert wäre jedoch eine Bewirtschaftung in der Gemeinschaft.
- Durch die nicht ursprüngliche Selbsthaftigkeit wird eine neue Wirtschaftsform notwendig, denn Jagd und Sammeln ist in dem nun begrenzten Lebensraum nicht mehr in ausreichendem Maße möglich. Bisher fehlt es aber an einer entsprechenden landwirtschaftlichen Basis, die von den Missionaren nicht gefördert wurde. Um den Bedarf an Konsumgütern decken zu können, müssen viele der Ayoréode saisonaler Lohnarbeit als Holzfäller oder Baumwollpflücker nachgehen, da die Arbeit in der Dorfgemeinschaft nicht ausreicht. Viele ziehen nach Santa Cruz, um dort als Tagelöhner zu arbeiten. Junge Frauen arbeiten als Prostituierte und ältere Menschen betteln.
- Viele Infektionskrankheiten verbreiteten sich mit dem Kontakt zu den Weißen. Die schwersten Krankheiten sind Masern, Keuchhusten, Tuberkulose, Malaria und Bronchitis. Auf den Missionsstationen kommt es durch unzureichende medizinische Kenntnisse, das planlose Anlegen von Hütten und ungewohnte westliche Kleidung zu Erkältungskrankheiten und Parasitenbefall. Es mangelt an medizinischer und gesundheitlicher Versorgung. Es fehlt ärztliche Betreuung, eine eigene Krankenstation, Medikamente, Impfstoffe, sanitäre Anlagen und es fehlen auch die staatlichen Mittel für die Ausbildung der Ayoréode zu Sanitätern.
- Es fehlen eigene Schulhäuser, die Schulen gehören den Missionen. Da die Spanischkenntnisse der Missionare oft unzureichend sind, wird -wenn Unterricht gegeben wird- in Englisch unterrichtet. Dies führt zur sprachlichen Isolation. Es besteht Lehrermangel, so daß meist nur bis zur 2. Klasse unterrichtet werden kann.
- Durch die Missionierung wird die Autorität der alten Führer untergraben, so daß Spannungen und Rivalitäten keine Seltenheit sind (PROGROM, 99/1983:58ff).

Zu diesen Problemen kommt noch hinzu, daß im Tiefland immer mehr Land erschlossen wird. Die staatlich organisierte Umsiedlung von Hochlandindianern in das Tiefland ist zwar zurückgegangen, aber viele der Indios aus den relativ traditionellen Quechua-Gebieten, wandern auch ohne Unterstützung der Regierung in das Tiefland ab. Ihre kleinen Parzellen bieten kaum noch eine wirtschaftliche Grundlage, hinzu kamen Anfang der 80er Jahre Dürre- und Frostkatastrophen, sowie Probleme mit Umweltschäden und die Wasserverknappung durch exportorientierte Ausbeutung mineralischer Rohstoffe in bisher wenig erschlossenen Gebieten. Viele dieser Migranten bauen Coca an, das bedingt durch den illegalen Kokainhandel, zur einzigen attraktiven Marktfrucht geworden ist.

Insgesamt ist durch all die geschilderten Entwicklungen die Selbstversorgung der Indianer gefährdet. Die Reduzierung des Lebensraumes der Tieflandvölker ist deshalb problematisch, weil die bisherigen nachhaltigen Lebensweisen (Brandrodungsfeldbau) große Gebiete erfordern (WENTZEL, 1992:239).

## 5. Die Mineros

Viele der Indianer arbeiten als Mineros in den Zinnminen des Landes. Sie befinden sich in einer schwierigen Situation, da zahlreiche der Minen von Schließungen betroffen sind, obwohl diese über Jahre einen wichtigen Teil des Staatshaushaltes produzierten. Jahrzehntlang waren die Mineros der

kämpferische Teil des Volkes. Der Ton wurde im Gewerkschaftsdachverband, der COB, von der Minenarbeitergewerkschaft angegeben (FSTMB). Kam es zu Forderungen, die sozialen Bedingungen zu verbessern, so waren es die Mineros, welche die Führung übernahmen. Im Widerstand gegen die Diktatur haben sie die meisten Opfer gebracht. Aber ihre aktuelle Lage scheint nicht sehr erfolgversprechend. Die staatliche Minengesellschaft, Comibol, die seit der Revolution die nationalen Bergwerke verwaltet, ist seit Jahren ein Defizitunternehmen, sie ist auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Der Comibol wird Korruption, Schlamperei und Ineffizienz vorgeworfen. Früher waren die schlechten Arbeitsbedingungen der Grund für eine trostlose Stimmung unter den Mineros, heute ist es die wenig aufbauende Aussicht, daß die Minen geschlossen werden und die Männer vor dem Nichts stehen. Die Zinnadern, die einst bis zu einem Meter Durchmesser hatten, sind heute nur noch Zentimeter, wenn nicht gar nur Millimeter, dick. Es muß immer mehr Gestein abtransportiert werden, um an das Zinn zu gelangen. Im Herbst 1986 wurde ein Sanierungsprogramm beschlossen, daß die Stilllegung vieler unrentabler Minen und massenhafte Entlassungen vorsah. Die Hütten in den Bergarbeitersiedlungen sind in schlechtem Zustand. Die Menschen leben in Enge, Kälte, schlechten hygienischen Bedingungen und Armut. Die meist verbreitete Krankheit unter den Mineros ist die Steinstaublunge. Um das Beste aus ihrer Situation zu machen, wandern viele der Mineros ab. Sie ziehen in das Tiefland, um sich hier als Cocaanbauer zu versuchen. Manche versuchen sich auch im Altiplano in der Landwirtschaft, aber hier gibt es nicht genügend Land. Oft bleibt als letzte Hoffnung nur die Stadt (PAMPUCH, 1987:93ff).

## 6. Die Kreolen

Als Kreolen werden die in Lateinamerika geborenen Nachkommen der Spanier verstanden. Im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl macht diese Gruppe nur einen kleinen Teil der Bevölkerung Boliviens aus. Jede der großen alteingesessenen kreolischen Familien in Bolivien hat indianische Vorfahren, die aber von ihnen ignoriert, wenn nicht sogar verleugnet, werden. Sie haben ein weißes Klassenbewußtsein entwickelt, das sich stark an westlichen Werten orientiert. Trotz der Agrarreform von 1952 konnten die Kreolen ihren Status und ihre ökonomische Macht beibehalten (PAMPUCH, 1987:100f).

## 7. Die Cholos

Die Cholos oder Mestizen sind Mischlinge zwischen Spaniern und Indios während der Kolonialzeit. Sie besitzen bei den Kreolen ein nur geringes Ansehen, da diese ihre indianische Abstammung nicht verleugnen. Die Cholos sind in Bolivien die Vermittler im Handel zwischen den ländlichen Produzenten und den städtischen Käufern. Mit ihnen hat sich eine Gruppe ehemaliger Ausgebeuteter entwickelt, die inzwischen zu einer neuen, selbstbewußten Schicht geworden ist. Sie bilden die Klasse der Zwischenhändler und werden mit dem aufstrebenden Bürgertum des europäischen Spätmittelalters verglichen. Ihnen ist es gelungen, den Handel Stück für Stück zu übernehmen, so daß sie heute die Märkte und auch den Handelsverkehr zwischen Stadt und Land beherrschen. Indios, die in die Stadt ziehen, werden von den Cholos recht schnell assimiliert. Die Cholos gelten heute mehr als eine soziologische, als eine ethnische Kategorie. Durch die Assimilation der in die Städte migrierten Indios reduziert sich die rein indianische Gesellschaft auf dem Lande. (PAMPUCH, 1987:105ff).

## 8. Ethnische Gruppen im heutigen Bolivien

Bolivien gehört zu den Staaten Lateinamerikas mit dem höchsten Anteil an indigener Bevölkerung. Der Volkszählung 1990 zufolge haben 50% der gut 7 Mio. Einwohner des Landes eine der 35 indigenen Sprachen als Muttersprache (VON GLEICH, 1997:131).

Die zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe sind die Indianer mit 42,3% (Aymara 16,9% und Quechua 25,4%). Traditionell im andinen Hochland und den interandinen Tälern beheimatet, leben viele von ihnen mittlerweile auch in den anderen Landesteilen. Bevölkerungswachstum, Mangel an landwirtschaftlich nutzbaren Böden im Hochland, niedrige Erträge in der Landwirtschaft sowie fehlende Arbeitsplätze zwingen sie schon seit Jahrzehnten zur Abwanderung in die großen Städte oder in die Kolonisationsgebiete der Urwaldregionen des Tieflandes. Über 50% der Einwohner La Paz, Cochabamba oder Santa Cruz sind Migranten vom Hochland (VON GLEICH, 1997:132). Ein weiterer Teil der indigenen Bevölkerung lebt in den über 3.700 „Comminidades indígenas“. Dabei handelt es sich um Siedlungs- und Sippengemeinschaften mit traditioneller Wirtschaftsweise und gemeinsamer Feldwirtschaft. Die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe stellen die Mestizen (Mischlinge zwischen Weißen und Indianern) mit 31,2%, gefolgt von den Weißen mit 14,5% der Bevölkerung (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:27).

In den Feuchtsavannen und Waldgebieten des nördlichen und östlichen Tieflandes und den Trockensavannen des Südens, dem Chaco, leben zahlreiche ethnische Gruppen. Sie machen zwischen 3% und 5% der Bevölkerung aus. Ihre Gemeinschaften umfassen zwischen wenigen Dutzend bis zu einigen Tausend Personen. Nicht wenige dieser Gruppen leben verstreut in weit auseinandergelegenen Siedlungen. Zu ihnen gehören u.a. die Guaraní, die zahlenmäßig die größte Gruppe in diesen Gebieten darstellen. Weiterhin gibt es noch die Gruppen der Chiquitano, Baure, Pacahuara u.v.m.

Seit 1976 sind die Indianer-Sprachen Aymara und Quechua als offizielle Sprachen anerkannt und formell dem Spanischen gleichgestellt. Quechua sprechende Gebiete sind die Departementos Cochabamba, Potosí, Chuquisca, Trija und Oruro. Aymara hingegen wird in La Paz, Potosí und Oruro gesprochen. Kleine, isoliert lebende Indianerstämme der Guaraní sprechen Dialekte (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1991:27f). Die formelle Gleichstellung der Sprachen ist jedoch eine Errungenschaft, die auf die Revolution von 1952 zurückgeht, aber trotzdem noch mehr als 20 Jahre bis zu ihrer Verwirklichung beanspruchte.

## 9. Schlußbetrachtung

Die indigene Bevölkerung Boliviens- eine neue soziale und politische Gruppe?

Mit Ausnahme einiger weniger Vorzeigeprojekte verschlechterte sich die Situation der indigenen Bevölkerung. Im Prozeß ungleicher Entwicklungen wurde sie zu Opfern und nicht Begünstigten in der Gesellschaft Lateinamerikas. Die Indianer gerieten in den Maelstrom schneller, instabiler sozialer und ökonomischer Veränderungen, die auch der aufkommenden indianischen Intelligenz nicht verborgen blieb. Sie wurde bald skeptisch gegenüber aufgeblasenen ökonomischen Projektionen, Regierungsversprechen und Prognosen über den bevorstehenden Aufstieg zu Fortschritt und Zivilisation. Weiterhin konnten sich die Indios nicht wiederfinden in dem vorherrschenden Modell des Nationalstaates, der von der weißen Oberschicht, den Kreolen und teilweise auch den Mestizen geformt wurde. Die indigenen Kulturen hatten keine Zukunftschance im modernen Nationalstaat (STAVENHAGEN, 1997:25).

Von besonderer Bedeutung war die kritische Bestandsaufnahme von Geschichte und Gegenwart anlässlich der Eroberung vor 500 Jahren. So wurden die Situation der indigenen Bevölkerung in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. Die aktuelle Lebenslage der indigenen Völker hielt Einzug in den Diskussionen. Die indigene Bevölkerung Boliviens wurde durch eine Verfassungsänderung 1994 aufgewertet. Die zwei wichtigen Gesetze sind die Bildungsreform und das Volksbeteiligungsgesetz (STRÖBELE-GREGOR, 1997:127f). Die Indios haben ihre Rolle als passive Objekte des historischen Wandels überwunden. Die Entstehung indigener Organisationen während der letzten zwanzig bis dreißig Jahre wird auf die Veränderungen der indigenen Völker im öffentlichen Bereich zurückgeführt. In den 90er Jahren gibt es zahlreiche Vereinigungen der verschiedensten Art. Diese können lokale, interkommunale und regionale Vereinigungen, formell

strukturierte Interessengruppen, nationale Föderationen etc. sein. Die indianischen Organisationen stellen einen neuen Typus sozialer und politischer Bewegungen im heutigen Lateinamerika dar (STAVENHAGEN, 1997:16f). Es wurden Kongresse abgehalten, Manifeste und politische Programme veröffentlicht. Gingen die frühen veröffentlichten Manifeste besonders auf die historische Unterdrückung und die gegenwärtige Armut ein, so werden in die aktuelleren Veröffentlichungen der indigenen Organisationen auch spezifischere Forderungen, wie Land und Boden, landwirtschaftliche Kredite, Erziehung, Gesundheit, technische Hilfe oder Investitionen in die Infrastruktur laut. Diese Forderungen werden direkt an die Regierung gestellt und somit auch Lösungen erwartet. Wichtig ist auch der Ruf nach Autonomie und Selbstbestimmung. Es wird sich folglich nicht mehr nur damit begnügt, Versammlungen abzuhalten und Programme und Ideen zu verbreiten, es werden inzwischen auch Verhandlungen mit Behörden geführt, es wird an internationalen Konferenzen teilgenommen, und es gibt auch finanzielle Unterstützung von Geberorganisationen für spezifische Aktivitäten (STAVENHAGEN, 1997:20). Es sind nicht mehr nur indigenen Intellektuelle, welche die Forderungen aufstellen, sondern auch indigene Organisationen an der Basis.

Trotz all der oben geschilderten Probleme, entwickelt sich die indigene Bevölkerung Boliviens zu einer neuen sozialen und politischen Gruppe.

## LITERATURVERZEICHNIS

- ACADEMIA NATIONAL DE CIENCIA DE BOLIVIA (1989): Geografía y Recursos Naturales de Bolivia. La Paz.
- GEO-SPEZIAL (1997): Aufstieg und Fall des Sonnenreiches, Nr.5, 10/97, S. 62-84.
- GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (1983): Pogrom 99/1983, S. 58-60. Göttingen.
- GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (1977): Pogrom50-51/1977, S. 17-20. Göttingen.
- GLEICH, UTTA, VON (1997): Indigene Völker in Lateinamerika - Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt am Main.
- NELSON, STEVE: Empire of the Incas, Internetpage: <http://www.inca.htm>
- PAMPUCH, THOMAS (1987): Bolivien - Aktuelle Länderkunde. München.
- RÖDL, WOLFGANG (1989): Religion und Medizien. Existenziale Dimensionen von Krankheit und Heilung im religiösen Weltbild der Aymaras-Bolivien. München.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (1991): Länderbericht Bolivien 1991. Wiesbaden.
- STAVENHAGEN, RUDOLFO (1997): Indigene Völker: Neue Akteure in Lateinamerika. In: VON GLEICH, UTTA: Indigene Völker in Lateinamerika, S. 15-23. Frankfurt/Main.
- STRÖBELE-GREGOR, JULIANA (1997): Zwischen Konfrontation und Kooperation: Indianische Bewegung und Staat in Bolivien. In: VON GLEICH, UTTA: Indigene Völker in Lateinamerika. S. 127-157. Frankfurt/Main.
- TORRICO, JOSE ANTONIO ROCHA (1997): „Mit dem Blick nach vorn und zurück“, Ethnische Ideologie, die Macht und das politische bei den Quechua in den Tälern und Gebirgsregionen Cochabambas; Dissertation. Ulm.
- WENTZEL, SONDRÄ - Bolivien: Probleme und Perspektiven der Hoch- und Tieflandindianer. In: Gesellschaft für bedrohte Völker: „unsere Zukunft ist eure Zukunft“ Indianer heute, S. 235-242. Hamburg.

## 2.2 POLITISCHE ARTIKULATION VON INDIGENEN, ANDINEN VOLKSGRUPPEN (Fallbeispiel: Die Mapuche in Chile)

Monika Bodiroza & Uta Fritzen

### INHALTSVERZEICHNIS

#### Einleitung

- I. Entwicklung des indianischen Widerstandes im 20. Jahrhundert
- II. Indianischer Widerstand am Beispiel der Mapuche in Chile
  1. Geschichte der Mapuche von der Kolonisation bis ins 19. Jahrhundert
  2. Politische Artikulation der Mapuche von 1900 bis 1990
    - 2.2 Die Mapuche unter Allende
    - 2.3 Die Mapuche unter Pinochet
  3. Die Mapuche heute
  4. Methoden des Widerstandes
    - 4.1 Die Organisationen der Mapuche
    - 4.2 Aktionen der Mapuche
      - 4.2.1 Der Konflikt mit den Holzfirmen
      - 4.2.2 Der Konflikt am Bio-Bio

#### Literaturverzeichnis

## Einleitung

Das Referat beschäftigt sich mit den Ausdrucksformen indigenen Widerstands gegen die Repressionen ihrer Staaten in Südamerika. Im ersten Teil werden die groben Tendenzen dieses Kampfes im Verlauf des 20. Jahrhunderts dargestellt, wie sie im Grunde in allen Ländern des Kontinents zu beobachten waren. Im zweiten Teil dann werden die Aussagen am Beispiel der Mapuche in Chile konkretisiert. Wir haben uns für das Volk der Mapuche entschieden, weil es ein Volk ist, das seit Beginn der Kolonisation sehr entschieden für seine Rechte eintrat. Es hat dabei eine hohe Flexibilität gezeigt, wenn es um die Aneignung der Methoden ihrer Gegner ging. Trotzdem hat es aber seine alten Traditionen über die Jahre hinweg bewahren können. Um die Anliegen der Mapuche besser verstehen zu können, beginnen wir im zweiten Teil mit einem geschichtlichen Überblick, bevor wir dann den heutigen Kampf des Mapuche-Volkes und ihre dabei angewandten Methoden erläutern.

## I. Entwicklung des indianischen Widerstandes im 20. Jahrhundert

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschte in fast allen Staaten Amerikas die Bestrebung vor, die indigene Bevölkerung in ihre westliche Kultur zu integrieren. Alle im Land lebenden ethnischen Gruppen sollten assimiliert werden, ohne dass ihren verschiedenen kulturellen Hintergründen Beachtung geschenkt wurde.

Der in der Mitte dieses Jahrhunderts aufkeimende Widerstand der indigenen Bevölkerung kann grob in drei Richtungen gegliedert werden (WEARNE, 1996:190ff):

1. Die erste Richtung ist geprägt von Protesten, die zunächst vor allem von linken Organisationen ausgingen. Sie richteten sich allgemein gegen die schlechte wirtschaftliche Lage vor allem der Landbevölkerung, gegen Landnahmen und ähnliche Repressalien von Seiten des Staates. Viele Indianer beteiligten sich an dem Kampf innerhalb von Parteien, Gewerkschaften oder Guerillaorganisationen.

Vor allem in den 70er und 80er Jahren wurde eine weitreichende Übereinstimmung zwischen den linken Ideologien und indigenen Wertvorstellungen gesehen. Es handelte sich allerdings um einen reinen Klassenkampf der Arbeiter und Bauern gegen die herrschende Klasse, in dem die ethnischen Unterschiede völlig unbeachtet blieben.

2. Die zweite, dem entgegengesetzte Richtung entstand gerade durch die Erfahrungen, die viele Indianer während der Mitarbeit in linken Organisationen gemacht hatten. Viele stießen hier nämlich auf erneute Diskriminierungen und fühlten sich dem gleichen Rassismus ausgesetzt wie überall. Deshalb fingen sie an, eigene Organisationen zu gründen. Sie wollten sich unabhängig machen von allen politischen Parteien *„mit der Begründung, dass nur die indigenen Völker selbst das Ausmaß politischer Ohnmacht und der im Laufe der vergangenen 500 Jahre erlittenen kulturellen Missachtung wirklich nachvollziehen können“* (WEARNE, 1996:201). Es bildeten sich zahlreiche neue, rein indianische Organisationen auf den verschiedensten Gebieten wie Kultur, Wirtschaft, Politik... Ziel all dieser neuen Bewegungen war eine Rückeroberung ihrer ethnischen Traditionen. Die Rückbesinnung auf ihre Herkunft, die Wiederbelebung ihrer alten, zum Teil schon fast in Vergessenheit geratenen Sprachen, ihrer Religionen und Mythen wurde bewusst gefördert. Außerdem wurden alte, traditionelle landwirtschaftliche Anbaumethoden wieder entdeckt. Dieses neue Selbstverständnis der indigenen Völker, der *„radikale Aufbruch der Indianer unter der eigenen Führung, mit einem eigenen Forderungskatalog“* (WEARNE, 1996:193) soll durch den Begriff „Indianismo“ verdeutlicht werden. Der Aufbau dieses neuen indianischen Widerstandes begann mit der Gründung unendlich vieler, kleiner Gruppen in Dörfern oder barrios an der Basis. Aufgrund der Frustrationen durch örtliche Repressionen, Landnahmen, Rassismus und die herrschende Armut in der indigenen Bevölkerung war die Aktionsbereitschaft in der breiten Masse

der Indianer extrem hoch. Überall taten sich die Menschen zusammen, um für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und die Anerkennung ihrer Kultur zu kämpfen. Hierbei kann keineswegs von durchweg einheitlichen Zielen die Rede sein, da sich die Vielfalt der unterschiedlichen Ethnien nicht in einer einzigen Ideologie vereinen lässt. Dennoch ließen sich auch bestimmte Gemeinsamkeiten feststellen, was die verschiedenen lokalen Organisationen nach und nach dazu veranlasste, sich zunächst auf regionaler Ebene, später dann auch auf nationaler und internationaler Ebene zusammenzuschließen. Diese Bündnisse auf immer höheren Ebenen haben den Indianern ganz neue Verhandlungsmöglichkeiten erschlossen: Zitat eines Mitglieds einer peruanischen Organisation: *„Als Sprecher einer Dorf- oder Flussgemeinde durften wir mit dem Bürgermeister (...) verhandeln. (...) Als Sprecher einer nationalen Organisation konnten wir bei Ministern und sogar Präsidenten vorsprechen, und als Vertreter einer internationalen Organisation sitzen wir mit dem Präsidenten der Weltbank und führenden Vertretern der UNO am Verhandlungstisch“* (WEARNE, 1996:198).

Die gegenseitige Solidarität mit indigenen Völkern auf der ganzen Welt wirkte sich außerdem motivierend auf die einzelnen Gruppen aus, und viele fühlen sich heute einer größeren, „panindianischen Bewegung“ zugehörig (WEARNE 1996:217).

*„Wir kämpfen nicht mehr für das physische Überleben“, sagt der amerikanische Indianer Vine Deloria, „sondern für das ideologische. Unsere Ideen werden stärker sein als eure. Wir werden das gesamte Wertesystem dieses Landes umkehren. Es ist nicht wichtig, daß wir wenige sind. Wichtig ist, daß wir die bessere Lebensform haben. Wir haben eine menschliche Lebensphilosophie, und wir werden diesem Land zeigen, wie man als Mensch handelt. Eines Tages wird dieses Land seine Verfassung und seine Gesetze auf den Menschen ausrichten, statt auf den Besitz“* (TRAUDT, 1993:101).

3. Heute findet vor allem ein dritter Denkansatz großen Zuspruch: Es handelt sich dabei um einen Mittelweg der vorangegangenen Richtungen. Indianer kämpfen mit eigenen Mitteln in indianischen Organisationen, kooperieren aber in speziellen Fragen mit anderen, nicht-indigenen Gruppen, so zum Beispiel mit Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, etc. Weltweit hat sich inzwischen eine Vielzahl von internationalen Organisationen gebildet, die den Kampf der indigenen Völker unterstützen. Dazu gehören z.B. die 1982 gegründete „Arbeitsgruppe für indigene Bevölkerungen“ der Vereinten Nationen, die Gesellschaft für bedrohte Völker in Deutschland, die International Work Group for Indigenous Affairs mit Sitz in London, um nur einige zu nennen. Sie haben es sich zu Aufgabe gemacht, den Ureinwohnern mehr Gehör zu verschaffen und mit Öffentlichkeitsarbeit auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Der Druck auf die Staaten nimmt dadurch zu, die Rechte der Indianer zu wahren (KUMI, 1992:69f).

Immer mehr nutzen indigene Völker auch die Medien zu ihrem Vorteil, indem sie öffentliche Treffen, Demonstrationen oder andere medienwirksame Aktionen veranstalten (RANKIN, 1996:11).

## II. Indianischer Widerstand am Beispiel der Mapuche in Chile:

### 1. Geschichte der Mapuche von der Kolonisation bis ins 19. Jahrhundert

Das Volk der Mapuche in Chile nimmt in gewisser Weise eine Sonderrolle in der Geschichte der Kolonisation Südamerikas ein. Den Mapuche ist es nämlich gelungen, nach der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus noch 300 Jahre lang eigenständige Territorien zu verteidigen. Nach vielen kriegerischen Auseinandersetzungen besiegelten sie im Jahre 1641 einen Friedensschluß mit der spanischen Kolonialmacht, welcher ihnen das Gebiet südlich des BioBio Flusses bis Valdivia zusicherte. Das damalige Territorium hatte eine Größe von 10 Mio ha (FIEDELER, 1987:28).

Die Situation änderte sich erst, nachdem Chile 1810 die Unabhängigkeit erlangt hatte. Die chilenische Regierung ging eine Allianz mit dem Industriestaat Großbritannien ein und erhielt dadurch Zugriff zu besseren Waffen. Mit diesen drangen sie erneut in die Mapucheterritorien ein und eroberten nach und nach die indianischen Gebiete. Nach heftigen Verlusten seitens der

Mapuche brach deren Widerstand mit der Zeit zusammen. 1881 wurde ein letzter Aufstand der Mapuche blutig (FIEDELER, 1987:23) niedergeschlagen. Damit begann die systematische Vertreibung der Mapuche aus den besten Gebieten. Sie wurden in sogenannten „reducciones“ (Reservaten) zusammengedrängt und die Bevölkerung durch eingeschleppte Krankheiten, Alkohol und Deportationen drastisch dezimiert.

## 2. Politische Artikulation der Mapuche von 1900 bis 1990

Doch schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden neue Organisationen, die die Misshandlungen und Diskriminierungen anklagten und eine stärkere Autonomie und den Erhalt der alten Traditionen forderten. In den 20er Jahren wurde der erste Mapuche zum Abgeordneten ins chilenische Parlament gewählt. Ausserdem konnten sich die Mapuche mit der Zeit einige Ämter auf regionaler Ebene, aber auch im nationalen Staatsapparat ergattern (FIEDELER, 1987:87ff). Im Gegensatz zu anderen indigenen Völkern in Südamerika haben die Mapuche immer eine erstaunliche Fähigkeit gezeigt, sich aktiv in das politische Geschehen ihres Landes einzumischen, ohne dabei ihre alten Traditionen, ihre ureigene Kultur aufzugeben. Die Unfähigkeit jedoch, diese geringe Macht, die die Mapuche erreicht hatten, auszunutzen, führte in der Mitte des 20. Jahrhunderts zur Frustration der nationalistischen Mapuchebewegung. In Chile setzten sich langsam rechte Tendenzen durch, und die Mapuchebewegung wandte sich modernistischen und integrationistischen Bestrebungen zu.

Eine neue Phase des indianischen Widerstandes begann in Chile in den 60er Jahren. Zu dieser Zeit traten allgemeine soziale Unruhen in der verarmten chilenischen Landbevölkerung auf. Wie fast überall in Südamerika gliederten sich die Indianer jetzt in linke Organisationen ein. Zusammen mit Studenten, die aufs Land zogen, gründeten sie z.B. die linksextreme „Revolutionäre Bauernbewegung“. Auch in der kommunistischen Partei engagierten sich in den 60er Jahren viele Mapuche (LINDIG & MÜNDEL, 1976:239). Die Probleme der indigenen Völker waren eigentlich immer die selben: Sie besaßen zu wenig Land für ihre Subsistenzwirtschaft, wobei die kleinen, ihnen verbliebenen Territorien dazu noch extrem karge Böden aufwiesen; der Bildungsgrad in der Mapuchebevölkerung war sehr niedrig und außerdem hatten sie mit hoher Arbeitslosigkeit und Alkoholproblemen und zu kämpfen. All dies hofften sie nun mit revolutionären, integrationistischen Methoden bekämpfen zu können. *Man wies darauf hin, dass die Mapuche genauso ausgebeutet werden wie andere Arbeiter und Bauern im Land, dass es kein allzu großer Unterschied sei, ob den Mapuche das Land genommen werde oder die Arbeiter ihren gerechten Lohn nicht bekommen*“ (FIEDELER, 1987: 92).

### 2.2 Die Mapuche unter Allende:

Als 1970 Salvador Allende zum Präsidenten gewählt wurde, legte die Nationale Konföderation der Mapuche-Vereinigungen ihm den Entwurf zu einem Gesetz zum Schutz der indigenen Bevölkerung vor: das „Ley Indígena“, welches 1971 auch tatsächlich (in leicht abgewandelter Form) in Kraft trat. Dieses Gesetz sollte u.a. folgende Ziele verfolgen: die Integration der Mapuche in die chilenische Bevölkerung, Modernisierung ihrer Landwirtschaft, Rückerstattung des geraubten Landes, eine Verbesserung auf dem Bildungssektor und im Gesundheitswesen, sowie die Eingliederung der Mapuche in die Agrarreform (FIEDELER, 1987:93). Von Forderungen nach ethnischer Autonomie war damals nicht die Rede. Die Regierung Allendes verabschiedete die bis dahin fortschrittlichsten Gesetze zugunsten der Mapuche. So wurden ihnen immerhin 100.000 ha Land für den Gemeinschaftsbesitz zurück erstattet. Auch ein Stipendienprogramm für Mapuchestudenten wurde erfolgreich eingeführt (FIEDELER, 1987:93).

### 2.3 Die Mapuche unter Pinochet:

Nach dem Militärputsch unter der Leitung von Augusto Pinochet im Jahre 1973 änderte sich die Situation für die indigene Bevölkerung Chiles schlagartig. Die hart erkämpften Privilegien wurden sämtlich rückgängig gemacht. Unter der Militärdiktatur wurden alle indigenen Organisationen

verfolgt. Tausende Indianer wurden brutal ermordet und jede Opposition im Keim erstickt (SCHNEIDER, 1992:252). Viele Mapuche verließen das Land aus Angst vor den Repressionen. Der Ausspruch „*Es gibt keine Indianer. Wir sind alle Chilenen*“ (...) war symptomatisch für die staatliche Politik des Militärs (SCHNEIDER 1991:62). 1979 schuf Pinochet ein neues Gesetz, was die Aufteilung von gemeinschaftlichem, indianischem Reservatsbesitz in Privatparzellen durch Antrag nur eines einzelnen Mitglieds der Gemeinschaft ermöglichte (Gesetz 2.568). Bis dahin war dafür immerhin eine 2/3-Mehrheit nötig gewesen. Das neue Gesetz führte zu einer Aufteilung von über 90% der gemeinschaftlich bewirtschafteten Mapucheterritorien, denn aufgrund der extrem schlechten wirtschaftlichen Lage aller indigenen Völker in Chile war es nicht schwer, einzelne Mapuche zum Verkauf ihrer Ländereien zu bewegen (SCHNEIDER, 1992:252). Diese Erfahrungen waren für die Mapuche ausschlaggebend für eine Wende in ihren politischen Forderungen. Aufgrund ihrer Isolation, der mangelnden medizinischen Versorgung sowie der schlechten Bildung griffen sie zum Teil einfach aus der Not heraus wieder auf ihre alten Traditionen zurück. Dies war schließlich mit ein Grund, weswegen nun die Autonomiebestrebungen wieder lauter wurden. Neue Organisationen wurden gegründet, so zum Beispiel 1978 die „Ad Mapu“, eine Gruppe, die die Wahrung der Identität und der Einheit der Mapuche zum Ziel gesetzt hat und die für die Rückbesinnung auf die alten Traditionen plädiert.

### 3. Die Mapuche heute

Mit ca. 1,2 Mio. Menschen sind die Mapuche die größte indigene ethnische Minderheit Chiles. Sie machen fast 10% der Gesamtbevölkerung aus.

„Mapuche“ (Mensch der Erde, des Landes) ist der Oberbegriff einer Anzahl von Ethnien, die Dialekte einer gemeinsamen Sprache sprechen und in unterschiedlichen Gebieten leben, nach denen sie sich benennen, z.B. Picunche (Menschen des Nordens) oder Pehuenche (Menschen des Pehuen-Baumes / Araukarie). Ihr traditionelles Gebiet erstreckte sich ursprünglich vom Bio-Bio-Fluß im Norden bis zu den Chiloe – Inseln im Süden, eine Fläche von ca. 10 Mio. Hektar.

Heute leben die Mapuche in sogenannten reducciones (Reservaten) oder comunidades auf einer Fläche von nur noch 200.000 ha.

Sie sehen sich noch immer einer Vielzahl von Problemen gegenübergestellt, wie z.B. schlechter Gesundheitsversorgung, hohe Analphabetenrate, schlechte Bildungsmöglichkeiten und somit schlechte Berufsaussichten, Rassismus und vor allem große Landknappheit.

Die Landknappheit ist das größte Problem und auch die Hauptursache für die anderen Probleme, denn durch sie waren und sind die Mapuche gezwungen, ihre traditionellen Lebensgewohnheiten zu ändern oder sogar aufzugeben.

Die räumliche Beschränkung auf Reservate kann als Hauptursache für die schlechte wirtschaftliche Lage der Mapuche gesehen werden (SCHWARK, 1984).

Die Verringerung des Mapuchelands stammt nicht nur aus Zeiten der Diktatur Pinochets, sondern ist das Ergebnis, einer bereits seit über 4 Jahrhunderten andauernden Repressionspolitik.

Das Verhältnis zwischen chilenischem Staat und Mapuche hat sich nie geändert, auch die heutige Verfassung erkennt die Mapuche nicht als Volk an und spricht ihnen somit keine eigenen Rechte zu, geschweige denn eine Autonomie.

So ist z.B. das Gesetz für indigene Angelegenheiten (LEY INDIGENA, 1993) in seinem Rang unterhalb der Gesetze zur Energiegewinnung oder zur Enteignung von Land, d.h. es muß von diesen nicht berücksichtigt werden (JOSE NAIN PEREZ, 1999).

Die auf die Diktatur folgende Regierung wurde zwar demokratisch gewählt, schaffte auch die Landaufteilungsdekrete, wie z.B. Nr. 2568, bald ab oder gründete eine „Sonderkommission für indigene Völker“ (CEPI), erfüllte aber viele Forderungen der Indianer nicht.

Die Forderungen der Mapuche beziehen sich hauptsächlich auf die Rückgabe der Territorien, zusätzlich fordern sie aber auch die Anerkennung Chiles als pluriethnischen Staat in der Verfassung. Sie selbst wollen als Volk anerkannt werden und nicht als Ethnie, was ihnen Recht auf

autonome Gebiete gewährleisten würde. Ausserdem wollen sie eine Partizipation an allen wesentlichen politischen Entscheidungen, die Mapuche betreffen, erreichen.

Weitere Forderungen sind Maßnahmen zur Beendigung der offenen und latenten Diskriminierung der Mapuche in Chile; u.a. Wiedergutmachung für die Menschenrechtsverletzungen etwa während der Diktatur Pinochets oder die Entsendung von internationalen Beobachtern von Menschenrechtsorganisationen um Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren (JOSE NAIN PEREZ, 1999).

## 4. Methoden des Widerstandes

Die politische Artikulation der Mapuche reicht von blutigen Kriegen, während der Kolonialisierung, bis zu gemäßigten Vertretern in Institutionen des Staates in der heutigen Zeit. Die Arbeit in Organisationen spielt dabei, in diesem Jahrhundert, genauso eine wichtige Rolle wie radikalere Aktionen z.B. das Besetzen von Land.

### 4.1 Die Organisationen der Mapuche

Erst nach der Besetzung ihres Territoriums 1883 traten die Mapuche in eine neue Phase der Auseinandersetzung mit der chilenischen Regierung. Die politische Artikulation der Indianer findet seitdem größtenteils über Organisationen Ausdruck.

Die ersten Mapuche Organisationen wurden Anfang dieses Jahrhunderts gegründet. Sie waren zum Teil sehr konservativ und vielen nicht radikal und eigenständig genug, so daß sie nicht viel erreichten.

In den 40ern gründete sich die Asociacion Nacional Indigena (ANI) die eindeutig Kontakt zu der Bauern- und Arbeiterklasse suchte, und die sich Anfang der 60er Jahre mit anderen nicht Mapuche-Organisationen zur Federacion Nacional Campesina e Indigena zusammenschloß.

Die Mapuche erreichten zum ersten mal etwas unter der Regierung Allendes. Die Unidad Popular verabschiedete einen Gesetzesentwurf (wenn auch modifiziert) der von einem Mapuchekongreß erarbeitet worden war, auf diesem Kongreß vereinigte sich auch die Confederacion Nacional de Asociaciones Mapuches, das wohl bis heute repräsentativste Organ des Mapuchevolkes.

Die Organisationen der Zeit von Frei bis Allende waren fast durchweg legalistisch. Zu radikaleren Aktionen wie z.B. Landbesetzungen wurde nicht konkret Position bezogen, wenn überhaupt, beschränkten sich die Organisationen darauf, die Legalisierung bereits besetzter Ländereien zu fordern (SCHNEIDER, 1991:157).

Während der Diktatur Pinochets wurden alle indianischen Vereinigungen verboten. Die erste Reorganisation der Mapuche wurde die Ad-Mapu Asociacion Gremial de Pequeños Agricultores y Artesanos. Bis zur heutigen Zeit, durchlebte diese Organisation verschiedene Phasen die von radikalen Taktiken bis zu enger staatlicher Zusammenarbeit reichen.

Sie gehört heute zu einer der wichtigsten Mapuche-Organisationen und beteiligte sich des öfteren an Arbeiten der CEPI.

Anders dagegen arbeitet die Aukin Wallmapu Ngulam, sie ist unter den Mapuche-Organisationen, diejenige, *„die den konsequentesten Gegenentwurf zu den aktuellen Lebensbedingungen (...) vorgelegt hat.“* Aukin gehört zu den Organisationen die sich stark an Landbesetzungen beteiligten (SCHWARK, 1992).

Sie nimmt gegenüber der CEPI eine eher ablehnende Haltung ein, und fordert vom Staat *„eine politisch-juristische Instanz, die die Entwicklung südlich des BioBio auf politischer, ökonomischer und administrativer Ebene neu definiert. Hier soll die Macht mit den indigenen Völkern geteilt werden, damit ein bilaterales Verhältnis ohne separatistische Bestrebungen entsteht“* (AUCAN HUILMACAN zit. in SCHWARK, 1992).

Die heute sehr starke Organisation „Consejo de todas las Tierras“ , der 300 von ca. 2000 Mapuche-Gemeinden angehören, gehen einen Mittelweg. Sie arbeiten mit anderen Organisationen zusammen, z.B. bei Fragen des Staudammprojektes wenden sie sich an die OAS-

Interamerikanische Menschenrechtsorganisation. Führen gemäßigte Aktionen durch, wie z.B. das Aufstellen bei den kommenden Wahlen von Wahlprüfsteine, oder die Anklage gegen die Menschenrechtsverletzungen Pinochets. Beteiligen sich aber auch an Landbesetzungen (JOSE NAIN PEREZ, 1999).

#### 4.2 Aktionen der Mapuche

Neben den verbreiteten Aktionen der indigenen Völker auf dem gesamten amerikanischen Kontinent, wie Lobbyarbeit bei Regierungen und Ämtern, Kampagnen gegen alle die ihr Land und Leben bedrohen, öffentliche Treffen und Demonstrationen veranstalten, mit internationalen Institutionen zusammenarbeiten etc., ist die Form der Aktion des Landbesetzens eine für die Mapuche recht typische Maßnahme (RANKIN, 1996:11).

Immer wieder hatten Mapuchegemeinschaften benachbarte Großgrundbesitze oder Staatsland besetzt. Besonders in den 30ern und 60ern war diese Form von Widerstand, die teils aus existentieller Not oder als Reaktion auf Landraub durch die Großgrundbesitzer, teils, weil sie es als ihr legitimes Recht auf das Land ihrer Vorfahren ansahen, weit verbreitet (SCHNEIDER, 1991:157).

Auch finden wieder häufiger Landbesetzungen statt. Einige Mapucheorganisationen sind der Ansicht, daß die Zusammenarbeit mit dem Staat auf die Dauer nichts bewirkt. Für Aukin z.B. *„ist die CEPI-Kommission einmal mehr der Versuch, die indigenen Völker mit staatlichem Paternalismus auf eine Linie der Integration einzuschwören“* (SCHWARK, 1992).

So finden sich im Internet, auf der Seite der Gesellschaft für bedrohte Völker, Berichte zu mehreren Landbesetzungen die dieses Jahr im April stattfanden.

##### 4.2.1 Der Konflikt mit den Holzfirmen

Es finden verstärkt radikale und z.T. sehr gewalttätige Aktionen gegen Holzfirmen statt, die sich vermehrt in Gebieten der Indigenen ansiedeln. Bei diesen Aktionen, werden oftmals Lastwägen, Bagger und bereits geschlagenes Holz angezündet.

Im Gegenzug werden auch Mapuche-Dörfer von Sicherheitsleuten der Holzfirmen angegriffen ([www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)).

Der Spiegel berichtete dieses Jahr im April von einem „Aufstand am BioBio“, bei dem sich Indianer mit Winzern zusammen eine Schlacht mit den Arbeitern der Holzfirmen lieferten.

Der Staat, der an sich wenig Interesse an den Belangen der Indianer zeigt, er lehnt immer noch jegliche Autonomie-Ansprüche der Mapuche ab, vergibt aber weiterhin Einschlaggenehmigungen in Gebieten der Mapuche, zeigt jetzt aufgrund der immer weiter eskalierenden Aktionen, daß er erkannt hat, daß der Konflikt unkontrollierbar werden könnte und schickte eine Sonderministerin-Maria L. Sanhueza- in das Konfliktgebiet (GLÜSING, 1991).

##### 4.2.2 Der Konflikt am Bio-Bio

Das Energieunternehmen ENDESA plant schon seit fast 10 Jahren den Bau mehrerer Wasserkraftwerke am BioBio. Die Wasserstufen würden weite Gebiete der Mapuche überfluten. ENDESA bietet Entschädigungszahlungen für die Betroffenen, ca. 80 % haben diese auch bereits angenommen, ein Fünftel der Betroffenen will das Land unter keinen Umständen verlassen. Die Mapuche berufen sich auf ihre Kultur und Tradition. *„Sie sehen es nicht nur als ihr verbrieftes Recht, sondern auch als ihre Verpflichtung, dieses Erbe zu wahren“*.

Es finden noch immer Protestaktionen gegen den Bau des Staudamms statt, der Staat wird den Bau aber nicht stoppen, im Gegenteil, als zwei Vorsitzende der CONADI sich wegen der Zwangsumsiedlung gegen das Projekt aussprachen, wurden sie kurzerhand abgesetzt. Der jetzige Direktor befürwortet den Bau des Staudamms, wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb, weil der Bau auch durch internationale Gelder mitfinanziert wird (FULLRIEDE, 1997:22f).

## LITERATURVERZEICHNIS

- BERGLUND, S. (1977): The National Integration of Mapuche- ethnical minority in Chile, Almqvist & Wiksell International, Stockholm.
- FIEDELER, G. (ca. 1987): Mapuche in Chile. Internationalismus Verlag, Hannover.
- FULLRIEDE, U. (1997): Wenn die Macht des Geldes endet. In: Pogrom Nr. 193.
- GLÜSING, J. (1999): Aufstand am Bio-Bio. In: Spiegel 26.6.1999
- KUMI, E. 1992: Selbstorganisation und Widerstand. In: GfbV (Hrsg.): „Unsere Zukunft ist eure Zukunft“ Indianer heute – Eine Bestandsaufnahme der Gesellschaft für bedrohte Völker Sammlung Luchterhand. Ulm.
- LINDIG, W./MÜNZEL, M. (1976): Die Indianer – Kulturen und Geschichte der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas. München.
- PEREZ NAIN, J. (1999): Pinochet hat Völkermord begangen! In: Pogrom Nr.202, S.33-35.
- RANKIN, A. (1996): Wie die „Globalisierung“ überleben? Zur Menschenrechtslage der Indianer Mittel- und Südamerikas. In: Pogrom - Zeitschrift für bedrohte Völker, Nr. 191, S. 11/12.
- SCHNEIDER, J. (1991): Auf dem Weg zur Anerkennung? - Chiles ethnische Minderheiten ein Jahr nach dem Machtwechsel. In: Pogrom – Zeitschrift für bedrohte Völker Nr. 160, S. 62-65.
- SCHNEIDER, J. (1991): Ethnische Autonomie und Demokratie in Chile. In: Reusch, W. (Hrsg.): Geschlecht – Klasse – Ethnie, Verlag Breitenbach. Saarbrücken.
- SCHNEIDER, J. (1992): Chiles Indianer auf dem Weg zur Anerkennung. In: Unsere Zukunft ist eure Zukunft (s.o.).
- SCHWARK, R. (1992): Südlich des Rio Bio-Bio muß die Macht geteilt werden. In: Pogrom Nr.167.
- SCHWARK, R. (1998): Menschen des Pehuen. In Pogrom Nr. 147.
- TRAUDT, W. (1993): Zum Beispiel Ureinwohner, Lamuv Taschenbuch 134. Göttingen.
- WEARNE, P. (1996): Die Indianer Amerikas, Die Geschichte der Unterdrückung und des Widerstands, Lamuv Verlag. Göttingen.

## INTERNET:

[www.gfbv.de/voelker/suedam/mapuche/htm](http://www.gfbv.de/voelker/suedam/mapuche/htm)

## 2.3 BINNENMIGRATION UND METROPOLISIERUNG IN SÜDAMERIKA: RÄUMLICHE DISPARITÄTEN UND IHRE FOLGE

Sara Montgomery & Sophie Baugh

### INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung

1. Das Fallbeispiel Peru

1.1 Das Beispiel Lima

1.1.1 Bevölkerungstendenzen

1.1.2 Wohnungen

1.2 Beschäftigungsstruktur

1.3 Infrastruktur und Transport

1.4 Straftaten, Drogen und Terrorismus

Literaturverzeichnis

## Einleitung

Seit vielen Jahrzehnten dient Lateinamerika als eines der Hauptbeispiele, wie massenhafte Binnenmigration, besonders in Form von Land-Stadt-Migrationsströmen, sich auf die Stadtbildung und -struktur in den Entwicklungsländern ausgewirkt hat. Als der am stärksten "verstädterte" oder "urbanisierte" Kontinent der Dritten Welt (WILHELMY & BORSDORF, 1984) wirft Südamerika viele Fragen in Bezug auf das rasche und unkontrollierte Wachstum der Städte, insbesondere der Hauptstädte auf.

Nirgendwo kann man deutlicher sehen, wie Prozesse wie Metropolisierung und eine daraus resultierende städtische Primatstruktur soziale, ökonomische und ökologische Bedingungen beeinflusst haben, sowohl in den ausgestreckten städtischen Zentren selbst, als auch im Land als Ganzes. Starke und weitverbreitete räumliche Disparitäten werden als eine der schädlichsten Hauptwirkungen der chronisch großen Land-Stadt-Wanderung und als ein beträchtlicher Beitrag zum hohem Urbanisierungsgrad gesehen, normalerweise konzentriert auf eine Stadt. Diese räumlichen Disparitäten spiegeln sich in Metropolen Südamerikas in der Marginalisierung (z.B. die Barriadas von Lima), und im nationalen Kontext in dem Sinne wider, als dass immer mehr Kapital auf die Großstädte ausgerichtet ist, deren von Bevölkerung und wirtschaftliche Dominanz als Folge weiter wächst. Die ländlichen Siedlungen fallen auf Grund von "brain drain" und Mängeln in ihrer Infrastruktur weiter zurück. Welche Maßnahmen sollten also ergriffen werden, oder sind bereits ergriffen worden, diesem Teufelskreis zu entkommen?

In diesem Referat beabsichtigen wir zu demonstrieren, warum diese Prozesse mit solcher Intensität in Südamerika stattfinden, und welche vielfältigen Faktoren, historische und die gegenwärtige, dazu führten. Zuerst werden wir uns ganz allgemein mit dem Muster der Wanderungen im gesamten Kontinent befassen und untersuchen, wie sie sich mit der Zeit verändert hat, bevor wir uns mit bestimmten Beispielen der Binnenmigration innerhalb verschiedener Länder beschäftigen. Dann versuchen wir am Beispiel Limas, dass durch die Landflucht aus der Sierra und Selva massiv gewachsen ist, die zahlreichen sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen zu identifizieren, die sich als Folge des Wachstums eingestellt haben. Schliesslich werden wir die vielfältigen vorgeschlagenen ex- und endogenen Projekte betrachten, die diese Entwicklungen kontrollieren sollen. Wie erfolgreich sind sie bis jetzt gewesen, und wie sieht die Zukunft für die Südamerikanischen Großstädten aus?

Migration ist immer eng mit städtischem industriellem Wachstum verbunden worden, und ist auch wichtig, wenn man Entwicklung in Südamerika betrachtet. Migrationstheorien haben während des letzten Jahrhunderts existiert. Viele neue Theorien haben sich entwickelt, aber die meisten sind nur Extensionen von früheren Theorien. Die Theorie RAVENSTEINS über die Gesetze der Migration war eine von den frühesten, aber sie wird noch heute verwendet. Die Theorien können in viele unterschiedliche Kategorien geteilt werden, aber hier werden sie in den strukturellen und individuellen Migrationstheorien Kategorien gestellt. Individuelle Migrationstheorien fokussieren nach den Entscheidungen der Einzelperson, wann sie den Wanderungsprozeß durchmachen. In solchen Theorien liegt das Interesse in den externen ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen. ROSSI (1955) fand, daß Migration an bestimmte Stadien im Leben angeschlossen werden kann, das er "Life Cycles" (Lebens Zyklen) nannte. Deshalb abhängig von dem Stadium im Leben eines Migranten, ändert seine Wahrscheinlichkeit zur Migration. Verwandte und Freunde in einem Einwanderungsgebiet ist eine zentrale Ausgabe und hat Theorien ergeben. In den unterentwickelten Ländern wie Südamerika ist es üblich, daß die Anwesenheit von Verwandten im Zielbereich ein viel stärkerer Beweggrund zur Migration ist als in entwickelten Ländern. Als ein einfaches Konzept kann Migration als Änderung des üblichen Wohnsitzes durch eine Person, eine Familie oder einen Haushalt definiert werden. Die geographische Abhängigkeit kann über einen

kürzeren oder über einen viel größeren Abstand auftreten. Binnenmigration ist eine Änderung des Wohnsitzes zwischen Ursprung und Zieleinheit.

In strukturellen Migrationstheorien paßt sich der Migrant bestimmten strukturellen Bedingungen in der Gesellschaft an. In Dritte Welt Migrationstheorien ist Migration als eine Anpassung zu wirtschaftlichen Unterschieden zwischen Gebiete diskutiert worden. W. A. LEWIS (1954), wie MARX, hat betont, daß ein bedeutsamer Teil der Arbeitskraft “ *drawn into the modern urban-industrial sector from the labour surplus ,traditional‘ agricultural sector without incurring any loss to the latter*“ (SHERSTA, 1988) sein könnte. Solche Land-Stadt Wanderungen wurden daher angenommen, um eine positive Wirkung zu haben, weil beide der städtischen und ländlichen Gebiete Nutzen hatten. MYRDAL lieferte das Kontra-Argument, daß die Bewegung der Arbeit und des Kapitals zu den städtischen Bereichen “backwash effects“ (Wellengangeffekte) in den ländlichen Gebieten produzierte. “*While destination areas grew, source regions experienced underdevelopment and impoverishment*“ (MYRDAL, 1988). ZELINSKYS weit bekannt Theorie gibt an, daß die früheren Stadien der Entwicklung die landwirtschaftlich-städtische Migration erhöhen, aber mit einer hochentwickelteren Gesellschaft sinkt. Push-Pull Modelle sind benutzt worden, um Migration in den dritte Weltgroßstadt, besonders in Südamerika, zu erklären, und das bekannte Modell LEES ist immer noch populär. Seine Theorie gibt an, daß jeder Ursprung sowie jede Zieleinheit Push- und Pullfaktoren hat, und ihre Herrschaft sich verändert. Diese Faktoren verändern sich ökonomisch, sozial und kulturell, und sie hängen auch von der Eigenschaften der Person, z.B. Alter, Geschlecht, ab. Diese Theorie ist jedoch das Thema vieler Kontroversen gewesen. Neuere Theorien haben Migration als eine direkte Reaktion zu den reichen Gelegenheiten in den städtischen Bereichen gedacht. Das Harris-Todaro Modell erklärt, daß es Migration wegen der landwirtschaftlichen-städtischen Unterschiede anstatt erwartetes Einkommen gibt. Häufig wissen die Migranten von den Problemen in der Stadt, z.B. Arbeitslosigkeit, aber die Gelegenheiten sind noch größer als in den ländlichen Gebiete. Alle oben genannten Theorien zeigen, wie Ideen sich innerhalb der Jahre verändern können. Aber die Tatsache, daß so viele Theorien über Migration geschrieben worden sind, zeigt die Wichtigkeit dieses Themas.

Durch das Betrachten des allgemeinen Bereiches der Wanderung in Südamerika wird es klar, daß es viele unterschiedliche Ursachen gibt und diese miteinander verbunden sind. Wanderung kann in viele unterschiedliche Kategorien abhängig von den unterschiedlichen Faktoren geteilt werden. Hier werden politisch motivierte, sozio-ökonomische und ökologische Wanderungsbewegungen betrachtet, da sie die Haupttendenzen für Südamerika sind. Eine kurze Ansicht der früheren Muster wird hier betrachtet, weil sich so viel innerhalb der Jahre geändert hat. Viele Länder in Südamerika haben politische Ruhelosigkeit erlitten, und die Wanderung, die infolgedessen aufgetreten ist, ist häufig groß gewesen. In Südamerika war die wichtigste Quelle politischer Gewalt innerstaatlicher Natur. Zum einen ging die Gewalt von autoritären Regierungen aus, die Andersdenkende im eigenen Land verfolgten. Zum anderen hatte die Gewalt ihren Ursprung in militärischen Auseinandersetzungen zwischen Guerilla-Gruppen und Streitkräften. Das Ausmaß solcher Gewalt folgte oft dem Zyklus zwischen Demokratie und Diktatur in Südamerika. Die Länder in Südamerika machten nicht gleichzeitig die Demokratisierung durch, und folglich waren Wanderungsströme in den unterschiedlichen Ländern teils von der politischen Position dieses Landes abhängig. Innerhalb der Jahrzehnte autoritärer Herrschaft gingen zehntausend Südamerikaner ins Exil. Vor allem Chilenen und Argentinier flohen vor der Verfolgung in ihren Heimatländern, die die beiden gewalttätigsten Militärdiktaturen aufzuweisen hatten. Andere Gruppen wurden aber auch politisch verfolgt, z.B. Brasilianer und Paraguayer. Infolge der Demokratisierung erlebte Südamerika in den 80er Jahren die Rückkehr der vielen Exilanten. “*Die International Organization for Migration (IOM) half 1993 2.760 Chilenen (1992: 1611) bei der Rückkehr in ihr Heimatland*“ (IOM 1994:12f) (SCHIRM, 1997). Viele andere Konflikte wurden auch am Ende der Militärherrschaft behoben. Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommen zwischen Regierung und Guerilla in Surinam 1992 kehrte 4.500 der 6.100 anerkannten Flüchtlinge aus Französisch Guyayana zurück (US

COMMITTEE FOR REFUGEES, 1993:145). Seit 1990 scheint sich, nach dem UNHCR, die Zahl der Flüchtlinge zu verringern. Diese Zahlen könnten irreführen, weil sich nicht alle Flüchtlinge registrieren lassen. Es scheint aber, als ob Südamerika jetzt relativ wenig Flüchtlinge hat. Die Zielgruppe der UNHCR ist ziemlich eng mit der Definition "*internally displaced populations of concern to UNHCR*" (UNHCR, 1995:254) verbunden. Es ist auch schwer Binnenmigration abzuschätzen, weil es keine Grenzen gibt. Es hat eine Abnahme an den Wanderungsströmen seit den sechziger und siebziger Jahren gegeben, als es noch Massenbewegungen gab. Kolumbien und Peru waren die einzigen zwei Länder, die strenge politisch bedingte Wanderungsbewegungen erfuhren. In Peru äußerte sich Migration im wesentlichen in Form innerstaatlicher Vertreibung. Die Ursache der Vertreibung lag in Konflikten zwischen Regierungsstreitkräften und Guerilla-Truppen. Der *sendero luminoso* (d.h. Leuchtender Pfad) war seit Anfang der 80er Jahre aktiv, und ging in seinem Kampf gegen die Regierung mit Brutalität vor. Streitkräfte wie die Guerillas haben viele Zivilisten in Peru terrorisiert. Sie haben Mord bis hin zur Massakrierung ganzer Dörfer durchgeführt. Die Antworten der Armee gehören aber ebenso zur Gewalt der *sendero* z.B. die Erschießung von Zivilisten ohne Gerichtsverfahren. Beide Seiten verfolgten jeden, den sie der Kollaboration mit dem Gegner verdächtigten. Die Gewalttaten waren meistens im Andenhochland und auf die indianische Bevölkerung. Der U.S. Committee for Refugees (1995) sagte, daß nach Regierungsangaben bis 1994 288 Dörfer vom Bürgerkrieg zerstört waren, 177 davon vollkommen verlassen. Insgesamt flohen über 60.000 Peruaner vor den Gewalttätigkeiten (SCHIRM, 1997). Die Gewalt nahm erst seit 1993 ab, nachdem die Regierung die Anführer des *sendero luminoso* und hunderte seiner Kämpfer festnehmen konnte. Infolge der verringerten Gewalt wurde rund 50.000 Familien in 579 Rückkehrerdörfern durch ein Rückkehrprojekt der Regierung geholfen (RUIZ & KIRK, 1996). Eine Rückkehr aller Flüchtlinge ist jedoch nicht möglich, weil so viele Dörfer zerstört und daher nicht mehr bewohnbar sind. Deshalb ist zu erwarten, daß der größte Teil der Flüchtlinge in den Elendsviertel unterkommen wird. Dies fügt nur zum Problem hinzu. Dieses Beispiel ist für Peru spezifisch, aber andere Länder haben ähnliche Probleme, z.B. Argentinien.

Sozio-ökonomische bedingte Wanderungsbewegungen beeinflussen alle Länder in Südamerika aber in den unterschiedlichen Weisen. In den sechziger und siebziger Jahren gab es einen massiven Verlust der Leute von den ländlichen Gebiete durch Landflucht. Während 1960 in Südamerika weniger als die Hälfte der Bevölkerung in Städten lebte, war es 1990 mehr als zwei Drittel. Der Pullfaktor vom Land bedeutete, daß die Großstädte und insbesondere die Hauptstadt wuchsen. Der zunehmende Einsatz von Maschinen in der Landwirtschaft reduzierte die Beschäftigung von Landarbeitern auf den Latifundien. Gleichzeitig trat Industrialisierung in den Großstädte auf. Es bedeutete neue Arbeitsplätze in den Städten, die meist besser bezahlt als diejenigen auf dem Land waren. Es gab die zusätzliche Attraktion "*eines freieren und dynamischeren Stadtlebens*" (SCHIRM 1997). In der Folge explodierten die Städte. Zwischen 1960 und 1995 wuchs São Paulo von 3.8 Mio. auf 16.5 Mio. Einwohner (THE ECONOMIST, 1995). Noch vor den neunziger Jahren wurden neue Gebiete in bestimmten Ländern, so z.B. das Amazonasgebiet, kolonisiert. Später wird dieses Gebiet genauer betrachtet. Die Wanderung der Leute hin zu anderen Ländern innerhalb Südamerika war auch in den letzten Jahrzehnten populär, da die Wanderer weiterhin eine bessere Lebensqualität suchen. Beispielsweise leben ungefähr 400.000 brasilianische Siedler in Paraguay und machen damit 9% der Bevölkerung des Landes aus. Aber es gibt jetzt Gesetze, die die Wanderung in bestimmte Länder wie z.B. Argentinien regeln. Es gibt auch Bestrafungen, wenn diese Regeln nicht befolgt werden. Argentinien wird als ein wichtiges Zielland für sozio-ökonomische Wanderungsbewegungen genannt. Dort können Peruaner fünfmal soviel wie in ihrem Heimatland verdienen. Wenn Arbeitgeber illegale Einwanderer beschäftigen, können sie mit einer Strafe von 5.000 U.S. Dollar und der Schließung ihres Betriebes bestraft werden. In den 90er Jahren gibt es noch große Binnenmigrations-bewegungen. Im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor hat die Binnenmigration der 90er Jahre ein geringeres Volumen und ist nicht mehr im früheren Ausmaß auf die Großstädten, z.B. Rio de Janeiro, ausgerichtet. Die Zielstädte für Flüchtlinge sind vielmehr

regionale Zentren wie Salvador an der Küste sowie die Städte im Westen des individuellen Landes. Diese urbanen Pole haben oft mehr als 1 Mio. Einwohner, sind aber nicht vergleichbar mit den Metropolen wie São Paulo oder Lima. Es gibt verschiedene Ursachen für diesen Trend. Die Großstädte haben nicht mehr die Anziehungskraft früherer Jahre, weil es nicht soviel Arbeitsplätze oder Gelegenheiten zum Geld verdienen gibt. *‘Die Nachricht von der wachsenden Arbeitslosigkeit, Kriminalität und der allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Großstädten schreckte vermutlich eine Reihe potentieller Zuwanderer ab‘* (SCHIRM, 1997). Die neuen urbanen Pole haben mehr Prosperität. Obgleich die meiste Aufmerksamkeit in der Vergangenheit auf das Wachstum der Hauptstädte gelenkt wurde, wuchsen auch die anderen städtischen Bereiche. Alle wurden zu den unterschiedlichen Zeiten angefangen, aber sie haben alle in eine *‘multifaceted crisis of nearly cataclysmic proportions‘* (AGENDA, 1996). Das neue Städtewachstum führt zum einen zum Wohlstand, zum anderen aber auch zu zunehmenden großen Probleme. Eine dritte Ursache ist die verbesserte Lebensbedingung auf dem Land. Diese bedeutet, daß die Flüchtlinge nicht so weit z.B. zu den Großstädten fahren müssen, um Arbeitsstellen zu finden. Die urbanen Pole ziehen viel mehr Wanderer als in den früheren Jahrzehnten an.

Südamerika hat relativ geringe ökologisch bedingte Wanderungsbewegungen, als es sie in anderen Gebieten der Welt gibt. Die wichtigste ökologische Ursache von Migration war die Dürre im Nordosten Brasiliens. Das Dürregebiet ist heute nicht mehr so groß, infolge stärkerer Regenfälle und verbesserter Technologie. Es gibt in den letzten Jahrzehnten und auch noch heute die Flucht vor Dürre, Desertifikation, Erosion oder Versalzung in der peruanischen Küstenregion und dem Norden Chiles. Man muß sich daran erinnern, daß Wanderung nicht immer ein direktes Resultat zu den ökologischen Problemen ist. Häufig müssen Leute in 'gefährlichen' Bereichen leben, weil es oftmals die einzige Möglichkeit ist. Ein solches Beispiel schwerwiegender Umweltzerstörung ist das brasilianische Cubatao, das als die giftigste Industriestadt der Welt galt. Diese Wanderungsbewegungen wegen ökologischen Problemen beeinflusst nur einige Bereiche von Südamerika, aber sie sind dennoch wichtige Faktoren für die Erklärung bestimmter Wanderungsbewegungen der Bevölkerung Südamerikas.

Innerhalb der Länder gibt es auch Disparitäten, weil es dort die unterschiedlichsten Arten von Regionen gibt. Keine Region hat die gleichen Bedingungen oder Bevölkerungseigenschaften wie die andere. Wenn wir solche Unterschiede zwischen Regionen betrachten, können wir sehen, wieviel Wanderung innerhalb eines Landes verändert

Undynamische Regionen haben häufig eine Konzentration der Bevölkerung in bestimmte Großstädten. Gleichzeitig tritt Wanderung aus den Quellregionen anderer Bereiche der Region auf. Die Großstädte ziehen nicht nur Massen der regionalen Bevölkerung an, sie dienen auch als ein "Zwischenstop" der Wanderung, die eigentlich in andere Städten geht. Die qualifizierten Personen verbleiben nur vorübergehend in diesen Städten, was bedeutet, daß auf Dauer gesehen nur die weniger qualifizierten Menschen dort verbleiben. Deshalb erreichen diese Regionen nie ihr eigentliches Potential.

Hochentwickeltere Regionen werden zumeist in den größeren Ländern, wie z.B. Brasilien, gefunden. In solchen Ländern tauchen die hochentwickelten Regionen um einen leistungsfähigen industriellen Kern auf. Dort, wie im Fall von São Paulo, neigt die landwirtschaftliche Bevölkerung zu schwinden, und ein Fortschritt in der landwirtschaftlichen Technologie tritt auf. Das Wachstum der Stadt erweitert sich enorm und saugt alle überschüssigen Wanderer auf. Die Wanderer kommen normalerweise aus den ländlichen Gebieten aber auch von den städtischen Randgebieten. Die Tatsache, daß die entwickelten Regionen noch den größeren Teil der Binnenmigration anziehen *‘is partly due to the high correlation between migration and the established urban areas‘* (GEIGER). Beispielsweise zogen die Bereiche São Paulo, Guanabara und Rio de Janeiro 1.525.000 der 3.250.000 Brasilienwanderer, die von einem *municipo* auf einen anderen umzogen, an (GEIGER). Man kann das Wachstum solcher Bereiche durch die Änderung des Vorortwachstum

sehen. 1940 hatten nur zehn von den Städten in Brasilien, die mehr als 0,05% der Bevölkerung enthielten, Vororte. Bis 1970 war diese Zahl auf 46 gestiegen (GEIGER). Dies zeigt zwei Hauptbewegungen innerhalb der Stadt. Die erste Bewegung war, daß sich die Bevölkerung in den hochentwickeltesten Regionen konzentriert und die andere Bewegung war, daß die Bevölkerung zentrifugal auftritt. Sogar in den ländlichen Gebieten in der Nähe der Metropole, in dem das Bewirtschaften die Primärbesetzung war, gab es eine Abwanderung der qualifizierten Bevölkerung in die Städte. Statt der qualifizierten Menschen, die in die Städte aussiedelten, werden statt ihrer, jetzt in den ländlichen Regionen die weniger qualifizierten Menschen aus anderen Regionen ihren Platz einnehmen.

In den letzten Jahren ist eine Veränderung in der Binnenmigration zu beobachten, da die Großstädte etwas von ihrer Bevölkerung verloren haben, so z.B. São Paulo. Dieses liegt an der Wettbewerbsfähigkeit der urbanen Pole und der neuen Regionen.

Die neuen Regionen sind aufgebaut worden, um zu helfen, den demographischen Druck zu entlasten. Es wurde auch gehofft, daß sie die Expansion dem Mittelstand beizubehalten, den Druck auf dem Land entlasten, der Volkswirtschaft helfen z.B. durch die Auswirkung der Wäldern, und die Städte fördern würden. Diese Regionen halfen den Druck auf die Großstädte zu entlasten. In Peru verschoben sich die Flüchtlingswellen der Sierra in das Montana, und nicht so sehr auf die Küstenstädte. Die neuen Regionen trugen zu den Zunahmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den siebziger Jahren bei. Die Regierung unterstützte die Regionen durch Infrastruktur und durch Regelungsprojekte. Kulturelle Tendenzen in vielen Ländern jedoch haben beeinflusst, wo Wanderer abrechnen. Für irgendeine Bevölkerung sind solche Tendenzen der wichtigste Faktor. In Peru sind die Inder immer durch kulturelle Muster beeinflusst worden. *“The Indians have a regionally confined spatial perception and the whites and halfcastes a more truly national spatial concept“* (GEIGER).

## 1. Das Fallbeispiel Peru

Die Fallstudie von Peru wird betrachtet, um die regionalen Verschiedenheiten genauer aufzuzeigen. Die Wanderungsströme und ihre Folgen werden näher betrachtet. Die Folgen der Wanderung sind weitreichend und abhängig von spezifischen Regionen. Deshalb werden in der Fallstudie von Peru die Folgen auf die städtischen und landwirtschaftlichen Bereiche analysiert. Es ist klar, daß die Wanderung von den Quellbereichen zu den Zielbereichen eine Auswirkung auf die ländlichen Gebieten gehabt hat, in denen die Majorität der Wanderungsströme entstehen. Solche Land-Stadt Wanderungen hat seit den vierziger Jahren das Hauptmuster für Wanderung gebildet. Die umfassende sozio-ökonomische Änderung in den ländlichen Gebieten mitten in diesem Jahrhundert wurde einer Wanderung zur Stadt gefolgt. Leute wandern zu vielen der städtischen Bereichen in Peru, infolge des Großstädtewachstums aber die Hauptzielstadt ist immer noch Lima. Lima ist groß, attraktiv und in einer zentrale Lage (KROSS, 1992). Abwanderer kommen von allen Teilen des Landes Peru, und in der Zählung 1981 wohnte 40% aller Migranten in Lima. Nach MALMBERG (1988) gibt es in Lima Migranten von den verschiedensten 'Typen'.

Die Wanderungswelle war Mitte der 60er Jahre so groß, daß *“By 1960 scarcely a village in the Sierra did not have some members living in Lima or other coastal cities“*. SKELDON (1977) berichtet, daß aus dem 600 Einwohner Dorf Colcha in den früheren 70er Jahren 250 – 300 Personen in Lima lebten. Sie hatten eine *“welcoming committee“* (Begrüßungsausschuß) in der Stadt (KROSS, 1992). Die Folge der vielen Migranten nach Lima ist das massive Wachstum der Stadt und der Probleme gewesen, die verursacht werden. Ein großes Problem, zu dem Wanderung beigetragen hat, ist das Wachstum der *barriadas* (Elendsviertel). Die Elendsviertel sind oft die einzige Möglichkeit für viele der Migranten. 1956 war der Anteil der Migranten, die in den *Barriadas* lebten, zwischen 10% und 15%. 1970 wird von einem Anteil von 75% ausgegangen – bezogen auf die über 15jährigen (ONEC, 1972). Durch den Zufluß der Migranten in den sechziger und siebziger Jahre fanden sich viele Migranten in dem schlechter bezahlten informellen Wirtschaftssektor oder

fanden erst gar keine Beschäftigung. Vor kurzem hat die Forschung vorgeschlagen, daß mehr Migranten jetzt selbstständige oder "trader migrants" (Handwerker) sind (OKEARA, 1986). Die Migranten stehen den Problemen der Stadt nicht unwissend gegenüber, versuchen aber dennoch eine bessere Lebensqualität zu suchen.

Die Küstengroßstädte im Norden und Süden von Lima sind andere wichtige Zielbereiche, z.B. Chiclayo ist eine wichtige Zieleinheit für Migranten in den letzten zwei Jahrzehnten gewesen. Zwischen 1981 und 1989 hat die Bevölkerung sich von 280.000 auf 410.000 erhöht, was eine Zunahme von 46% ausmacht (STATISTISCHES BUNDESAMT, 1992). Cajamarca ist ebenfalls einer der Hauptquellbereiche. Die Sierra hat weit weniger städtische Bereiche als das Küstengebiet und wenig Industrie. Einige Städte dienen als Durchfahrtbereiche für die Migranten, die zu anderen Teilen des Landes gehen, z.B. Huancayo zieht Migranten von der ganzen Sierra an. Das Selva hat spontane und unverzügliche Wanderung erfahren. Es ist auch von Wert für geplante Regelungprojekte gewesen, die ziemlich viel Migranten zurück, besonders auf den Hochlandsteigungen der Anden, gezogen haben. Gesamt betrachtet hat dieses Migrationsmuster einen Verlust der ländlichen Bevölkerung bedingt. Der Verlust hat sich jetzt seit den sechziger und siebziger Jahren beträchtlich verringert.

Wenn man die ländlichen Gebiete betrachtet, sieht man, wie die Änderungen die Wanderungsbewegungen in Peru beeinflußt haben. Ein Vergleich zwischen landwirtschaftlicher Entwicklung und Wanderungsintensität hat in Richtung bestimmter Anschlüsse gezeigt (MALMBERG, 1988). Eine Änderung der sozio-ökonomischen Bedingungen zwischen den vierziger und den siebziger Jahren verursachte erhöhte Wanderung in die Stadt. Der abnehmende Wert der hacienda, der Verbesserung in der Kommunikation und der erhöhten Technologie beim Bewirtschaften führten zu diesen Änderungen. Diese Zeit war, als sozio-ökonomische bedingte Wanderung in Peru die einflußreichste war. Erhöhte Mobilität bedeutete auch, daß alle Gesellschaftsklassen auswandern konnten. In den siebziger Jahren gab es eine verringerte Wanderungsintensität aus den ländlichen Gebieten, weil sich die sozio-ökonomische Transformation verlangsamte. Die peruanische landwirtschaftliche Verbesserung beeinflußte die Abnahme an der Wanderung auch in den früheren siebziger Jahren. Das System der großen Alleinherrschaft von wenigen einzelnen Personen wurde beseitigt.

Die landwirtschaftliche Verbesserung beeinflußte die Wanderung. Die Ministerio de Trabajo (1980) berichtete, daß Migrationsbewegungen zu den großen Städten in Peru zwischen 1970 und 1972 sich vielleicht infolge eines direkten Resultat der Verbesserung verringerte. Heutzutage ist die ländliche Bevölkerung Perus, obwohl Verluste zeigend, beständiger. Nach der Zählung von 1990 wohnen 70.2% der Bevölkerung in städtischen Gebieten und 29.8% in ländlichen Gebieten. Gewalttätigkeit, wie bereits erwähnt, war in ganz Peru für lange Zeit verbreitet und hat sich erst vor kurzem verringert. Solche Gewalttätigkeit beeinflußte besonders die ländlichen Gebiete und viele Leute flohen in die Stadt. Man kann jetzt sehen, daß Binnenmigrationbewegungen ein wichtiger Teil der peruanischen Vergangenheit und der Gesellschaft gewesen sind, und es auch ersteinmal so bleiben wird.

Es ist eine weitverbreitete Ansicht, dass im Großen und Ganzen diese Land-Stadt-Wanderungen und die dadurch hohe natürliche Bevölkerungswachstumsrate in den Städten dazu geführt hat, dass lateinamerikanische Großstädte zu groß sind und zu schnell wachsen. Bis zum Jahr 2000 wird die Welt 28 Megastädte haben, jede mit mehr als 8 Millionen Einwohner. Fünf von ihnen werden in Lateinamerika liegen. Am Anfang der 90er Jahren hatten vier lateinamerikanische Städte über 8 Millionen Ew. und weitere vier hatten mehr als 4 Millionen. 1950 lag die Bevölkerung dieser 8 Städten bei 16 Millionen, bis 1990 hatte diese Zahl bereits ca. 70 Mio. erreicht. Die sehr hohe Einwohnerzahl der südamerikanischen Megastädte bedeutet, dass sie viele der schlimmsten

Symptome der Unterentwicklung der Region zeigen: große Slums; Armut; starke Luft- und Wasserverschmutzung; und ein beängstigendes Verkehrsaufkommen.

Mit dem Verstädterungsprozess geht eine zunehmende Konzentration der Stadtbewohner auf verhältnismäßig wenige große Zentren einher, die als „*Vergroßstädterung*“ und „*Metropolisierung*“ umschrieben wird (BÄHR & MERTINS 1995). Eine Aufschlüsselung der Bevölkerungsentwicklung in den Städten verschiedener Größenordnungen zeigt, dass die Metropolen (über 500.000 Ew.) in Südamerika besonders schnell gewachsen sind. Der Metropolierungsgrad (d.h. der Anteil der Metropolitanbevölkerung an der Gesamtbevölkerung), der sich 1950 auf nur 12,5% belaufen hatte, erhöhte sich im Jahre 1970 auf 23,3% und lag 1990 bereit bei 36,9%. Der Verstädterungsgrad (der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung) lag noch höher:

1950 - 41,6%

1970 - 57,4%

1990 - 71,5%

und wird für das Jahr 2000 auf 76,6% geschätzt (BÄHR & MERTINS 1995).

Seit 1950/60 zeigen auch die Länder des tropischen Südamerikas einen stark anwachsenden Metropolierungsgrad, der heute überall mehr als 20% beträgt. Einen weiteren Indikator für den rasch fortschreitenden Metropolierungsprozess stellt die Entwicklung der Millionstädte dar. Ihre Zahl hat sich zwischen 1950 und 1990 sprunghaft von 7 auf 40 vermehrt. Heute lebt bereits mehr als jeder vierte Lateinamerikaner in Ländern wie Argentinien und Brasilien, und mehr als jeder dritte Bewohner in Städten dieser Größenordnung.

Der lateinamerikanische Verstädterungsprozess setzte besonders früh ein, und lief mit enormer Intensität ab, aber die Urbanisierung setzte in den einzelnen Ländern weder zur gleichen Zeit noch mit der gleichen Intensität ein. Zwischen 1947 und 1990 z.B. stieg die Wachstumsrate Buenos Aires um nur 2% pro Jahr, sehr langsam im Vergleich zu Wachstumsraten von über 5 Prozent in Bogotá und Lima. Es gab und gibt erhebliche raum-zeitliche Unterschiede und bedeutende Kontraste innerhalb der jeweiligen Länder zwischen stark verstädterten und kaum verstädterten. Das extremste Beispiel Brasiliens mit dem Wirtschafts- und Bevölkerungsschwerpunkt im Südosten um die Metropolen Sao Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte (1990: ca. 70 Prozent der Industriellen beschäftigten, 70% des industriellen Produktwertes, 44% der Bevölkerung Brasiliens) gegenüber weiten, bevölkerungsarmen Landesteilen im Nordosten und Amazonen.

Es ist wichtig diese bedeutenden Unterschiede zu erkennen, die zwischen südamerikanischen Ländern existieren. Sowohl Argentinien als auch Chile haben sich sehr früh urbanisiert und schon in den 30er Jahren war die städtische Bevölkerung größer als die ländliche, während andere Länder des Kontinents dieses nicht bis in die 50er Jahren erreicht haben. Während die städtischen Systeme von Argentinien, Chile und Peru von einer sehr hohen Konzentration der Bevölkerung in ihren Hauptstädte beherrscht sind, hat Kolumbien ein ausgewogenes städtische System. Brasilien und auch Ecuador fehlt eine „*Primate City*“.

JEFFERSON hat (1939) den Begriff „*primacy*“ entwickelt, der seit vielen Jahrzehnten ein kennzeichnender Faktor der Entwicklungsländern ist, um die Tendenz zur übermäßigen Konzentrationen der Bevölkerung in einigen Grosstädten zu beschreiben. BROWNING (1939) benutzt zwei Methoden um Primacy zu messen: Bevölkerung der ersten Stadt geteilt durch die der zweiten Stadt, die erste Stadt geteilt durch die nächsten drei. Durch solche Untersuchungen wird es offensichtlich, dass es in dem gegenwärtigen Jahrtausend einen generellen Trend gibt, dass eine Stadt in den städtischen Systemen dominiert (MORRIS 1981). Spitzenwerte für den „*Index of Primacy*“ errechnen sich (neben Paraguay und Guatemala) für Chile und Uruguay mit jeweils ungefähr 15, was die demographisch dominante Rolle der jeweiligen Hauptstädten nachdrücklich unterstreicht.

In Uruguay war die Vorrangstellung der Landeshauptstadt schon Mitte des vorigen Jahrhunderts sehr ausgeprägt. Die Bemühungen um eine Industrialisierung, spätestens seit den 30er Jahren und die frühe Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft haben diese Tendenz noch verstärkt, denn Arbeitsplätze im sekundären und vor allem im tertiären Sektor wurden überwiegend in Montevideo geschaffen. Zu Beginn der 60er Jahre lebten 46% der uruguayischen Bevölkerung in der Landeshauptstadt, und der Index of Primacy betrug über 20. Die gewisse Abschwächung der Primatstruktur, die in den folgenden beiden Jahrzehnten zu beobachten war, hing zum einen damit zusammen, dass die Zuwanderung aus dem interior deutlich zurückging, zum anderen drückt sie sich darin aus, dass Montevideo inzwischen über die administrative Stadtgrenze herausgewachsen ist (BÄHR & MERTINS, 1995).

Eine Primatstruktur drückt sich auch im bevölkerungsmässigen Anteil der jeweiligen Landeshauptstadt aus (z.B. Peru: 1900= 3,8% und 1993 = 30%): In Lima lag er zu Beginn der 80er Jahre bei 74% (MERTINS, 1927). Noch bedeutsamere Anteile entfallen meist auf die Hauptstadt bei anderen wirtschaftlichen Indikatoren, wie Bruttonilandsprodukt, Kreditvergabe oder Investitionen sowie auf Einwohner mit Hochschulausbildung, Beschäftigte in Führungsberufen und Personen mit hohem Einkommen. Somit konzentriert sich der gesamte nationale Reichtum, alle Macht und alles künstlerische und geistige Leben in hoher Masse auf eine oder allenfalls zwei bis drei Metropolen, so dass kleineren Städten kaum eine Chance verbleibt, eine gewisse Eigenständigkeit zu behaupten, zumal sie immer durch "*brain drain*" ihre Führungskraft an die Hauptstadt verlieren (BÄHR, 1995).

Seit 1970 ist das Niveau metropolischer Dominanz kleiner geworden, und in zumindest vier Ländern ist der Bevölkerungsanteil der größten Städte gesunken. Nur Lima aus diesen acht Megastädten in Südamerika zeigt noch ein deutliches Wachstum der städtischen Bevölkerung. Diese jüngste Verbesserung der Lage der Metropolen macht das Problem kleiner, aber löst es immer noch nicht. Die Metropolisierung hatte immer noch schlimme urbane, infrastrukturelle, sozioökonomische und vor allem ökologische Folgen. Die vielfältigen Probleme, wie Wohnungsnot, Kriminalität, Bevölkerungswachstum und Probleme der Stadtverwaltung, können alle am folgenden Beispiel von Lima, gezeigt werden.

## 1.1 Das Beispiel Lima

Die Probleme Limas begannen als die Stadt an der pazifischen Küste durch die Spanier 1535 entdeckt wurde. Sie wurde ausgewählt als der Verbindungspunkt zwischen Südamerika und Europa zu dienen.

Lima war kein guter Ort für die Hauptstadt Perus, denn unter der niedrig hängenden Bewölkung, unter welcher die Stadt von Februar bis Oktober liegt, sammeln sich Nebel und Rauch, welche die perfekten Bedingungen für Luftverschmutzung und die Entwicklung von Krankheiten der Atemwege bilden. Die Gründung der Hauptstadt in einem anderen Tal hätte der zukünftigen Hauptstadt mehr genutzt, da mehr Platz und mehr Wasser zur Verfügung gestanden hätten.

### 1.1.1 Bevölkerungstendenzen

Schon Anfang dieses Jahrhunderts hatte sich die politische Macht Perus in Lima konzentriert. Sie war eine administrative Stadt, die ihren Einfluss auf den Großteil des Landes ausgedehnt hatte. Der Großteil der Exporterträge fand seinen Weg zurück in die Stadt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Lima noch dominanter, und gründete praktisch ein Monopol in der neuentwickelten Industrie. Bis zum Jahre 1986 brachte Lima 87% der Steuer der Nation, zog 83% der Bankleihgaben Perus an und 98% der privaten Investitionen. Bis zum Jahr 1993 hatte Lima keinen

Konkurrenten: Es war fast zehnmal größer als Arequipa, Perus zweitgrößter Stadt, und mehr als ein Viertel der Peruaner wohnte dort (GILBERT, 1996).

In den fünfziger Jahren wuchs die Bevölkerung Limas auf das zehnfache. 1993 wohnten sieben von zehn Peruaner in städtischen Gebieten, zwei von fünf wohnten in Lima, und die Bevölkerung Limas hatte 6.3 Mio. erreicht. Die meisten Einwanderer waren junge Leute (zwischen 13-24 Jahre) und daher war die Geburtenrate sehr hoch. Es wurde geschätzt, dass zwischen 1940-60 das natürliche Bevölkerungswachstum fast die Hälfte des Wachstums Limas ausmachte, die andere Hälfte war eine Folge der Einwanderung.

Glücklicherweise wuchs die Stadt in den 70er Jahren langsamer; eine Folge des Rückgangs der natürlichen Wachstumsrate und der geringeren Bevölkerungswanderung. Deswegen war Lima weder eine Stadt mit einer Überzahl Kindern in der Bevölkerungspyramide noch eine Stadt von Migranten: Die Mehrheit der Bevölkerung war in der Stadt selbst geboren worden.

### 1.1.2 Wohnungen

Eine der bedeutendsten Charakteristika des Wachstums Limas über die Jahre ist die starke Zunahme von Siedlungen in denen Ew. mit niedrigen Einkommen leben. In Lima tritt der zentral-peripherie Sozialgradient der kolonialzeitlichen Stadt kaum noch in Erscheinung, sondern hat sich bereits seit der Jahrhundertwende mehr und mehr gelockert. Im Gegensatz zu anderen Metropolen sind die zentrumsnahen Wohnbereiche, sofern sie nicht der Citybildung und -erweiterung zum Opfer gefallen sind, weitgehend degradiert und werden überwiegend von verschiedenen tugurio-Typen eingenommen, aber auch von älteren, inzwischen stark verdichteten und überbauten Hüttenvierteln (Barriadas) oder, seit dem militärische Regime von Juan Velasco Alvarado (1968-75), pueblo jovenes oder "young towns" (LLOYD, 1980). Diese Slums sind heutzutage wichtige Merkmale der Innenstadt, und in ihnen kommt nur die ärmste Bevölkerung unter.

Die Reichen sind vom Stadtzentrum weg gezogen, um sich ihre eigenen reichen Vororte entlang der Straßen zum Strand zu schaffen. Die Abwanderung der Oberschicht begann im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts mit der saisonalen Nutzung nahegelegender Badeorte an der Küste, die sich von ursprünglich dörflichen Ansiedlungen zu Villenvororten wandelten. Damit hatte sich die Altstadt vollendet und das räumliche Muster der Sozialstruktur vom reverse Burgess-type zum Burgess-type gewandelt (BÄHR, 1995). Deswegen können wir drei verschiedene bedeutende Zonen in Lima identifizieren: Erstens das Innenstadtdgebiet, in dem verfallene Slums und moderne kommerzielle Betriebe nebeneinander existieren; Zweitens die Randlage, dort finden wir ein Gebiet von unauffälligen und unterschiedlichen Wohnungen; schließlich die Außenbezirke der Stadt, die phänomenal schnell wachsen, es gibt zwei starke sehr unterschiedliche Formen städtischer Entwicklungen: Einerseits gibt es die Wohnsiedlungen, die durch die großen privaten Bauunternehmer gebaut wurden. Normalerweise sind diese Arten von Wohnungen nur für die reichsten 15% der Bevölkerung verfügbar. Andererseits gibt es auch Siedlungen auf besetzten Land (barriadas), die von den Bewohnern selbst gebaut wurden.

Das massenhafte Auftreten von barriadas begann in den 40er Jahren; die erste barriada geht nach WILHELMY/BORSODORF (1985) bereits auf das Jahr 1924 zurück. Bis Mitte der 50er Jahre wohnten weniger als 10% der Ew. Limas in barriadas, um 1975 war die 25%-Schwelle erreicht, und heute dürften es ca. 40% sein (BÄHR, 1995).

Die ersten barriadas konzentrierten sich auf kleinere, agrarische nicht benutzbare Flächen im unmittelbaren Randbereich des bebauten Gebietes von Lima und Callao und wiesen somit einen relativ guten Zugang zu den Industriegebieten und zur Altstadt auf. Die Wohnungspolitik geriet erst in den 50er Jahren außer Kontrolle: Die Armen wurden gehalten in das Land einzufallen und ihre

Wohnungen selbst zu bauen, während die Regierung Wohnungen für die Mittelschicht stellte. Für die Armen bestand die Wohnungspolitik der Regierung darin, diesen einen Bauplatz zur Verfügung zu stellen. In den 60er und 70er Jahren griff der Staat mehr und mehr lenkend in den Prozeß der *barriada*-Bildung ein, indem er hauptsächlich im Süden der Stadt, abgesetzt vom bisherigen Siedlungsrand, riesige Flächen für Hüttenviertel "reservierte".

Das Problem der *barriadas* war die Tatsache, dass der unkoordinierte Prozess der Selbsthilfe eine sehr ineffiziente Methode war, eine Stadt zu entwickeln. Nach 1961 wurden die *barriadas* von der Genehmigungspflicht frei. Der Staat akzeptierte, dass er keine Begleichung von den *barriadas* bekommen würde, und als Erwiderung musste er sich nicht einmischen.

Dieser Wandel von einer eher restriktiven Haltung zu einer bewußten Förderung der *barriadas* kommt auch in der Veränderung der offiziellen Bezeichnung für diesen Siedlungstyp zum Ausdruck. Sprach man zunächst (1961-68) von *barrios marginales*, so lautete die offizielle Bezeichnung zwischen 1968-1980 und wieder ab 1986 *pueblos jóvenes* oder *young towns* (KROSS, 1992).

Bis 1980 hatten die Wachstumsspitzen der *barriadas* Entfernung von 25-30 km zum Stadtzentrum erreicht. Allerdings wurde in den 80er Jahren das expansive Flächenwachstum der *barriadas* immer mehr gebremst, wegen des Zusammenwirkens vielfältiger *constraints* eine weitere Ausdehnung verhinderte und wegen der weitgehenden Erschöpfung von Flächenreserven an der Peripherie (BÄHR 1995). Neue Siedlungen begann sich in den tiefen Tälern und an den steilen Hängen zu entwickeln, wo Überschwemmungen häufig vorkommen.

Als die Menge zugängliches Landes noch knapper wurde, nahm die Bevölkerungsdichte in den schon besiedelten Gebieten zu. Wenn die Probleme in diesen alten "young towns" schon groß waren, dann ist die Situation in den neueren Siedlungen noch schlimmer, auch wegen der veränderten Natur der neuen Siedler. Viele sind Flüchtlinge des Guerilla Krieges, der in dem Land bis 1993 getobt hat.

Neue auch wie alte Siedlungen stehen einem weiteren Problem gegenüber, und zwar der Unfähigkeit der Regierung ausreichende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Sie pumpten mehr Wasser in existierende Rohre, ohne das System zu verbessern oder auch nur zu warten. "*The city is now reaping the consequences of this improvisation*" (GILBERT, 1996).

## 1.2 Beschäftigungsstruktur

Der rasche Wandel der Beschäftigungsstruktur ist ein Spiegelbild des enormen Verstädterungsprozesses. Importsubstitutionen ab ca. 1950 und damit eine beschleunigte Industrialisierung haben zu einer Konzentration der neuen Industriebetriebe in wenigen Großstädten und in hohem Maße als Pull-Faktoren für Zuwanderer gewirkt. Gerade die Land-Stadt-Wanderung zweifellos eines der bedeutendsten sozioökonomischen Phänomene in der zweiten Hälfte der 20. Jh., beinhaltet einen massiven Transfer von Arbeitskräften aus dem Agrarsektor in die "Städtischen Sektoren"- da die modernen Industriebetrieb nur einen geringen Teil davon aufnehmen konnten - hier vor allem in dem Dienstleistungsbereich (BÄHR & MERTINS, 1995).

Seit 1980 hat sich die ökonomische Lage sehr verschlechtert und daher hat der Mindestlohn jetzt nur noch 1/6 des Wertes, den er 1980 hatte. Zunehmende Bevölkerung und wirtschaftliche Rezession bedeuten, dass die Zahl der annehmbaren Arbeitsplätze immer niedriger wird, zudem gibt es auch eine starke Abnahme der Industriebeschäftigung. Nur 13% der gegenwärtig wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Lima verdient einen ausreichenden Wochenlohn und die Arbeitslosenquote hat 10 Prozent erreicht.

Nach dem neusten Zensus gab es 1993 eine halbe Million Straßenhändler in Lima. GILBERT (1996) beschreibt die zahlreichen Konsequenzen; *“Public space is being invaded by the informal sector. The authorities hope that if existing rules and regulations are relaxed the informal sector will prosper and contribute to economic regeneration”*. Trotz dieser Hoffnungen, blieb es deutlich, dass es zu viele Leute gibt, die in diesem Sektor arbeiten, und das Einkommen hat rapide abgenommen seit 1980. Wegen dieses Rückgangs des Einkommensniveaus ist der Anteil der Haushalte, die unter der Armutsgrenze wohnen, von 17 auf 44 Prozent gestiegen.

### 1.3 Infrastruktur und Transport

Der Mangel an Infrastruktur und Diensten ist jetzt ein Kernproblem in Lima. Im Vergleich zu den Verbesserungen der 70er Jahre hat sich die Qualität der öffentlichen Dienste in den 80er Jahren sehr verschlechtert. Wasser, Abfall und Strom sind weiter durch geringere öffentliche Investition und Guerilla Angriffe auf das nationale Stromnetz begrenzt worden.

Auch sind die gegenwärtigen Bedingungen und der Zustand der öffentlichen Verkehrsmittel perfekte Beispiele des urbanen Chaos, das Lima heute beherrscht. Die Hauptfrage ist, wie es möglich wäre, die massive Menge Verkehr auf den Straßen einzudämmen, ohne die Hauptstraßen zu überlasten.

Seit den 70er Jahren wird das öffentliche Nahverkehrssystem zunehmend schlimmer. In Lima sind die Straßen schlecht geplant; es gibt zu viele kleine Pkws auf den Straßen und es wird geschätzt, dass nur die Hälfte der Taxifahrer Limas einen gültigen Führerschein haben. Die Behörden haben kaum Kontrolle über die Situation und viele Kritiker sagen, dass das Verkehrsproblem in Lima unregierbar ist.

### 1.4 Straftaten, Drogen und Terrorismus

Lima hat dieselben Probleme wie die meisten anderen lateinamerikanischen Länder in Bezug auf ihre Kriminalitätsrate. Verbrechensraten und Korruption der Polizei sind parallel zu wachsenden Armut gestiegen.

Die Kriminalitätsrate in Lima ist höher als im Rest des Landes und steigt seit den 80er Jahren weiter. Neue Drogennetze haben sich entwickelt und Peru hat sich zu einem wichtigen Lieferanten für raffinierte Kokaine entwickelt. Diese Drogenproblematik war nicht von den Autoritäten konfrontiert und die Kriminalität stieg noch weiter.

Im Jahr 1992 gab es 5,2 Tote pro Tag und diese Zahl erreichte zum Ende des Jahres 1993 die erschreckende Zahl 9,9.

Zudem haben sich die Shining Path Guerilla Gruppen in Lima etabliert und haben dort viele Angriffe gegen die Oberschicht geführt. Schon in den frühen 90er Jahren fühlten sich die Bewohner der Stadt nicht mehr sicher.

Es gab in den letzten Jahren oft heftig und kontrovers geführte Diskussionen über die Umweltgefährdung und -zerstörung. Die Meßergebnisse liegen für viele lateinamerikanische Großstädte mittlerweile verlässlich zur Umweltbelastung vor, vor allem über die Luftverschmutzung, die die ökologische Problemdimension sehr deutlich werden lassen. Die schlimme ökologische Situation in fast allen lateinamerikanischen Großstädten ist generell auf drei Ursachkomplexe zurückzuführen:

1. Die extreme Zunahme, hauptsächlich durch informelle Siedlungen, der Flächenexpansion;
2. Die Ausdehnung des öffentlichen Ver- und Entsorgungssystems hält damit nicht Schritt;
3. Mit der raschen Industrialisierung und “Automobilisierung” haben zunächst die Legislativen, dann aber vor allem später die exekutiven Maßnahmen zur Eindämmung der Emissionen nicht mithalten können bzw. sind nur “auf dem Papier” erfolgt.

Hohe Priorität für alle lateinamerikanischen Großstädte dürfte in nächster Zukunft auch die Lösung des Abfallproblems haben (WELTBANK, 1992).

## LITERATURVERZEICHNIS

- BÄHR, J. & MERTINS G. (1995): Die lateinamerikanische Großstadt: Verstädterungsprozesse und Stadtstrukturen. Stuttgart.
- BROWN, L. A. (1991): Place, Migration and Development in the Third World: An alternative View. With particular reference to population movements, labor market experiences und regional change in Latin America. London.
- GEIGER, P.: Interregional migrations in Latin America in People on the Move.
- GILBERT, A. (Hrsg.) (1996): The Mega-city in Latin America. New York.
- KROSS, E. (1992): Die Barriadas von Lima: Stadtentwicklungsprozesse in einer lateinamerikanischen Metropole. Paderborn.
- LESER, H. : Wörterbuch Allgemeine Geographie.
- LESZEK, A.: People on the move: studies on internal migration.
- LLOYD, P. (1980): The "young towns" of Lima: Aspects of urbanization in Peru. Cambridge.
- MALMBERG, G. (1988): Metropolitan Growth and Migration in Peru. o.O.
- MORRIS, A. (1981): Latin America: Economic development and regional differentiation. London.
- OPITZ, P. (1997): Der globale Marsch: Flucht und Migration als Weltproblem. o.O.
- TANNER, H. (1980) : Südamerika.
- TODARO, M. (1976): Internal migration in developing countries. o.O.
- SCHIRM, P. (1997): Südamerika in Der globale Marsch. o.O.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (1992): Länderbericht – Südamerikanische Staaten 1992.

### Internet

<http://www.hri.ca/fortherecord1997/documentation/coredocs/hri-core-1-add43-rev1.htm>

## 2.4 DER INFORMELLE WIRTSCHAFTSSEKTOR: AUSWEG ODER ALTERNATIVE

Kathrin Bremer & Dorothea Ziegler

### INHALTSVERZEICHNIS

#### Einleitung

1. Ansätze in der Entwicklungstheorie, Entwicklungskonzepte
  - 1.1 Eingrenzung der Kriterien für den informellen Sektor
2. Definition des informellen Sektors
  - 2.1 Methodische Problematik
3. Funktionen des informellen Sektors
  - 3.1 Funktionen in der Volkswirtschaft und die Verflechtungen mit dem formellem Sektor
  - 3.2 Die Rolle des Staates, Maßnahmen zur Regulierung
4. Der informelle Sektor am Beispiel Quito, Ecuador
  - 4.1 Historische Entwicklung Ecuadors
  - 4.2 Wirtschaftliche Entwicklung
  - 4.3 Die Entwicklung des informellen Sektors
  - 4.4 Tätigkeiten, Beschäftigte und Kriterien für den informellen Sektor
  - 4.5 Kriterien des informellen Sektors in Ecuador
  - 4.6 Fazit
5. Vergleich mit Deutschlands Schattenwirtschaft
6. Kritischer Blick, persönliche Betrachtung

#### Literaturverzeichnis

## Einleitung

In den letzten Jahren stoßen in allen Teilen der Welt Beschäftigungsformen, die von den allgemein üblichen Mustern abweichen, auf zunehmendes Interesse. Es zählen hierzu: geringfügige und gelegentliche Beschäftigung, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Nebenerwerbstätigkeit, Mehrfachbeschäftigung, Heim- und Schwarzarbeit und die sogenannte „neue“ Selbständigkeit. Insgesamt werden diese Betätigungen unter dem Begriff „Schattenwirtschaft“ oder „Informeller Sektor“ zusammengefaßt.

### 1. Ansätze in der Entwicklungstheorie, Entwicklungskonzepte

Ein Entwicklungskonzept, welches aus den siebziger Jahren stammt, basiert auf den Forschungen der International Labor Organisation (ILO). Das Konzept hat zum Ziel, das Beschäftigungsproblem, welches als größter Faktor bei Unterentwicklung gesehen wird, durch wirtschaftliches Wachstum zu beheben. Der Produktionsfaktor Arbeit gilt als starke Ressource des informellen Sektors (i. S.). Durch Ausbau der Verflechtungen mit dem formellen Sektor wird die Nachfrage nach Gütern des i. S. erhöht, und es kann Kapitalakkumulation stattfinden. Dies soll zur Ausweitung der Kapazitäten des Kleinhandels- und Produktionsgewerbes, zur Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen und damit zur Verbesserung des Beschäftigungsverhältnisses führen (DRILLING, 1993:13).

Es wird eine Abgrenzung von formellem zu informellem Sektor vorausgesetzt, die als Dualisierung der Wirtschaft bezeichnet wird, bei der beide Hälften harmonisch nebeneinander existieren und zusammenarbeiten. Sie bezieht sich auf wirtschaftlich relevante Kleinbetriebe der ärmsten Schicht der Bevölkerung, im Gegensatz zu kapitalistischen und industriellen Unternehmen, und ordnet sie nach monetären Gesichtspunkten und Kapazitätsgrößen dem informellen Sektor zu (DRILLING, 1993:4).

Dem entgegengesetzt entwickelte sich ein Ansatz, der anstelle des Beschäftigungs-verhältnisses den Mensch in den Mittelpunkt stellt. Das Verhältnis zwischen sog. formellem und informellem Bereich wird klar als asymmetrisch und hierarchisch gewichtet dargestellt und bedeutet stets nachteiligen Handel für die informelle Hälfte. Um nicht wieder die rein wirtschaftliche Relevanz der Betriebe zum Maßstab zu machen, wird anhand von sogenannten Handlungsspielräumen die den einzelnen Personen zur Verfügung stehen ihre Position innerhalb der Gesellschaft definiert. Sind die Möglichkeiten gering, ausgleichend auf negative äußere Veränderungen zu reagieren, ist die Verwundbarkeit dieser Personen oder Gruppen in Bezug auf ihre Lebensqualitäten und Überlebessicherung hoch (DRILLING, 1993:3 /7).

Entsprechend wird das Konzept der ILO als ungeeignetes Förderungskonzept angesehen, da dabei nur die besser gestellten Betriebe der ärmeren Bevölkerungsschichten Beachtung finden, und die Rechnung auch nicht aufgeht, durch Wachstum Beschäftigungsprobleme lösen zu können. Nach dreißig Jahren bedeutete diese Einsicht eine Änderung der Forschungsparadigmen in der Entwicklungszusammenarbeit.

#### 1.1 Eingrenzung der Kriterien für den informellen Sektor

Die Eingrenzung des informellen Sektors bereitet entsprechend Schwierigkeiten, da jede theoretische Sichtweise ihre eigenen Schwerpunkte zur Definition setzt.

Die ILO erfaßt durch die Gleichsetzung von Kleingewerbe und informellem Sektor nur einen kleinen Teil, welcher ohnehin den strukturstärksten des Sektors darstellt. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt eindeutig auf handwerklichen Tätigkeiten im städtischen Bereich.

Der durch den „Subordinationsansatz“ vertretenen Auffassung zufolge, werden die Handlungsmöglichkeiten einer Person durch ihre Spielräume innerhalb der ihr zustehenden Handlungsrechte gekennzeichnet. Das betrifft auf wirtschaftlicher Ebene die Nutzung ihrer eigenen Arbeitskraft, der Möglichkeit der Einkommenserwirtschaftung und der Nutzung von

Gemeindeeigentum und dessen Erträgen, sowie Entscheidungen im politischen und sozialen Bereich (DRILLING, 1993:8).

Als wichtigste Faktoren werden hierbei jedoch Machtstrukturen angesehen, die es den kapitalstarken Betrieben und dem Staat ermöglichen starken Einfluß auf die unteren Schichten auszuüben. Anhand dieser Verhältnisse lassen sich Kriterien herausarbeiten, nach denen verschieden stark eingeschränkte Gruppen abgrenzbar sind, die zum informellen Sektor gerechnet werden können. Natürlich sind hierbei die jeweils genauen Merkmale nicht absolut.

Außerdem sollten die gängigen Definitionsmerkmale erwähnt werden, deren Grenzwerte jedoch ebenso willkürlich festgelegt werden können.

## 2. Definition des informellen Sektors

Zum informellen Gewerbe werden gemeinhin gerechnet:

- nicht vom Staat geschützte Betriebe
  - Haushaltsökonomien mit nicht-kapitalistischer Produktionsweise
  - in städtischen Randgebieten lokalisierte Betriebe
  - Arbeiter unterhalb einer bestimmten Einkommenshöhe
  - solche, die Lebenssicherung und nicht Kapitalakkumulation anzustreben gezwungen sind
  - Selbstbeschäftigung
  - Subsistenzwirtschaft (keine Tauschwertproduktion)
  - technologisch unorganisierte Small-Scale-Activities
  - nicht als Administrationen, staatliche, multinationale und private Unternehmen (gleichgesetzt mit modernen Betrieben der Industrieländer) zusammenfaßbare Betriebe
  - leicht zugängliche Ausgangsbasis zum Start eines Kleingewerbes
  - auf indigene Ressourcen zurückgreifend
  - arbeitsintensive Tätigkeiten mit angepaßter Technologie
  - außerhalb des Schulsystems angeeignete Fähigkeiten
  - keine Einkommens- und Beschäftigungsstabilität, Unmöglichkeit längerer Planung
- (DRILLING, 1993:4/ 20/ 23/ 24/ 57 und LENZ & KÖBLER ,1983: 8).

Die Bandbreite der Tätigkeiten des informellen Sektors erstreckt sich in alle Bereiche menschlicher Arbeit und sie machen (nach verschiedenen Schätzungen) zwischen 60 – 80% der ökonomisch aktiven Bevölkerung aus (DRILLING, 1993:1).

Hauptsächlich werden jedoch die Bereiche handwerklicher und industrieller Fertigung genannt, sowie Baugewerbe, Transport, Handel und Dienstleistungen. Es müssen jedoch auch die nicht erfaßbaren Tätigkeiten dazugezählt werden, wie Hausarbeit, Beschaffung von Brennmaterial zur Subsistenz und andere, meist in die Domäne der Frauen fallende Arbeiten.

Sie finden kaum Beachtung und tauchen in keiner Statistik auf, sind jedoch ebenso arbeitsintensiv, unterstützungswürdig und anteilmäßig relevant wie die betrieblich organisierten Strukturen der wirtschaftlichen Tätigkeiten (LENZ & KÖBLER, 1983:14).

### 2.1 Methodische Problematik

Ein großes Problem stellt demnach die Erfassung der betroffenen Gruppen und Einzelpersonen dar, da es sich hauptsächlich um nicht organisierte und behördlich registrierte Tätigkeiten handelt. Empirische Forschungen auf dem offenen Markt bringen nur standorttreue und zufällig anwesende Betriebe ins Blickfeld; hausinterne und mobile Tätigkeiten bleiben unregistriert. Außerdem kann eine Person mehreren Arbeitsfeldern oder Gruppen zugeordnet werden, oder die Tätigkeitsbereiche sind nicht klar voneinander abgrenzbar. Nicht zuletzt gibt es Tabu-Bereiche, wie z.B. Prostitution, Drogen- oder Waffenhandel deren Erforschung auf Widerstand von verschiedensten Seiten stoßen kann.

In einem Fallbeispiel bei DRILLING wurde in Accra, Ghana, eine dreimonatige Befragung von 35 Kleinbetrieben (max. 9 Mitarbeiter) des metallverarbeitenden Gewerbes durchgeführt, mit Schwerpunkt auf zwei „typischen“ Märkten. Ziel war die Erfassung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und des nicht-formalen Sicherungssystems innerhalb des Produzentenkreises durch regelmäßige Gespräche, die sich an einem Leitrahmen orientierten. Außerdem wurde mit zuständigen Stellen (Friedrich-Ebert-Stiftung, National Board for Small Scale Industries) Kontakt aufgenommen (DRILLING, 1993:10).

Leider steht oft das Expertenwissen nicht unbedingt im Einklang mit der Realität der Menschen und bereits existierende soziale Strukturen und Systeme bleiben unerkannt, da sie sich nicht so leicht offenbaren wie Produktion und Gewerbe (LENZ & KÖBLER, 1983:16).

### 3. Funktionen des informellen Sektors

#### 3.1 Funktionen in der Volkswirtschaft und die Verflechtungen mit dem formellen Sektor

Im Geflecht der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen kommen den Betrieben des informellen Sektors Funktionen zu, die unterschiedlich bewertet werden können.

Zum einen stellen sie für den formellen Sektor eine unerschöpfliche Quelle an Arbeitskräften dar und bieten billige Dienstleistungen und Produktherstellung. Zum anderen entlasten sie das Budget der Volkswirtschaft durch das Einsparen knapper Ressourcen (z.B. durch Recycling) und vermindern Devisenausgaben aufgrund der Nutzung inländischen Kapitals und kapitalextensiver Technologien (DRILLING, 1993:25). Gleichzeitig bietet der informelle Sektor Arbeitsplätze und Produkte, wie es sie im formellen Bereich nicht so zahlreich und vielfältig gibt. Dieses ist ein sehr positivistisches Bild der dualistischen Wirtschaft und ignoriert das Abhängigkeitsverhältnis in das der informelle Sektor vom kapitalistischen System gedrängt wird, sowie die zahlreichen Mechanismen mit denen dieses Verhältnis aufrecht erhalten wird. So ist die Innovationsfähigkeit der Betriebe und Menschen eine Folge der Anpassung an widrige Umstände (z.B. Leben auf der Müllkippe) und der Verwertung vom Markt überlassener Überlebensnischen (LENZ & KÖSSLER, 1983:11). Die Anfälligkeit der Gruppen des i.S. gegenüber äußeren Einflüssen und die oft diskriminierende Politik der jeweiligen Staaten lassen es zu, daß ausbeuterische Strukturen anstelle der „Subkontrakte“ (der harmonischen Dualität) Bestand haben, sobald es um die Verflechtung der Wirtschaft geht. Zudem ist der Übergang zwischen dem Bereich des formellen und des informellen fließend. Oft arbeiten kleine Betriebe den offiziellen, größeren zu und die Produktion läuft „Hand in Hand“. Dabei käme keine Seite dieser Verbindung ohne die andere aus.

#### 3.2 Die Rolle des Staates, Maßnahmen zur Regulierung

Nicht zuletzt ist die Rolle des Staates entscheidend bei der Gewährleistung eines fairen und freien Wettbewerbs. Einen rechtlichen Rahmen für die Möglichkeit der formellen Ausübung einer bislang informellen Tätigkeit zu schaffen ist jedoch nicht immer das erklärte Ziel einer Regierung. Behördliche, gesetzliche und politische Hürden erschweren oft die Anmeldung eines Gewerbes und geben nur kapitalstarken und existenzgesicherten Unternehmern eine Chance, überhaupt ohne existenzgefährdende Verluste offiziellen Status zu erreichen (Beispiel: Eine Unternehmensgründung nahm auf offiziellem Wege 289 Tage reiner Bürokratie, das 23fache des Monatsgehalts an Kosten und weiterhin 2,5 Tage die Woche an laufender Büroarbeit in Anspruch. (DE SOTO, 1983:133f. In: DRILLING, 1993:46)).

Diese protektionistische Wirtschaftspolitik, welche den Zugang zu Kapital, Absatzmärkten und Produktionsmitteln behindern kann, sollte auf makroökonomischer Ebene abgebaut werden (DRILLING, 1993:26). Auf lokaler Ebene sind Defizite bei Ausbildung, Management, Marketing, Technologie und im Kommunikationsnetz vorhanden. Doch staatliche Maßnahmen in diesem Bereich betreffen nicht die Frage nach den Bedingungen, die Beschäftigung begleiten. Der Gedanke an Förderung des informellen Sektors löst bei einigen Staaten jedoch Angst aus, die Land-Stadt-

Migration könnte verstärkt werden. Eine Verbesserung der ländlichen Strukturen steht statt dessen jedoch meist nicht im Programm.

Modelle wie Förderungsprogramme des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1990) „Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe“, oder der „Handwerksfonds“ (1983) und das „New Business Creation“-Modell der GTZ betreffen nur die Kleingewerbeförderung und gehen an der armen Schicht der Bevölkerung vorbei (DRILLING, 1993:5). Es besteht seit den achtziger Jahren der Vorwurf, „das kapitalistische System“ (inklusive der Industrieländer und der Regierungen, die davon profitieren) habe gar kein wirkliches Interesse an der „Entwicklung“ der wirtschaftlich, politisch und sozial schwachen Bevölkerungsschichten, beziehungsweise, es bestehe starkes Interesse, den Status der „Entwicklungsländer“ beizubehalten. Der Grund für dieses Interesse liegt in der ungleichen Verteilung der Profite und des Kapitals in der Wirtschaft, wobei der bessergestellte Teil Vorteile durch die Abhängigkeit der anderen Teilnehmer gewinnt und sie schamlos ausbeutet. Zudem wird teilweise behauptet, das Potential des i.S. komme nicht zur Entfaltung, da es sich selbst durch geringe Aktionsradien und unzureichende Fähigkeiten hemme (DRILLING, 1993:26). Es läßt sich jedoch davon ausgehen, daß es zum größten Teil die herrschenden Machtstrukturen sind, die den Handlungsspielraum der Personen im informellen Sektor hemmen. Bilden sich im Bereich des informellen Sektors positive, zukunftssträchtige Innovationen oder Selbsthilfe- und Kooperative-Gruppen, so müssen diese nicht selten mit massiven Angriffen von Seiten des Staates und von Kapitalisten rechnen. Unter anderem werden von Regierungen Eingriffe in das Leben der armen Schichten getätigt, welche ihr Recht auf Selbstbestimmung rigoros untergraben. So z.B. Familien-Planungs-Programme, in denen zwangsweise Verhütungsmittel verabreicht werden (Spirale, Hormone im Trinkwasser) (LENZ & KÖBLER, 1983:12). Von den Angehörigen dieser Schichten wird oft wie von einer Menge gleichartig problematisierbarer Faktoren gesprochen und es wird ihnen eine Behandlung zuteil, als ob es eine Gemeinschaft der „Informellen“ gäbe. Dagegen sind sie extrem anfällig gegenüber äußerer Einflüsse und können nicht entsprechend reagieren. Die Probleme des informellen Sektors sind deshalb nicht von denen der Armut (definiert als Zustand entwürdigender Lebensbedingungen wie Krankheit, Analphabetentum, Unterernährung und Verwahrlosung (MCNAMARA, 1973, zitiert nach NUSCHELER, 1987:25)) in den Entwicklungsländern zu trennen. Doch gibt es sogenanntes „informelles“ Gewerbe ebenso in den Industrieländern der Ersten Welt.

## 4. Der informelle Sektor am Beispiel Quito, Ecuador

Ihren Namen verdankt die an der Nordküste gelegene Republik Ecuador der rund 15 Kilometer nördlich der Hauptstadt Quito verlaufenden Äquatorlinie.

Die Einwohnerzahl des Landes beträgt heute ca. 11 Millionen, wovon 1,1 Millionen Menschen in der Hauptstadt leben. Nach einer Untersuchung des Ministeriums für Beschäftigung (*INEM – Instituto Nacional de Empleo*) waren 1987 in Quito 43% der Erwerbstätigen im informellen Sektor tätig.

### 4.1 Historische Entwicklung

1822 bildete der Verwaltungsbereich Quito (*Real Audiencia de Quito*) zusammen mit den späteren Staaten Venezuela und Kolumbien den Großverband Groß-Kolumbien (*Gran Colombia*). 1830 zerfiel dieses Gebilde, als sich Venezuela und der Verwaltungsbereich Quito zu unabhängigen Staaten erklärten. Erster Präsident der Republik wurde der venezolanische General Flores. Nahezu ein Jahrhundert lang wurde die politische Entwicklung von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen, Militärputschen und Staatsstreichen geprägt, zahlreiche Präsidentenwechsel waren die Folge.

## 4.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Sozioökonomisches Fundament der Region bildete im 19. Jahrhundert die Landwirtschaft auf Basis der *Hacienda*, eines Systems von Großgrundbesitzern und der institutionalisierten Abhängigkeit und Armut der Indiobauern. Zwischen 1880 und 1920 war Kakao das wichtigste Exportprodukt. Die hohe Nachfrage nach diesem Produkt sorgte für eine blühende wirtschaftliche Entwicklung Ecuadors. Gegen Ende der 1940er Jahre begann eine Prosperitätsphase auf Grundlage rasch expandierender Bananenexporte. Ecuador stieg innerhalb weniger Jahre zum weltgrößten Exporteur von Bananen auf. 1972 setzt der Erdölexport ein, der einen weiteren Wirtschaftsboom auslöste. In den folgenden Jahren (bis 1979) stieg das BIP pro Kopf nominal um mehr als das Dreifache, der Außenhandel verachtfachte sich, die Staatseinnahmen erreichten zweistellige Zuwachsraten.

In dieser Zeit forcierte die Regierung den Trend zu staatlichem wirtschaftlichen Engagement; zahlreiche neue Regierungsbehörden und öffentliche Institutionen und somit eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze wurden geschaffen.

Anfang der 80er Jahre brach in der gesamten Region (Südamerika) eine Wirtschaftskrise aus, ausgelöst vor allem durch das Emporschnellen der Zinssätze für Auslandskredite (Ecuador hatte in den vorangegangenen Jahren hohe Auslandskredite aufgenommen). Hinzu kam ein drastischer Rückgang der Weltmarktnotierungen für Kakao und Kaffee und zwei Naturkatastrophen in Ecuador, die die wirtschaftliche Lage weiter verschlimmerten.

Die Regierung wollte der Krise mit einem strikt marktwirtschaftlichen Kurs begegnen. Maßnahmen waren u.a. Abbau der zum Schutz des einheimischen Gewerbes errichteten Zollmauern und massive Geldentwertungen. Durch drastische Kaufkraftverluste wuchs die Armut; Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung erreichten historische Höchstwerte. Durch den rigiden Sparkurs der Regierung in der Folgezeit verschärfte sich die ökonomische Situation der Bevölkerungsmehrheit weiter.

Anfang der neunziger Jahre wurden zahlreiche öffentliche Unternehmen privatisiert, viele Stellen wurden in diesem Bereich abgebaut. Der Agrarsektor wurde stark vernachlässigt, so daß es auch hier zu einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen kam. Zudem waren Arbeitgeber aller Branchen darauf angewiesen, die Kosten für Arbeit zu verringern: Anstieg der temporären Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Löhne, Abgabe der Arbeit an kleine informelle Unternehmer und Entlassungen waren die Folge.

## 4.3 Die Entwicklung des informellen Sektors in Ecuador

Die sozio-ökonomische Bedeutung des informellen Sektors stieg im Zusammenhang mit der tiefgreifenden Wirtschaftskrise der 80er Jahre stark an. Durch Steigerung der Inflationsraten, Verschlechterung der staatlichen sozialen Unterstützung, sinkende Löhne, Schließung zahlreicher staatlicher Betriebe, zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut drängten immer mehr Personen in den informellen Bereich. Er bot Beschäftigung und schloß Lücken in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen..

Vor allem in den großen Städten des Landes, und hier vor allem in Quito, fanden und finden zahlreiche Menschen im informellen Sektor ein Auskommen. So prägt der ambulante Handel heutzutage beispielsweise das Bild des historischen Stadtzentrums von Quito maßgeblich mit.

Die Bedeutung nimmt vom Land zur Stadt hin zu. In größeren Städten ist der i. S. weiter verbreitet als in kleineren.

Schätzungen gehen davon aus, daß zwischen 35 bis 50 % aller in Ecuador erwerbstätigen Personen in dem informellen Sektor tätig sind.

## 4.4 Tätigkeiten, Beschäftigte und Kriterien für den informellen Sektor

Die Aktivitäten im i. S. sind vielfältig. Teilweise sind die Übergänge zum formalen Sektor fließend. Auch die Grenze zur Illegalität ist häufig schwer erfassbar. Häufige Tätigkeiten im i. S. in Ecuador sind: (ambulanter) Handel, verarbeitende Betriebe (häufig als Subunternehmer für größere Firmen), Reparaturdienste, Dienstleistungen jeglicher Art (Schuhputzer, Kellner, Putzfrau), Aushilfstätigkeiten.

Beschäftigte des informellen Sektors in Ecuador:

**FRAUEN:** ca. 50% der im informellen Sektor Tätigen sind Frauen. Sie haben häufig eine geringe Schulbildung und weniger Möglichkeiten im formellen Sektor eine Anstellung zu finden als Männer. Frauen arbeiten vor allem als Haushaltshilfen, in Textil-Heimproduktion und im (ambulanten) Handel. Innerhalb des informellen Sektors wird der Handel u.a. deshalb von Frauen bevorzugt, da sie auf diese Weise ihre Arbeit mit der Beaufsichtigung ihrer Kinder verbinden können.

**KINDER:** nach Schätzungen sind von den städtischen Erwerbstätigen 200.000 Kinder. Kinder sind häufig als Losverkäufer, Schuhputzer, Müllsammler, Lebensmittelverkäufer und als unbezahlte Arbeiter in Familienunternehmen (z.B. Restaurant- oder Transportwesen) tätig.

**MIGRANTEN:** durch rückläufigen Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft ziehen zahlreiche Migranten vom Land in die Stadt, in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen und ein höheres Einkommen (der jährliche Bevölkerungszuwachs von Quito wird gut zur Hälfte durch Migrationsströme gespeist). Diese Personengruppe findet häufig (nur) im informellen Sektor eine Beschäftigung.

**SAISONARBEITER:** zahlreiche (6 von 10) Beschäftigten des i. S. sind temporäre Wanderarbeiter aus den umliegenden Provinzen, die für Ernte und Aussaat in ihre Dörfer zurückkehren.

#### 4.5 Kriterien für den informellen Sektor

Einige der in den vorangegangenen Kapiteln für den informellen Sektoren aufgestellten Kriterien treffen (teilweise bedingt) auch auf Ecuador zu. In diesem Fall wurden die Ergebnisse der Studie zu im Handel Quitos Tätigen zugrunde gelegt (s. TELTSCHER).

**Geringe Eintrittsschranken:** das Fehlen bürokratischer Hürden und geringes notwendiges Startkapital sorgen dafür, daß der Eintritt in den informellen Sektor in Ecuador recht leicht ist.,

**Notwendige Kredite** werden häufig über Familie, Freunde und private Geldverleiher realisiert. Lediglich 3% bei den informell Tätigen des Marktes in Ecuador nehmen einen Kredit bei einer Bank auf.

**Geringe Schulbildung:** etwa 50% der im informellen Sektor Tätigen verfügen über eine geringe Schulbildung und haben lediglich die Grundschule absolviert.

**Niedriges Einkommen:** im i.S. Tätige verdienen nicht unbedingt weniger als solche, die im formalen Bereich arbeiten. Somit ist dieses Kriterium nur bedingt anwendbar auf Ecuador.

**Steuerfreie Beschäftigung:** auch dieses Kriterium ist nur bedingt auf Ecuador anwendbar, da einige der informellen Betriebe Ecuadors Abgaben an den Staat leisten.

**In der Regel keine soziale Absicherung:** so wie informelle Betriebe Abgaben an den Staat leisten (s.o.), beziehen einige (wenige) Betriebe auch Sozialeinnahmen.

**Kleine Betriebsgrößen:** es gibt teilweise Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten, die Regel sind jedoch einzeln geführte Betriebe, oder solche mit 1-2 Beschäftigten (häufig Familienangehörige).

**Abgrenzung zum formalen Sektor:** auch für Ecuador gilt, daß die Abgrenzung zum formalen Sektor häufig schwierig ist. So arbeiten zahlreiche im formalen Bereich tätige Firmen mit informellen Betrieben zusammen.

#### 4.6 Fazit

Wie in vielen anderen Entwicklungsländern stellt der informelle Sektor in Ecuador einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Nach Schätzungen sind 35-50% der städtischen Erwerbstätigen dem informellen Sektor zuzurechnen (HOFFMANN, 1993:365). Häufig stellt der informelle Sektor für viele Ecuadorianer (vor allem für Frauen als Haushaltsvorstände) die einzige Möglichkeit dar, für das Existenzminimum zu sorgen. Die Tätigkeiten sind vielfältig. Die Einkommen sind teilweise ebenso hoch wie jene im formellen Bereich, allerdings sind diese weniger stabil. Häufig sind die Beschäftigten bei ihrer Tätigkeit nicht abgesichert (keine Arbeitslosen-, Unfall-, Kranken- oder Rentenversicherung).

Regierungsmaßnahmen in Form von Verboten scheint es kaum zu geben. Es liegt die Vermutung nahe, daß in Ecuador (wie übrigens in vielen anderen Entwicklungsländern wohl auch) der informelle Sektor den Staat entlastet. Beschäftigung sorgt für Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Armut.

## 5. Vergleich mit Deutschland

In der für Deutschland verwandten Literatur wird meistens der Begriff Schattenwirtschaft für den informellen Sektor verwandt.

## 6. Kritischer Blick, persönliche Betrachtung

Zum Bereich menschlichen Handelns gehört seit jeher sozialer und materieller Austausch mit anderen. Das Betreiben von Tauschhandel auf kleinerer und größerer Ebene existiert in allen Gemeinschaften der Welt und wird in unterschiedlichen Ausmaßen auch der größte Anteil wirtschaftlicher Aktivitäten bleiben. Schon einfache Formen der Nachbarschaftshilfe oder des Tauschens stellen ökonomische Tätigkeiten dar, bei denen kein Staat es darauf anlegen wird Steuern oder offizielle Registrierung dafür zu verlangen. Selbst in Ökonomien, in denen offiziell keine solche Schattenwirtschaft existiert, gibt es „unter dem Ladentisch“, o.ä. stets andere Formen des Tausches. Alte dorfgemeinschaftliche Strukturen zur Gliederung und Balance sozialer und ökonomischer (und nicht zuletzt auch ökologischer) Verhältnisse gehen in Großstädten und durch Migration schnell verloren. Sie sind in Slums, Ghettos oder Squattersiedlungen unter anderem eben in Form des sog. „informellen Sektors“ wiederzufinden. Die Illegalisierung oder gar Kriminalisierung dieser Aktivitäten stellt eine zu einseitige Sichtweise auf diese komplexen Strukturen dar und betont nur die von der kapitalistischen Welt vorgegebenen Richtlinien und Interessen. Außerdem wäre ein Land wie z.B. Ecuador absolut lebensunfähig, gäbe es nicht den großen inoffiziellen Bereich, der vieles auf formaler Ebene unzureichend Funktionierende auffängt und das Leben der Menschen aus den ärmeren Schichten erträglich macht.

Für Ecuador kann man die Frage, ob der informelle Sektor einen Ausweg oder eine Alternative darstellt, somit für weite Bevölkerungsteile sicherlich bejahen. Ob er dies für den gesamten Staat sein kann, ist schwer zu beantworten und kann im Rahmen dieses Referates leider nicht geleistet werden.

## LITERATURVERZEICHNIS

- BERRIANE, M. & HOPFINGER, H. (1997): Informeller Handel an internationalen Grenzen. In: Geographische Rundschau GR 49, 9/1997. Braunschweig.
- DÖHRN, R. (1990): Schattenwirtschaft und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Rheinisch- Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Heft 49. Berlin.
- DRILLING, M. (1993): Der informelle Sektor als Entwicklungspotential? Freiburger Studien zur geogr. Entwicklungsforschung (3). Breitenbach Verlag. Saarbrücken.
- HARENBERGER LÄNDERLEXIKON (1995/1996): Die Welt in Fakten. Harenberg Lexikon Verlag. Dortmund.
- HOFFMANN, K.-D. (1991): Ecuador. In: Nohlen, D. & Nuscheler, F.: Handbuch Dritte Welt 2. Südamerika. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn.
- KOSSLER, R. & LENZ, I. (1983): Das wandelbare Wundertier: „Informeller Sektor“, ökologische Zukunft und Herrschaft. Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Working Paper No. 33. Bielefeld.
- NOHLEN, D. & NUSCHELER, F.: Handbuch Dritte Welt 2. Südamerika. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn.
- SCHWARZER, J. (1998): Nebenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Sonderforschungsbereich der Universitäten Frankfurt und Mannheim. Frankfurt/M.
- TELTSCHER, S. (1993): Informal trading in Quito, Ecuador. Freiburger Studien zur geogr. Entwicklungsforschung. Freiburg.
- VOGEL, D. (1991): Schattenwirtschaft und Einkommensverteilung. Ein Beitrag zur Interpretation von Verteilungsaussagen im Bereich der Schattenwirtschaft. ZeS- Arbeitspapier Nr. 6/91. Zentrum für Sozialpolitik. Universität Bonn.
- VON SIGISFELD, D. (1989): Nonformale Bildung und Lebenssituations- verbesserung im traditionell- ruralen und informal- urbanen Sektor in Ecuador. Dissertation an der Universität Bielefeld. Bielefeld.
- WERNER, C. (1990): Die Beschäftigungswirkungen der Schattenwirtschaft. Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung. Pfaffenweiler.

## 2.5 WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DES ANDENPAKTS UND DES MERCOSUR

Gerald Steilen & Kai Yamaguchi

### INHALTSVERZEICHNIS

1. Einführung: Die Wirtschaftsprobleme Lateinamerikas und das Konzept nationaler Importsubstitution
  2. Der Andenpakt/die Andengemeinschaft
    - 2.1 Vorgeschichte des Andenpaktes
    - 2.2 Konzeption des Andenpaktes
    - 2.3 Die allgemeinen Ziele des Andenpaktes nach Artikel 1 des Abkommens von Cartagena
    - 2.4 Die Organe des Andenpaktes
    - 2.5 Entwicklung und Prognose
  3. Der Mercado Común del Sur - MERCOSUR
    - 3.1 Vorgeschichte
    - 3.2 Zielsetzung
    - 3.3 Institutionelle Struktur
    - 3.4 Der MERCOSUR und die EU
  4. Fallbeispiel Argentinien
    - 4.1 Argentinens Wirtschaftsentwicklung bis 1991
      - 4.1.1 Die zweite peronistische Regierung
      - 4.1.2 Die Militärdiktatur
      - 4.1.3 Die Präsidentschaft Alfonsíns
      - 4.1.4 Die argentinische Wirtschaftsentwicklung seit 1991
    - 4.2 Argentinien und der MERCOSUR
      - 4.2.1 Wer profitiert wie?
      - 4.2.2 Die soziale Frage
  5. Schluß
- Literaturverzeichnis

# 1. Einführung: Die Wirtschaftsprobleme Lateinamerikas und das Konzept nationaler Importsubstitution

Bis Anfang der achtziger Jahre basierte das wirtschaftliche Wachstum in Lateinamerika auf dem verarbeitenden Gewerbe. Daher erscheint es sinnvoll den sekundären Sektor genauer zu betrachten, um die Hintergründe der Entstehung des Andenpaktes des MERCOSURs einordnen zu können.

In der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 und den fünfziger Jahren begannen die lateinamerikanischen Staaten eingeführte Güter durch eigene Herstellung zu ersetzen (erste Phase der Importsubstitution). Dabei lag der Schwerpunkt auf nicht-dauerhafte Konsumgüter, wie Nahrungsmittel oder Textilien.

In einer zweiten Phase ab etwa 1960 wurden technologisch aufwendigere Zwischenprodukte (z. B. Glas, Papier, Holz) gefertigt. Teilweise wurden auch dauerhafte Konsumgüter (z. B. Autos) oder Kapitalgüter (z. B. Werkzeugmaschinen) produziert. Zahlreiche multinationale Unternehmen, die sich nun in Lateinamerika niederließen, beschleunigten oft diesen Prozeß. Von nun an entwickelte sich die Industrialisierung mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Staaten, die ihre Produktion nur auf die nationale Nachfrage abstellten, blieben auf der ersten Stufe der Importsubstitution stehen. Brasilien und Mexiko hingegen erschlossen auch Märkte im Ausland

Multinationale Unternehmen investierten hauptsächlich in Branchen mit hohen Gewinnspannen, also technologisch anspruchsvolle Bereiche wie Chemie, Fahrzeugbau, Pharma- und Elektroindustrie. Auf keinem anderen Kontinent haben multinationale Unternehmen einen so großen Anteil an der Industrialisierung wie in Südamerika. Folglich fürchteten einige nationale Regierungen, sie könnten die Kontrolle über die Wirtschaft verlieren, wenn wichtige Produktionszweige in ausländischer Hand lägen. Traditionellerweise übernahm nämlich der Staat bisher in den meisten lateinamerikanischen Ländern beim Aufbau der Industrie eine Führungsrolle.

Nach dem zweiten Weltkrieg, bis 1960, floß internationales Kapital vor allem von nordamerikanischen Unternehmen nach Lateinamerika. Öffentliche Mittel gab es so gut wie gar nicht. Das änderte sich erst mit der Kuba-Krise 1962, als in den USA die Angst vor sozialrevolutionären Umstürzen wuchs. Bis Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre bekamen daher lateinamerikanische Staaten hohe Summen von öffentlichen Hilfgeldern. Nun stellten internationale Geschäftsbanken großzügige Kredite, auf der Suche nach gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten, zur Verfügung. Aufgrund der, im Verhältnis zu den damals üblichen Inflationsraten, günstigen Kreditzinsen und weil im Gegensatz zum Währungsfond keine wirtschaftspolitischen Kontrollen verlangt wurden, war die Verlockung für viele Staaten groß, sich einfach auf dem Kapitalmarkt zu bedienen. Innerhalb weniger Jahre stieg die Verschuldung der Staaten um ein vielfaches an. Heute entfallen 70 Prozent der lateinamerikanischen Schulden auf Argentinien, Brasilien und Mexiko. Statistisch mußten 1986 40 Prozent der Exporteinnahmen für die Tilgung von Schulden verwendet werden, für Argentinien sogar 80 Prozent. In Bolivien und Chile beispielsweise erreichte die Pro-Kopf-Verschuldung das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung.

Bis in die Siebziger Jahre hinein war es für die Staaten relativ unproblematisch Kredite zu erhalten, weil das Zinsniveau relativ niedrig war und die Exporterlöse die Zahlungsfähigkeit sicherten. Erst als Ende der Siebziger Jahre die Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten stiegen und eine weltwirtschaftliche Rezession begann, wurden aus den Krediten eine Verschuldungskrise. Durch die Rezession verschlechterten sich die Exportchancen und die Terms of Trade. Schließlich geriet Lateinamerika in eine äußerst schwierige Lage: Neue Kredite standen nicht mehr zur Verfügung, internationale Handelsbanken setzten harte Rückzahlungsbedingungen durch, folglich sanken die Importe, die Arbeitslosigkeit stieg, Sozialleistungen wurden gekürzt, Reform- und Hilfsprogramme ausgesetzt. Letztlich war das BIP 1982 und 1983 sogar rückläufig. Dennoch gelang es den meisten lateinamerikanischen Staaten ihre Finanzen zu konsolidieren und Inflation erfolgreich bekämpfen. Zwischen 1990 und 1996 sank die durchschnittliche Inflationsrate in Lateinamerika von 1200 Prozent unter 20 Prozent.

Einer neoliberalen Wirtschaftsstrategie folgend wurden Handelshemmnisse abgebaut und die Märkte geöffnet, die durchschnittlichen Einfuhrzölle innerhalb von neun Jahren bis 1995 von 45 auf 13 Prozent gesenkt und die Exporte stiegen zwischen 1980 und 1995 von 112 auf 244 Milliarden US-Dollar. Dennoch lag der Anteil dieser Region am Welthandel bei nur ca. fünf Prozent. Man ging auch daran staatliche Unternehmen (Banken, Post, Flughäfen, Telefon- und Erdölgesellschaften, usw.) zu privatisieren und benutzte die Einnahmen zur Schuldentilgung. Auch wurde man defizitäre Unternehmen los, wie z. B. die staatliche argentinische Erdölgesellschaft, das einzige mit Verlust arbeitende erdölfördernde Unternehmen der Welt.

Die Rezession und die Verschuldungskrise hatten das traditionelle Modell der Importsubstitution nun endgültig in Frage gestellt. Ausländische Gläubiger hatten gegenüber den nationalen Regierungen ein Druckmittel. Dennoch setzte sich allmählich bei internationalen Finanzorganisation, wie der Weltbank ein Umdenkprozeß ein. Man sah, daß die lateinamerikanischen Regierungen nur durch Schuldenreduzierung und teilweisen Foderungsverzicht den für wirtschaftliche Reformen nötigen Handlungsspielraum erlangen konnten. Schließlich entwickelte sogar 1989 der US-amerikanische Finanzminister Brady einen Plan (der sog. Brady-Plan) zur Reduzierung der lateinamerikanischen Schuldenlast. Bis Mitte der Neunziger Jahre wuchs das durchschnittliche BIP auf 3,1 Prozent, deutlich mehr als zehn Jahre zuvor.<sup>1</sup>

## 2. Der Andenpakt / Die Andengemeinschaft

### 2.1 Vorgeschichte des Andenpaktes

Trotz der gemeinsamen Sprache und der eng verbundenen Kultur kam es durch die Kolonialisierung und den Umständen der Staatsgründungen der einzelnen Länder nicht zu einer Annäherung, sondern vielmehr zu einer Zersplitterung der lateinamerikanischen Staaten. Die Exportgewinne während des Zweiten Weltkrieges konnten eine gewisse Zeit lang darüber hinwegtäuschen, daß, trotz günstiger Außenhandelsbilanzen, die industrielle Entwicklung Lateinamerikas im Vergleich zu den westlichen Industrienationen eher als irrelevant eingeschätzt werden mußte. Daraus entwickelte sich eine starke Abhängigkeit vom Import industriell gefertigter Güter, die die Erträge der Rohstoffexporte bald aufzeherte. Angesichts der Erfolge der Europäischen Gemeinschaft hoffte man deshalb im Vertrag von Montevideo mit der Gründung der Lateinamerikanischen Freihandelsvereinigung ALALC 1960 den Binnenmarkt so zu beleben, daß er als Motor der industriellen Entwicklung fungieren könnte. Der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt diente im wesentlichen demselben Ziel.

Schon zuvor wurde in den einzelnen Ländern versucht, die Importe soweit zu behindern, daß eine eigene Produktion der benötigten Güter initiiert werden konnte. Dieses Konzept der nationalen Importsubstitution erwies sich jedoch schließlich als zu schwerfällig und gegenüber den westlichen Industrienationen als nicht durchsetzbar, so daß es schließlich weitestgehend aufgegeben wurde.

### 2.2 Konzeption des Andenpaktes

Nachdem die Importsubstitution als Entwicklungsinstrument soweit obsolet wurde, erstellte die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) ein Konzept der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas, das als Leitbild zur Bildung des Andenpaktes fungieren sollte. Zunächst wurde festgestellt, daß eine Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen sich nachteilig auf die Diversifizierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen auswirkt. Die langsame Entwicklung der Rohstoffexporte innerhalb des traditionellen Systems der internationalen Arbeitsteilung und der Preisverfall dieser Produkte im Verhältnis zu denen der Industrienationen führte zu einer permanenten Verschlechterung der terms of trade der lateinamerikanischen Staaten. Die CEPAL schlug vor, einen kollektiven Protektionismus zu schaffen, der den lateinamerikanischen Industrien

---

<sup>1</sup> Aus Informationen zur politischen Bildung 1997 Nr. 226, <http://www.bpb.de/online/html/informationen.html>

einerseits einen attraktiveren Binnenmarkt etablieren sollte, auf der anderen Seite sie nur bedingt der Konkurrenz der Industrienationen aussetzte.

Die lateinamerikanischen Länder erhofften sich durch die Integration auch eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber den Industrienationen und den Wirtschaftsbündnissen, insbesondere der NAFTA. 1989 hatten sich die Mitgliedsstaaten denn auch darauf geeinigt, bei der Verhandlung über die Außenschuld gegenüber den Industrienationen geschlossen vorzugehen. Seitdem präsentieren sich die Paktländer bei den GATT-Verhandlungen mit gemeinsamen Positionen.<sup>2</sup>

Interessanterweise entspricht die Ausdehnung der Territorien der Mitgliedsstaaten des Andenpaktes in etwa der des Inkareiches im 16. Jahrhundert. Zum Andenpakt zählten bei der Gründung 1969 Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru. Venezuela trat 1973 bei, Chile während der Militärdiktatur unter Pinochet aus.<sup>3</sup>

Die Mitgliedsstaaten des Andenpaktes weisen zusammen eine Fläche von 4,7 Millionen qkm auf, auf der 1993 rund 92 Millionen Menschen lebten. Somit ist auf der einen Seite ein beträchtliches Binnenmarktpotential gegeben, allerdings sind die sozialen Standards bisher außerordentlich gering.<sup>4</sup>

### 2.3 Die allgemeinen Ziele des Andenpaktes nach Artikel 1 des Abkommens von Cartagena vom 28.5.1979

- Förderung der ausgeglichenen, harmonischen Entwicklung der Mitgliedsländer unter gleichen Bedingungen durch wirtschaftliche und soziale Integration und Kooperation; dadurch schließlich eine Vereinigung der lateinamerikanischen Länder.
- Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Teilnahme an regionalen Integrationsprozessen mit dem Ziel der allmählichen Bildung eines gemeinsamen lateinamerikanischen Marktes.
- Verminderung der außenwirtschaftlichen Verwundbarkeit und Verbesserung der Position der Mitgliedsländer in der internationalen Wirtschaft. (1988 neu aufgenommen, Art. 1 Abs. 2)
- Verstärkung der subregionalen Solidarität und Reduzierung der existentiellen Entwicklungsunterschiede unter den Mitgliedsländern.

Zur Durchsetzung der allgemeinen Ziele waren folgende Instrumente vorgesehen:

- Abbau der Binnenzölle und Einführung eines gemeinsamen Außenzollsystems.
- Aufstellung einheitlicher Bestimmungen für ausländische Investitionen und Technologietransfer.
- Vorzugsbedingungen für die wirtschaftlich schwächeren Paktstaaten, Bolivien und Ecuador.
- Schaffung einer überregionalen Infrastruktur. Programme zur Beschleunigung der Entwicklung von Landwirtschaft und Agrarindustrie.
- Förderung und Koordinierung sozialer, kultureller und arbeitsrechtlicher Belange und des Erziehungs- und Gesundheitswesens.

---

<sup>2</sup> Jose Castro Montenegro: Die Regelung des Patent- und Lizenzrechtes im Andenpakt, Münster 1993, S. 9.

<sup>3</sup> Detlev Boszehl: Ausländische Direktinvestitionen und Technologietransfer im Andenpakt, Hamburg 1983, S.2.

<sup>4</sup> Jose Castro Montenegro, S. 10.

## 2.4 Die Organe des Andenpaktes

In Artikel 5 des Abkommens von Cartagena sind folgende Institutionen benannt, um die Leitbilder umzusetzen:

*-La Comisión (die Kommission)*

Sie ist oberstes Organ des Andenpaktes, setzt sich aus Regierungsvertretern der Mitgliedsstaaten zusammen und erläßt Vorschriften, Handlungsanweisungen etc.

*-La Junta (der Rat)*

Das eigentliche Exekutivorgan des Andenpaktes und wird von drei Mitgliedern der Kommission gebildet. Ständiger Sitz des Rates ist Lima, Peru.

*-El Tribunal Andino de Justicia (der Andine Gerichtshof)*

Neun Jahre nach dem Abkommen von Cartagena erhielt der Andine Gerichtshof den Status eines Paktorgans. Er ist für die Auslegung, Wirksamkeit und Streitigkeiten erlassener Normen zuständig. Sitz des Gerichtshofes ist Quito, Ecuador.

*-El Parlamento Andino (das Andine Parlament)*

Das Andine Parlament wurde im Anschluß am das Abkommen von Cartagena am 25.10.1979 in La Paz, Bolivien, gegründet, trat aber erst 1983 mit fünf Parlamentsmitgliedern pro Mitgliedsland erstmals zusammen. 1993 sollte nach dem Vorbild des Europäischen Parlaments das Andine Parlament mit direkt gewählten Vertretern zusammentreten. Dies wurde bisher auf das Jahr 2000 vertagt, ohne daß heute Bestrebungen erkennbar sind, daß diese selbstgesetzte Frist eingehalten werden kann.

## 2.5 Entwicklung und Prognose

Die Tatsache, daß die Zielsetzungen des Andenpaktes bisher nicht erreicht und die Terminpläne der Umsetzung der Teilziele in den meisten Fällen nicht eingehalten wurden, läßt an der Wirksamkeit des Andenpaktes im Sinne des Abkommens von Cartagena zweifeln. Zudem sind die Spielräume aufgrund der hohen Auslandsverschuldung der Mitgliedstaaten stark begrenzt und die politischen Auseinandersetzungen in den einzelnen Regierungen erschweren die konzeptionelle Arbeit und bindende Absprachen. Nichtsdestotrotz ist die Integration der lateinamerikanischen Staaten von immenser Bedeutung, da die Leitbilder einer dynamischen, marktorientierten Entwicklung nicht an sich an Relevanz verloren haben und für diese Entwicklung ein wirtschaftlicher Protektionsraum eher von Vorteil als von Nachteil wäre. Ob allerdings der Andenpakt die hierfür nötigen politischen Voraussetzungen schaffen kann, zudem er es bisher anscheinend nicht konnte, bleibt sehr fraglich. Daran ändert auch 1996 die Umbenennung in Andengemeinschaft wenig. In der Bewertung durch die EU oder die NAFTA jedenfalls scheint die Andengemeinschaft im Gegensatz zum MERCOSUR keine Rolle mehr zu spielen.

### 3. Der Mercado Común del Sur - MERCOSUR

#### 3.1 Vorgeschichte

1991 unterzeichneten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay den Vertrag zum Mercado Común del Sur („Gemeinsamer Markt des Südens“), kurz MERCOSUR.<sup>5</sup> Damit entstand nach der NAFTA und der EU die drittgrößte regionale Wirtschaftsorganisation der Welt<sup>6</sup>. Dem gehen natürlich allmähliche Annäherungen voraus, die hier grob nachgezeichnet werden sollen.

- Im Jahr 1982 gibt es ein erstes offizielles Treffen zwischen den Regierungen und Unternehmen aus Argentinien und Brasilien mit dem Ziel, bilateralen Handel und partnerschaftliche Beziehungen zu entwickeln.
- Zwei Jahre später beenden beide Länder vertraglich ihren Handelskrieg. 1985 unterschreiben der argentinische und der uruguayische Präsident ein Kooperationsabkommen. Außerdem einigen sich Argentinien und Brasilien auf die friedliche Nutzung der Kernenergie und darauf den regionalen Handel zu fördern.
- 1986 beschließen die staatliche brasilianische Flugzeugindustrie und eine argentinische Firma gemeinsam ein Flugzeug zu entwickeln. Die Präsidenten Alfonsín (Argentinien) und Sarney (Brasilien) ratifizieren zwölf Protokolle, die die Zusammenarbeit auf verschiedenen Wirtschaftssektoren (z. B. Kapitalgüter, Nahrungsmittel, ...) regeln. Bis 1989 kommen noch 12 weitere hinzu. Brasilien und Uruguay vereinbaren bilaterale Beziehungen.
- Die Präsidenten Alfonsín und Sanguinetti (Uruguay) unterzeichnen 1987 die „Acta de Montevideo“ im Beisein von Sarney zur Schaffung neuer Kooperationsformen. Ende des gleichen Jahres verkünden Alfonsín und Sarney, daß zehn Jahre später ein gemeinsamer Markt verwirklicht sein soll.
- 1988 tritt Uruguay dem Integrationsabkommen zwischen Argentinien und Brasilien bei.
- 1989 Uruguay wird dem gemeinsamen Markt angehören.
- 1990 einigen sich die neuen Präsidenten Argentiniens (Menem) und Brasiliens (Collor) die Integration schon bis zum 1.1.1995 zu verwirklichen. Dazu wird eine „Arbeitsgruppe Gemeinsamer Markt“ („Grupo Mercado Comun“) ins Leben gerufen. Uruguay tritt wenig später dieser Gruppe auch bei. Gleichzeitig wird eine Einladung an Chile und Paraguay ausgesprochen, die nur Paraguay annahm. Chile dagegen ist nur an einer Freihandelszone interessiert. Zwei Monate nach Uruguays Beitritt kündigt die Handelsbeauftragte der USA, Carla Hills, an, mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay Rahmenabkommen für den Warenhandel mit diesen Staaten schließen zu wollen. Wenig später findet die erste parlamentarische Konferenz mit Vertretern aus Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Bolivien, Chile und Peru in Chile statt.
- Zu Beginn des Jahres 1991 übergeben Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay der US-amerikanischen Handelsbeauftragten einen gemeinsamen Vorschlag zur Errichtung eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und ihnen. Im März unterzeichnen die Präsidenten von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay in Asunción einen Vertrag zur Bildung eines „Gemeinsamen Marktes des Südens“, dem MERCOSUR. Dieses Abkommen wird schon zum 29.11. des selben Jahres rechtskräftig.<sup>7</sup>

#### 3.2 Zielsetzung

Der Vertrag von Asunción sieht (a) den freien Verkehr von Gütern und Dienstleistungen, (b) gemeinsame Außenzölle und (c) eine Koordinierung der Wirtschafts-, Währungs- und Industriepolitik vor.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Auf portugiesisch: Mercado Común do Sul, kurz Mercosul

<sup>6</sup> Schirm, 1997: Kooperation in den Amerikas, S. 79

<sup>7</sup> Cordoso de Oliveira, 1993 in: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, 1997 Nr. 34/35, S. 135f; als Nachdruck aus: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, 1993 Nr. 10/22, S. 72-77

<sup>8</sup> Boomgaarden, 1999 in: Der MERCOSUR - ein gemeinsamer Markt des Südens ?, [http://www.auswaertiges-amt.de/3\\_auspol/2/3-2-6c.htm](http://www.auswaertiges-amt.de/3_auspol/2/3-2-6c.htm)

Diese Ziele unterstrich 1997 der Präsident von Paraguays Wasmoj in Anwesenheit der Präsidenten von Bolivien und Chile in einer Rede zum zwölften Gipfeltreffen des MERCOSUR:

*„[...] Das Ziel, unser Schicksal in einem Integrationsprojekt zusammenzuführen, ist ein treuer Ausdruck dafür, daß unsere Entwicklungsziele und unser Streben in einer festen und vitalen Konvergenz stehen. Sie ist auch Ausdruck eines festen Vertrauens in die Zukunft und in die Fähigkeit unserer Nationen, in diese neue Phase unserer regionalen Geschichte einzutreten. [...]*

*Die Globalisierung bringt neue Herausforderungen hinzu, die nur ein regionales Bündnis mit klaren Erfolgsaussichten bewältigen kann. Integration ist daher wahrhaft eine strategische Allianz, die uns ermöglichen wird, die Vorteile der Globalisierung zu nutzen und unsere Integration in eine Gruppe moderner und mächtiger Nationen voranzubringen. Neben all unseren Zielen, die die gegenseitige Ergänzung der Volkswirtschaften, die Harmonisierung unserer Politik und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit betreffen, dürfen wir dennoch das Endziel dieser Integrations- und Entwicklungsstrategien nicht aus den Augen verlieren - nämlich das Wohl und die Würde der Menschen. [...]*<sup>9</sup>

### 3.3 Institutionelle Struktur

Seit dem Protokoll von Ouro Porto von 1994 ist der MERCOSUR international rechtsfähig geworden<sup>10</sup> und bekommt sechs Institutionen mit einer einfacher Gliederung. Man verzichtet auf Funktionäre und supranationale Institutionen. Statt dessen bildete man zwischen staatliche Organe, die von Beamten geleitet werden.

Der „Consejo del MERCOSUR“ (Rat des MERCOSUR) tagt halbjährlich und ist das höchste Entscheidungsgremium. In ihm sind die Präsidenten und Außenminister der MERCOSUR-Länder vertreten. Das Exekutivorgan ist die „Grupo del Mercado Común“ (Gruppe des gemeinsamen Marktes). Nach außen hin wird der MERCOSUR durch die „Comision de Cercio“ (Handelskommission) repräsentiert, die auch Verträge abschließen kann. Unternehmensverbände und Gewerkschaften sind mit beratender Funktion im „Foro Económico y Social“ (Wirtschafts- und Sozialforum) organisiert. In der „Comisión Parlamentaria Conjunta del MERCOSUR“ (gemeinsame parlamentarische Kommission) sind je 4 Parlamentarier aus den MERCOSUR-Ländern aktiv mit dem Ziel, auf lange Sicht ein Parlament zu bilden. Rein administrative Aufgaben werden vom „Secretaría Administrativa“ (Verwaltungssekretariat) bewältigt.<sup>11</sup>

Die relativ lockere Struktur des MERCOSUR ist für seine rasche Verwirklichung sicherlich sehr hilfreich, kann aber auf lange Sicht auch zu einem Hemmnis werden. So ist nicht immer die Kompetenzzuweisung eindeutig, was sich bei Verhandlungen mit Drittländern als schwierig erweisen könnte.<sup>12</sup>

### 3.4 Der MERCOSUR und die EU

Im MERCOSUR leben fast 200 Mio. Einwohner auf einer Fläche von 12 Mio. km<sup>2</sup>, die ein BIP von 840 Mrd. US\$ erwirtschaften. Damit umfaßt der MERCOSUR 45% der Bevölkerung Lateinamerikas und etwa 50% dessen Bruttosozialproduktes.<sup>13</sup> Somit ist es für die NAFTA und die EU fast zwingend, sich um gute wirtschaftliche Beziehungen mit dem MERCOSUR zu bemühen. Schließlich erhofft man sich neue Absatzmärkte und eine stabile Region für gewinnbringende Investitionen. Seit dem 22. April 1996 gilt der MERCOSUR als Garant für demokratische Strukturen in den Teilnehmerländern. Damals versuchte das Militär in Paraguay zu putschen,

<sup>9</sup> Aus Informationen zur politischen Bildung 1997 Nr. 226, <http://www.bpb.de/online/html/informationen.html>

<sup>10</sup> Boomgaarden, 1999 in: Der MERCOSUR - ein gemeinsamer Markt des Südens ?, [http://www.auswaertiges-amt.de/3\\_auspol/2/3-2-6c.htm](http://www.auswaertiges-amt.de/3_auspol/2/3-2-6c.htm)

<sup>11</sup> Gratius, 1996: MERCOSUR : ein aufsteigender Markt im Süden der USA, Electronic ed.: Bonn: FES Library <http://www.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00394002.htm#E10E3>

<sup>12</sup> Schirm, 1997: Kooperation in den Amerikas, S. 89

<sup>13</sup> Boomgaarden, 1999 in: Der MERCOSUR - ein gemeinsamer Markt des Südens ?, [http://www.auswaertiges-amt.de/3\\_auspol/2/3-2-6c.htm](http://www.auswaertiges-amt.de/3_auspol/2/3-2-6c.htm)

scheitert aber nicht zuletzt an der Rückendeckung der anderen MERCOSUR-Mitglieder für die gewählte Regierung. Aus diesen Erfahrungen heraus baute man eine Demokratieklausele ein, die bei Verstößen zu einem Ausschluß aus dem MERCOSUR führen kann.<sup>14</sup>

Ein Drittel des gesamten Außenhandels wickelt der MERCOSUR mit der EU ab, die somit der wichtigste Handelspartner für diese Region ist und ca. 47% der Direktinvestitionen tätigt. 1995 beschließen der MERCOSUR und die EU ein Rahmenabkommen, welches eine Freihandelszone (frühestens) ab dem Jahr 2006 zum Ziel hat. Aber schon ab dem Jahr 2001 sollen mit den Vorbereitungen begonnen werden. Damit haben die Beziehungen zu lateinamerikanischen Staaten eine neue Qualität bekommen. War die EU während des kalten Krieges auf Seiten der USA oder um Ausgleich zwischen den USA einerseits und der Sowjetunion andererseits bemüht, so tritt sie heute in offene Konkurrenz um Marktanteile mit den USA.

## 4. Fallbeispiel Argentinien

### 4.1 Argentinien's Wirtschaftsentwicklung bis 1991

#### 4.1.1 Die zweite peronistische Regierung

Während der zweiten peronistischen Regierung vom Mai 1973 bis März 1976 verfolgte die Regierung das Ziel, mittels eines Sozialpaktes die Binnennachfrage anzukurbeln, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Löhne, Gehälter und Preise wurden für einen Zeitraum von zwei Jahren fixiert, was tatsächlich zunächst eine Belebung des Binnenmarktes bei moderater Inflation zur Folge hatte. Die Erdölkrise von 1973 verteuerte allerdings die Importe, erstens ohne daß das Preis-Lohngefüge ausreichend angepaßt werden konnte und zweitens die Exportprodukte an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Folge war eine unausgeglichene Außenhandelsbilanz und eine schrumpfende Investitionstätigkeit. Der Staat verstärkte daraufhin seine Ausgaben um den Preis eines ansteigenden Haushaltsdefizits und einer steigenden Inflation. Nach dem Tode Präsident Perons 1974 verwarf man die Vorstellung des Sozialpaktes. Eine Erhöhung der öffentlichen Gebühren um 200% löste im Juni 1975 eine Streikwelle und eine sprunghaft ansteigende Teuerung aus.

#### 4.1.2 Die Militärdiktatur

Als sich die Militärjunta im März 1976 an die Macht putschte, verfügte sie einen Lohnstopp, begann in den öffentlichen Unternehmen Personal abzubauen und verfügte Liberalisierungen in der Rohstoffindustrie, sowie in den Finanzmärkten. Erklärtes Ziel war Wirtschaftswachstum bei Inflationsabbau. Trotzdem betrug die Inflation 1976 weiterhin 176%.

Schließlich fixierte die Regierung 1978 die kurz zuvor freigegebenen Wechselkurse und wertete den Peso gegenüber dem Dollar schrittweise ab, allerdings weniger als um die tatsächliche Inflationsrate. Die Folge war eine schrittweise reale Aufwertung des Pesos, finanziert durch US-amerikanische Kredite, was erstens die Importe begünstigte, zweitens die Außenhandelsbilanz weiter ruinierte und drittens die einheimische Industrie unter Druck setzte. Als die Militärregierung im Dezember 1983 schließlich, nicht ohne sich ein schönes Bündel Amnestiegesetze für Armeezugehörige zu schnüren, vom gewählten Präsidenten Alfonsíns abgelöst wurde, hinterließ sie u.a. stark vermehrte Auslandsschulden, einen deutlich verschlechterten Lebensstandard großer Bevölkerungsteile und eine nicht verbesserte Wirtschaftsstruktur.

---

<sup>14</sup> vgl. Tamchina, 1994 in: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, 1997 Nr. 34/35, S. 145; ; als Nachdruck aus: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, 1994 Nr. 11/27, S. 140-148

#### 4.1.3 Die Präsidentschaft Alfonsíns

Die Regierung unter Präsident Alfonsíns versuchte mit sehr schwankendem Erfolg das politische Erbe der Militärjunta, die galoppierende Inflation und die wirtschaftliche Entwicklung in den Griff zu bekommen, konnte aber ebenfalls keine echten Erfolge verbuchen. Streikwellen, die teilweise Freigabe der Preise im Mai 1986 und eine inkonsequente Geldmengensteuerung zogen eine immense Teuerung nach sich.

Die extrem wechselhafte Konjunktur Argentiniens trug nicht gerade dazu bei, Investoren anzulocken. Privatkapital wurde aus Argentinien abgezogen und beschleunigte die Rezession.

#### 4.1.4 Die argentinische Wirtschaftsentwicklung seit 1991

Um den beschriebenen, negativen Entwicklungen entgegenzuwirken, setzte Argentinien 1991 die sog. Konvertibilitätsgesetze in Kraft. Diese sahen insbesondere vor:

- der argentinische Peso wird im Verhältnis 1:1 an den Dollar fixiert.
- die monetäre Basis muß vollständig durch Gold- oder Devisenreserven gedeckt sein.
- die Lohnindexierung ist verboten.

Dazu wurden eine ganze Anzahl staatlicher Unternehmen privatisiert, Regulierungsbehörden verkleinert, bzw. aufgelöst, und die Importzölle von im Durchschnitt 50 auf 10 % gesenkt.

Die Erfolge für die wirtschaftliche Entwicklung sind offensichtlich. Das Investitionsklima konnte entscheidend verbessert werden (vgl. Abb. 2), die Aufblähung der Geldmenge als Instrument zur Konjunkturbelebung ist ausgeschieden, somit ist ein Kriterium für die IWF-Kredite erfüllt und der internationale Warenaustausch, sowohl im Im- als auch im Export konnte stark zunehmen. Insbesondere multinationale Unternehmen, z.B. die Automobilbranche fand zunehmendes Interesse am Standort Argentinien.

Unter diesen Voraussetzungen ist das Engagement Argentiniens im MERCOSUR zu interpretieren.

### 4.2 Argentinien und der MERCOSUR

#### 4.2.1 Wer profitiert wie?

Argentinien nimmt neben Brasilien die führende Stellung innerhalb des MERCOSUR ein. Die von der Regierung nach 1991 eingeführten Reformen bewirkten insbesondere eine verstärkte Dynamik des Außenhandels, so daß bis 1996 eine Vervielfachung der mittleren Handelsbilanz der Jahre 1981-1989 eintrat. Es liegt nahe, daß ein Wirtschaftsraum, wie der MERCOSUR dabei eine stimulierende Wirkung haben kann. Auf der einen Seite öffnet er der argentinischen Wirtschaft einen Binnenmarkt mit rund 200 Mill. Einwohnern, auf der anderen Seite schafft er eine Konkurrenzsituation, die u.U. weniger massiv als auf dem Weltmarkt ist, aber belebend für die argentinische Produktion nicht-traditioneller Exportgüter sein kann. Die Zahlen sprechen für diese These. Im Gegensatz zu 1990 konnte Argentinien 1995 nicht nur die Ex- und Importmenge stark ausweiten, sondern auch einigermaßen im Gleichgewicht halten, wobei der Exportanteil von Kapitalgütern wie Maschinen zu Lasten des Anteils landwirtschaftlicher Produkte deutlich zugenommen hat, was auf eine diversifiziertere, wettbewerbsfähigere argentinische Industrie hinweist.

Im ersten Halbjahr 1997 fiel ein Anteil von 33,6% des argentinischen Gesamtexportes auf den MERCOSUR im Gegensatz zu 8,8% der NAFTA und 15,9% der EU. Dies erhärtet die These, daß Argentinien zumindest z.Zt. eindeutig vom MERCOSUR profitiert.

Allerdings wird der MERCOSUR von argentinischer Seite nicht nur als Absatz-, sondern auch als Bezugsmarkt genutzt. Im selben Zeitraum hatten 25,8% der argentinischen Importe ihre Quelle in

einem der Mitgliedsstaaten.<sup>15</sup> Obwohl auch die brasilianische Industrie ein gewisses Potential zur Produktion von langlebigen Gütern wie Maschinen besitzt und deshalb kritische Stimmen bei der Gründung des MERCOSUR eine erdrückende Dominanz der brasilianischen Industriegüterproduktion befürchteten, deutet die Handelsbilanz nicht auf eine Benachteiligung der argentinischen Industrie hin. Immerhin werden 61,2% des argentinischen Exportes von Industriegütern innerhalb des MERCOSUR ausgeliefert, während Argentinien selbst seine Kapitalgüter vorwiegend aus den Industrienationen bezieht. Anders bei den industriellen Halbwaren. Hier kann Argentinien offensichtlich erfolgreich den MERCOSUR als Bezugsquelle nutzen. Somit hat Argentinien erstens ein Potential günstiger Halbwaren und zweitens eine Möglichkeit Außenhandelsbeziehungen mit den MERCOSUR-Partnern auszugleichen. Tatsächlich bemühen sich Brasilien und Argentinien eine einigermaßen ausgeglichene Bilanz im Handel beider Länder zu erzielen, was den MERCOSUR als Handelskonstrukt zusätzlich politisch stärkt.<sup>16</sup>

#### 4.2.2 Die soziale Frage

Während sich Argentinien in einer Phase emsiger ökonomischer Tätigkeit wiederfindet, die Inflation innerhalb tolerabler Grenzen gebannt ist und das Bruttoinlandsprodukt seit Einführung der Konvertibilitätsgesetze bis auf 1995 ein ständiges Wachstum aufzuweisen hat, weisen einige Indizien auf eine verschärfte soziale Situation hin und werfen die Frage auf, inwiefern der wirtschaftliche Erfolg nicht u.U. zu relativieren ist. Die Arbeitslosigkeit hat sich in der Zeit von 1990 bis 1997 verdoppelt. Das Realeinkommen ist während der gesamten Zeit geschrumpft.

Das Phänomen des jobless growth ist an sich nicht neu und trifft offensichtlich auch auf Argentiniens wirtschaftliche Entwicklung der Neunziger Jahre zu. So konnte beispielsweise die Automobilindustrie in Argentinien ihre Produktion von 1990 bis 1995 vervierfachen, aber nur einen Beschäftigungszuwachs in dieser Branche von 10% verzeichnen.<sup>17</sup> Inwiefern sich der wirtschaftliche Aufschwung zu einer „Mehrung des allgemeinen Wohlstandes“ (Ludwig Erhard) wandeln läßt, bleibt fraglich, wird aber letztendlich der ausschlaggebende Faktor sein, wie sich die soziale Frage weiterhin gestalten wird.

### 5. Fazit

Der MERCOSUR treibt die lateinamerikanische Integration, bzw. die Integration der Mitgliedsstaaten weit erfolgreicher voran, als alle Versuche lateinamerikanischer Staaten zuvor. Der Andenpakt hatte dem MERCOSUR gegenüber die durchgreifendere Reform des lateinamerikanischen Staatswesens zum Leitbild und eine nur bedingte Verbindung zum Weltmarkt. Der MERCOSUR stellte die Weltmarktorientierung von Anfang an in den Vordergrund, mutmaßlich auch aus dem Grund, dass der IWF die angesichts der horrenden Auslandsverschuldung sehr wichtigen Kredite an die Teilnahme am GATT, sowie von der Eindämmung der Inflation abhängig machten. In dieser Konstellation erwies sich der MERCOSUR als bemerkenswert dynamisch und hat nicht unwesentlich zur Wirtschaftsentwicklung der Mitgliedstaaten, insbesondere Argentiniens beigetragen.

Man darf aber nicht vergessen, daß nur etwa 13% der Bevölkerung im MERCOSUR über eine Kaufkraft verfügen, die der von Spaniern vergleichbar ist und der MERCOSUR eigentlich von Massenarmut geprägt ist.<sup>18</sup> In Brasilien wurde der wirtschaftliche Aufschwung mit einer Verdoppelung der Auslandsverschuldung zwischen 1989 (115 Mrd. US\$) und 1998 (228 Mrd. US\$) erkauft. In Argentinien wuchs die Armut zwischen 1993 und 1998, laut Weltbank, um 60%,

---

<sup>15</sup> vgl. <http://mecon.ar>

<sup>16</sup> vgl. Rafael Cejas, Paul Gans: Argentinien und der MERCOSUR, GR 50 (1998), H. 11, S. 620f.

<sup>17</sup> vgl. Rafael Cejas, S. 620.

<sup>18</sup> Schirm, 1997: Kooperation in den Amerikas, S. 79

also auf rund 40% der Bevölkerung<sup>19</sup>. Zudem gibt es momentan diplomatische Querelen, weil sich Argentinien und Uruguay weigern paraguayischen Generäle, denen sie Asyl gewähren, nach Paraguay auszuliefern. Zuvor hatte Brasilien im Januar diesen Jahres den ohne Absprache mit den anderen MERCOSUR-Partnern den Real um fast 80% abgewertet. Exporte nach Brasilien wurden so sehr teuer, während die Importe aus Brasilien stark anstiegen. Das führte zu einer Rezession in Argentinien, Paraguay und Uruguay.<sup>20</sup>

Die lateinamerikanischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts lassen kaum hoffen, dass in naher Zukunft größere Teile der Bevölkerung am potentiell steigenden Wohlstandes partizipieren werden, wie das Beispiel Argentinien zeigte. Letztendlich wird allerdings gerade in der sozialen Frage der wahre Erfolg des MERCOSUR, in dem Sinne wie der Präsident Paraguays Wasmoy es 1997 mit dem Ziel auf *„das Wohl und die Würde des Menschen“* formulierte, messen lassen.

---

<sup>19</sup> Skierka, 1999: Erfolg im Schatten der Generäle. In: Die Zeit 1999 Nr. 28

<sup>20</sup> Buss, 1999: Handelsbündnis MERCOSUR tief zerstritten. In: Die Welt, 16. September 1999

## LITERATURVERZEICHNIS

### Monographien:

- BROSZEHL (1983): Ausländische Direktinvestitionen und Technologietransfer im Andenpakt, Die Regelung Venezuelas. Hamburg.
- CORDOSO DE OLIVEIRA (1997): Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, 1993 Nr. 10/22. In: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, 1997 Nr. 34/35. Hamburg.
- MONTENEGRO (1993): Die Regelung des Patent- und Lizenzrechtes im Andenpakt. Münster.
- TAMCHINA (1994): Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, 1994 Nr. 11/27. In: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, Nr. 34/35. Hamburg.
- SCHIRM (1997): Kooperation in den Amerikas. o.O.

### Periodica:

- BUSS: Handelsbündnis MERCOSUR tief zerstritten. In: Die Welt, 16. September 1999.
- CEJAS & GANS: Argentinien und der MERCOSUR. In: GR 50 (1998), H. 11, S. 618-623.
- FISCHER-WELTALMNACH 1999, Frankfurt a. Main 1998.
- GANS: -Wirtschaftspolitik und soziale Probleme in Argentinien. In: GR 42 (1990), H. 3, S. 164 170.
- SKIERKA: Erfolg im Schatten der Generäle. In: Die Zeit 1999 Nr. 28.

### Internet:

- BOOMGAARDEN: Der MERCOSUR - ein gemeinsamer Markt des Südens?, [http://www.auswaertiges-amt.de/3\\_auspol/2/3-2-6c.htm](http://www.auswaertiges-amt.de/3_auspol/2/3-2-6c.htm) 1999
- GRATIUS: MERCOSUR : ein aufsteigender Markt im Süden der USA, Electronic ed.: Bonn: FES Library <http://www.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00394002.htm#E10E3> 1996
- Informationen zur politischen Bildung 1997 Nr. 226, <http://www.bpb.de/online/html/informationen.html>

### Allgemeine Informationen des argentinischen Wirtschaftsministerium:

- <http://www.mecon.ar>
- <http://www.mecon.ar/index/home/gabinete/update.esp/merco.htm>

## 2.6 Schutz und Bewirtschaftung der Tropenwälder

Schirin Shahed

### INHALTSVERZEICHNIS

#### Einleitung

1. Funktionen des tropischen Regenwaldes
2. Bewirtschaftung tropischer Regenwälder
  - 2.1 Holznutzung (Waldbausysteme)
    - 2.1.1 Nachhaltige Naturwaldnutzung
    - 2.1.2 Überführungssysteme
    - 2.1.3 Umwandlungssysteme
  - 2.2 Agrarnutzung
    - 2.2.1 Kleinbäuerlicher Wanderfeldbau
    - 2.2.2 Agroindustrielle Großprojekte
3. Schutz tropischer Regenwälder
  - 3.1 Fallbeispiel: Amazonien
    - 3.1.1 Ein GTZ-Projekt in Überschwemmungswäldern Amazoniens (94/95)
    - 3.1.2 Und wir?

#### Literaturverzeichnis

## Einleitung

Die tropischen Wälder stellen ein multifunktionales System dar. Sie sind ein wichtiger Standort für den Rohstoff Holz; sie lassen sich in Nutzflächen unterschiedlicher ökonomischer Aktivitäten umwandeln und haben außerdem die Funktion der Klimastabilisierung (global und lokal) und eine enorm hohe Biodiversität. Allerdings schließen sich einige Funktionen gegenseitig aus. So gefährdet die Bewirtschaftung die Stabilisierung des Klimas und den Erhalt der Artenvielfalt (THIELE, 1996).

### 1. Funktionen tropischer Wälder

Lokal :

Bereitstellung von Boden für Nutzung

Bereitstellung von Tropenholz

Bereitstellung von Nichtholzprodukten

Erholungsfunktion

Ökologische Funktionen

- Verhinderung von Bodenerosion
- Verstetigung des Wasserstandes
- Stabilisierung des regionalen Klimas

Global:

Stabilisierung des Weltklimas

Erhaltung der Artenvielfalt

(THIELE, 1996).

### 2. Bewirtschaftung tropischer Regenwälder

Die Bewirtschaftung setzt die jeweils benötigten Ressourcen voraus. Diese sind aufgrund der besonders hohen Biodiversität der Tropen sehr vielfältig. Hierzu zählt natürlich das Holz, welches als Bauholz, Möbelholz oder Brennholz genutzt wird, Erze, bejagbares Wild (Fleisch, Häute, Felle), Früchte, Nüsse, Gewürze, Honig, Rattan, Samen, Fasern, Harze, Latex, Sago, verschiedene Öle und Arzneipflanzen. Indianer des Amazonasgebietes kennen bis zu 1300 verschiedene Medizinpflanzen und deren Anwendungen, jedoch werden von diesen gerade einmal 90 Arten in der westlichen Medizin genutzt.

Natürlich stellt auch der Boden als Medium für die landschaftliche Nutzung und das ineinander stark verschachtelte Ökosystem eine verbrauchbare Ressource dar.

#### 2.1 Holznutzung (Waldbausysteme)

*Primärwälder:* Urwälder, deren Entwicklung nicht oder nur so gering vom Menschen beeinflusst wird, dass die Gestalt von der natürlichen Umwelt geformt und bestimmt wird. Gekennzeichnet sind sie durch ein hohes Artenreichtum und einer damit verbundenen geringen Häufigkeit der meisten Arten. Die Artenzusammensetzung ist auf der Fläche und zum Kronenraum hin stark wechselnd.

*Sekundärwälder:* Unter diesem Begriff werden alle Sukzessionsstadien, die sich auf natürlich oder anthropogen geschaffenen Kahlflächen einstellt, bis ausschließlich Schlußstadium zusammengefasst. Die Zusammensetzung und Struktur ändert sich mit dem Alter und dem Fortschreiten der Sukzession. Die jungen Bestände sind einfacher strukturiert, homogener und besitzen weniger Arten als die Primärwälder.

*Exploitationswälder:* So werden gewöhnlich "abgesahnte" Ur- oder Naturwälder bezeichnet, aus denen systematisch alle gewinnbringende Materialien herausgezogen wurden. Im Extrem stellt sich klein- oder großflächig Sekundärbewuchs ein. Häufig wird er zum Sekundärwald gezählt, da die Definition und Abgrenzungen unklar und willkürlich sind (DEUTSCHER BUNDESTAG, 1990).

Es gibt keine allgemeingültigen Waldbausysteme, da praktisch alle Verfahren an die örtlichen Verhältnisse angepasst werden müssen.

Maßgebend für die Entscheidung, welches Waldbausystem benutzt wird, ist die Ausgangssituation und die Zielsetzung (LAMPRECHT, 1986).

### 2.1.1 Nachhaltige Naturwaldproduktion

MHD (Minimum Haubarkeitsdurchmesser)-System:

- Nur gewinnbringende Hölzer mit einem hoch genug festgelegten Minstdurchmesser werden genutzt.
- Durch die Schonung des jüngeren Bestandes wird sich ein ausreichender Nachschub erhofft. Das kann aber nur erreicht werden, wenn der Minstdurchmesser hoch genug angesetzt wurde und ausreichend gewinnbringende Bäume eine regelmäßige Verteilung aufweisen.

*„Im Allgemeinen läßt sich daher weder durch die Festlegung von MHD noch durch die Verpflichtung zu Ersatzpflanzungen eine nachhaltige Erzeugung von Exploitationshölzern sichern.*

*Die immer noch weit verbreitete Behauptung, durch Beschränkung der Aushiebe auf stärkere Stämme sei eine dauernde Produktivität sicherzustellen, hemmt die Suche nach tatsächlich wirksamen Problemlösungen. Nicht selten kommt ihr überdies bloße Alibifunktion zu, besonders unter Holzexploiteuren“ (LAMPRECHT, 1986:115ff).*

Es gibt Erweiterungen, wie z.B. das *Improvement Thinning*. Dabei wird der Wald in Blöcke eingeteilt, wobei jeder Block nach einer bestimmten Reihenfolge nach und nach genutzt wird. Die nutzbaren Bäume, welche den MHD erreichen, überschreiten oder knapp unterschreiten werden kartiert. Es darf nur genutzt werden, wenn für den Block eine regelmäßige Naturverjüngung voraussichtlich sicher ist. Unerwünschtes Material, welches das Wachstum der wertvollen Arten behindert, wird eliminiert. Diese Maßnahmen sind nicht nur eine Sicherung von quantitativ gleichbleibenden Erträgen, sondern führt zur langfristigen Anreicherung tauglicher Arten. Das Improvement Thinning-System ist ein Übergang zum Plenterwald und Überführungssystem (LAMPRECHT, 1986).

### 2.1.2 Überführungssysteme

Wälder, die sich nicht zur direkten Übernahme in die forstliche Bewirtschaftung eignen, müssen zunächst „überführt“ werden. Es wird von natürlichen Ökosystemen ausgegangen. Es soll versucht werden, möglichst naturnahe Wirtschaftswälder zu schaffen. Zu den Voraussetzungen zählen Grundlagen über Baumartenwahl, Bestandserziehung, etc.

Hierbei unterscheidet man zwei Gruppen:

- a) Methoden zur Überführung der aufstockenden Massen
- b) Überführung auf Verjüngerungsweg (gelenkter Generationswechsel).

Alle Überführungssysteme haben den ersten Schritt gemeinsam, die Lianen und die Schlingpflanzen entfernen. Auch unerwünschte Baumarten werden herausgenommen, wobei diese ab einer bestimmten Größe vergiftet werden, da dies durch wegfallende Fällungs- und Räumungskosten billiger ist. Aus toxischen Gefahren wird das Gift vorsichtig und gezielt verwendet und zwar nur an völlig unbrauchbarem Holz. Der Nachteil ist allerdings, daß die zerfallenden Totbäume Schäden am Nachbarbaum und am Jungwuchs anrichten können. Zudem besteht auch noch eine potentielle Gefahr von Schädlingen im Totholz, die auf die bewirtschafteten Baumarten übergreifen könnten.

Zu a) Verbesserungssysteme

Wenn es sich um gleichmäßig verteilte junge Bestände handelt (oft Sekundärwald), können Verbesserungssysteme angewandt werden, deren Ziel es ist künftige Ertragsleistungen zu verbessern.

Allgemeine Vorgehensweisen:

- systematische Gliederung des Waldes; er muß überschaubar werden
- Entfernen von Lianen und Schlingpflanzen
- Entfernung aller unerwünschten („wertlosen“) Baumarten, und von krankem, beschädigtem Material, solange keine zu großen Lücken entstehen
- „*Begünstigung der wertvollen Elemente = Anwärter durch Ausschalten der Konkurrenten*“
- Auslesedurchforstung.

Anreicherungssysteme

Ist die Zahl der wirtschaftlich wertvollen Individuen zu klein, kann ein Anreicherungssystem angewandt werden, z. B. die „klassische“ Schneisenpflanzung.

Dabei wird das Binnenklima noch teilweise erhalten, und der Boden durch den Ausgangsbestand geschützt. Allerdings müssen die neu angepflanzten Kulturen intensiv gepflegt werden, die Verbißschäden können wegen der begehbaren Schneisen sehr hoch sein, wo zudem meist sehr unbefriedigende Lichtverhältnisse herrschen.

Zu b) Ausgangssituationen:

- ausreichende, entwicklungsfähige Verjüngung vorhanden
- Wälder mit günstigen Voraussetzungen (latente Verjüngung vorhanden bzw. In Folge der Exploitation)
- Wälder, in denen auch nach Exploitationeingriffen die Verjüngung ausbleibt

Die Verjüngung kann künstlich mit Pflanzungen (durch Unterpflanzung) unter Schirm oder über natürliche Verjüngung über Naturverjüngung durchgeführt werden. Aus ökonomischen und organisatorischen Gründen kommt die Naturverjüngung nur im Zusammenhang mit der Nutzholzexploitation in Frage.

Es gibt Verjüngungssysteme, die entweder in einen schlagweiser Hochwald oder einen Plenterwald überführen.

Der Hochwald bezeichnet einen Waldentwicklungszustand, mit hoher Leistungsfähigkeit, welcher von der Forstwirtschaft meist bevorzugt wird.

Der Plenterwald ist ein ungleichaltriger Mischwald, dessen Nutzung nur an schlagreifen Stellen durchgeführt wird und zwar nicht in der Form eines Kahlschlages (DIERKE, 1997).

Die Überführung in einen Hochwald führt zur Homogenisierung der Ausgangsbestockung. Wobei bei dem Plenterwald nur die genutzten Baumarten homogenisiert werden.

Kritikpunkte von Überführungssystemen:

- unsicherer Erfolg,
- zu hohe Kosten, zu wenig Gewinn,
- dauern zu lange; Forstdienste werden überfordert; es kommt zu Invasionen von SHAG-(Shifting agriculture) Bauern und Waldzerstörung,
- die manchmal dezentralen Eingriffe erschweren Arbeit und Kontrolle.

### 2.1.3 Umwandlungssysteme

Bei der Umwandlung wird der ursprüngliche Wald durch Kunstbestände ersetzt. Erst wird der Ausgangsbestand kahlgeschlagen und geräumt; beides ist sehr arbeitsaufwendig und teuer. Nach der Brandrodung wird die frisch entleerte Fläche wieder kultiviert. Dabei können allerdings die raschwüchsigen Sekundärarten (vor allem Schlinggewächse) für die neuen Kulturen als Konkurrenz eine Gefahr darstellen.

Die Ergebnisse der Umwandlung sind meist gleichaltrige, einstufige Monokulturen mit fremdländischen Baumarten.

Der Waldbau beschränkt sich auf die Baumarten, die Pflanztechnik und vielleicht auf eine schematische Standraumregulierung. Im Vordergrund stehen technische und finanzielle Fragen, während die ökologischen zweitrangig sind.

Auf der gesamten Welt ähneln sich die Waldbausysteme sehr. Erwähnenswert ist vielleicht das Taungya-System, welches für die Forstwirtschaft mit das günstigste System ist. Hier werden die SHAG-Bauern mit einbezogen, indem sie aufgefordert werden zwischen ihren üblichen Bergreis- und Baumwollkulturen die Baumart *Tectona grandis* (kurz: Teak) einzusäen. Sobald die Bauern weiterziehen, geht der Teakbestand in die Forstwirtschaft über. Dabei werden die Bauern für besonders gelungene Teaksaaten belohnt. Da es sich um einen kombinierten land- und forstwirtschaftlichen Anbau handelt, wird dieses Umwandlungssystem auch als Agro-Forstwirtschaft bezeichnet.

Die SHAG-Bauern haben sich an einen festgelegten Vertrag zu halten, und müssen das Feld in der Regel schon wieder nach einem Jahr räumen, da die von ihnen gesäten Teakbäumchen schon zu stark schatten. Bauern, die Vertragstreue gedient haben, werden neuen Parzellen zugewiesen.

Es gibt noch viele Abwandlungen des Taungya-Systems, Abwandlungen mit anderen Baumarten, einem längeren Zeitraum oder anderen Vertragsbedingungen.

Gerade in dichtbevölkerten Gebieten ist dieses System ein wichtiger Schritt zur Existenzsicherung landloser Bauernfamilien und zur Erhöhung nationaler Nahrungsmittelproduktion. Außerdem werden hier von den Bauern nicht wie beim üblichen Wanderfeldbau vergraste und wertlose Flächen zurückgelassen, sondern wertvolle Jungbestände, die auch eine Bodenschutzfunktion übernehmen.

Kritikpunkte:

- SHAG-Bauern fügen sich nur sehr ungern in staatlich kontrollierte Betriebe. Sie gliedern sich nur ein, wenn sie keine Ausweichmöglichkeiten mehr haben.
- Der ökonomische Erfolg des Taungya-Systems hängt vom niedrigem Lebensniveau der SHAG-Bauern ab.
- Die aus dem Taungya-System hervorgehende Monokultur wird wie eigentlich alle Monokulturen, leicht von Schädlingen befallen.

Hier ein Überblick der Waldbausysteme in den Tropen.

Ziel		Schlagweiser Hochwald				Pflanzwald	Nachhaltige Naturwaldproduktion
Homogenisierung	nach	Baumarten und Aufbau				vorwiegend nur Baumarten	keine Homogenisierung
	durch	Aufstockende Massen		Verjüngung		Erhaltung und Begünstigung erwünschter Arten in allen Schichten	
		Verbesserung	Anreicherung	künstlich	natürlich		
Systeme		Improvement Felling	"Jesselache" Schneisenpflanzung	Méthode Martineau <sup>1</sup>	Malayan Uniform System	Philippine Selective Logging System	Festlegung von MHD
		Amélioration des peuplements d'Otourmé	Placaux Anderson	Méthode Limba	Tropical Shelterwood System	Indonesian Selective Logging System	
		CELOS-System	Meskan System	Taungya	TSS-Trinidad	Amélioration des peuplements naturels	Improvement Thinnings
			Méthode Cairnial (Naturverjüngung in den Schneisen)		Uniformisation par le haut	Queensland-System	

Überführungssystem      Umwandlungssystem

<sup>1</sup> kann auch zu den Umwandlungssystemen gezählt werden

Abb. 32. Schema der tropischen Waldbausysteme

(aus: LAMPRECHT, 1986)

## 2.2 Agrarnutzung

Von den ursprünglich vorhandenen tropischen Regenwäldern wurden bis 1990 ca. 8 Millionen Quadratkilometer in landwirtschaftliche Nutzflächen umgewandelt. Davon wurden 3,5 Millionen km<sup>2</sup> als Weideflächen und weitere 3 Millionen km<sup>2</sup> für den Wanderfeldbau genutzt. Große Teile wurden soweit degradiert, dass sie nicht mehr genutzt werden können (DEUTSCHER BUNDESTAG, 1990).

Durch den steigenden Nahrungsbedarf einer wachsenden Bevölkerung und dadurch, dass Flächen wegen Überbeanspruchung teilweise oder dauerhaft landwirtschaftlich nicht mehr genutzt werden können, werden immer weitere bisher ungenutzte Flächen des tropischen Regenwaldes für die Landwirtschaft erschlossen.

### 2.2.1 Kleinbäuerlicher Wanderfeldbau

(=shifting cultivation; Feldbau-Waldbrache-System)

Primärwald, Exploitationswald oder Sekundärwald wird gerodet, und die Reste abgebrannt. Die Asche verleiht dem Boden eine vorübergehende Fruchtbarkeit. Dann wird das Land nach mehrjähriger landwirtschaftlicher Nutzung nährstoffverarmt und brach liegengelassen, so dass ein Sekundärwald nachwachsen kann. (DEUTSCHER BUNDESTAG, 1990)

### 2.2.2 Agroindustrielle Großprojekte (einschließlich Viehwirtschaft)

Hierzu zählen die großflächig angelegte Viehwirtschaft sowie die großflächig angelegte Monokulturen von Soja, Weizen, Zuckerrohr u.a., bei denen der Anbau oft stark mechanisiert ist und häufig nicht der Nahrungsmittelproduktion für die eigene Bevölkerung dient, sondern dem Export (z.B. von Futtermitteln) oder der Erzeugung von Treibstoffen.

Der großflächige und mechanisierte Sojabohnen- und Weizenanbau in Süd- und Zentralbrasilien trägt indirekt durch die Abdrängung landloser Kleinpächter und Landarbeiter zur Waldvernichtung bei. Rio Grande do Sul, der südlichste Bundesstaat Brasiliens, welcher ungefähr die Größe der Bundesrepublik hat, war vor 40 Jahren noch zu 30% bewaldet und ist heute von Sojafeldern geprägt. (DEUTSCHER BUNDESTAG, 1990)

Die großflächige Viehwirtschaft trägt in Mittel- und Südamerika von den agroindustriellen Großprojekten am meisten zur Tropenwaldvernichtung bei. Ca. 20.000 km<sup>2</sup> tropischer Regenwald werden jährlich für die Viehweiden gerodet. Während in Mittelamerika die Viehzucht exportorientiert ist, kann in Brasilien wegen der vorkommenden Maul- und Klauenseuche das Rinderfleisch nur in Konserven exportiert werden. Trotzdem ist die Rinderweidewirtschaft der Hauptgrund für die Vernichtung der tropischen Regenwälder in Brasilien. Im Jahre 1980 waren im Amazonasraum 72% der Abholzung auf die Rinderweidewirtschaft zurückzuführen (nach World Resources Institut aus DEUTSCHER BUNDESTAG, 1990).

Bis in die 70er Jahre war die Nutzung der tropischen Wälder nicht gravierend, da der Holzeinschlag und die Waldrodung zur Erschließung von Nutzflächen gering war, dass die Entnahme noch durch sich regenerierende Bestände ausgeglichen werden konnte. Die Rodung wurde z.B. meist von indigenen Wanderfeldbauern vorgenommen. Wegen der ausreichender und extensiver Wirtschaftsweise dieser Nutzungsformen wurde die Regenerierung der tropischen Wäldern ermöglicht (THIELE, 1996).

In darauffolgender Zeit nahmen die Rodung und der Holzeinschlag allerdings solche Ausmaße an, dass eine ausreichende Regenerierung nicht mehr möglich ist.

## 3. Schutz tropischer Regenwälder

Während die Industrieländer einen verstärkten Schutz der Tropenwälder als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der globalen Funktionen des Tropenwaldes (Klimastabilität und Erhalt der Biodiversität) fordern, setzen die Tropenländer auf eine intensive Nutzung ihrer Wälder um die

ationale Wohlfahrt zu steigern. Fraglich ist hier jedoch, ob die momentane Nutzungsform der Tropenwälder tatsächlich die Wohlfahrt der Tropenländer maximiert (THIELE, 1996).

Den Wald durch Bewachung und Umsiedlung vor der Bewirtschaftung zu schützen stellt keine tragfähige Lösung dar. *‘Nur wenn die ansässigen Bauern und Bäuerinnen selbst einen dauerhaften Nutzen am Wald haben, werden sie seinen Schutz unterstützen. Deshalb müssen die Bedürfnisse und Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe und Haushalte berücksichtigt werden. Denn nur wenn sie ihre Landnutzung selbst verändern, kann der Wald erhalten bleiben‘* (<http://www.gtz.de/listra/deutsch/index.html>).

Die GTZ (Gesellschaft-Technischer-Zusammenarbeit) und NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen und Forschungsinstitutionen) versuchen die Bemühungen der Partnerländer, diesen Wandel zu fördern, zu stärken. Sie arbeiten an sozialen und technischen Innovationen mit dem Ziel, die Interessen der lokalen Bevölkerung mit den Anforderungen des Waldschutzes in Einklang zu bringen (<http://www.gtz.de/listra/deutsch/index.html>).

Die „Entwicklungsländer“ werden bei der besseren Erfassung ihrer Waldflächen von der Bundesregierung unterstützt. Die ermittelten Angaben über die Waldflächen, deren Struktur und Funktion seien die Grundlage für eine weitergehende Planung und Maßnahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Bei der Unterstützung bilateraler und multilateraler Programme, die sich für den Schutz der Tropenwälder einsetzen, stehe die Bundesregierung an der Spitze der Industrieländer.

Eindämmung des Bevölkerungswachstums, die Ernährungssicherung und die Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten sind Schlüsselfaktoren, die die Voraussetzungen für entsprechende Maßnahmen zum Schutz tropischer Wälder verbessern (<http://www.bundestag.de/aktuell/wib96/196304.htm>).

Wie können nun die noch existierenden Tropenwälder geschützt werden? Und von wem?

Schutzkonzepte dürfen (laut GTZ) sich nicht nur auf die Erhaltung der Primärwälder beschränken. Es sollten zuerst die Ursachen der Waldzerstörung herausgefiltert werden, um dann ökologisch nachhaltige und sozio-ökonomisch angepasste Nutzungsstrategien finden zu können.

Dazu ist Fach- und Detailwissen und interdisziplinäre Arbeit von Wissenschaftlern aus diversen Fachrichtungen (Forstwissenschaft, Botanik; Zoologie, Geologie, Bodenkunde, Soziologie u.a.) nötig.

Durch die Entwicklung standortspezifischer land- und forstwirtschaftlicher Bewirtschaftungsmethoden für mehr oder weniger degradiertes Flächen, die bereits genutzt werden, kann ein weiterer Druck auf die Primärwälder gemildert werden und sie schützen

([www.gtz.de/toeb/Arbeitsfelder/Tropenwald/Tropenwald.html](http://www.gtz.de/toeb/Arbeitsfelder/Tropenwald/Tropenwald.html)).

### 3.1 Fallbeispiele: Amazonien

Das Amazonasbecken erstreckt sich über 7 Millionen km<sup>2</sup> und hat mit 5 Millionen km<sup>2</sup> das grösste zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde (JUNK 1982 aus HUND 1995).

Unterteilung der Amazonasregion nach dem geologischen Ursprungs (aus HUND 1995).

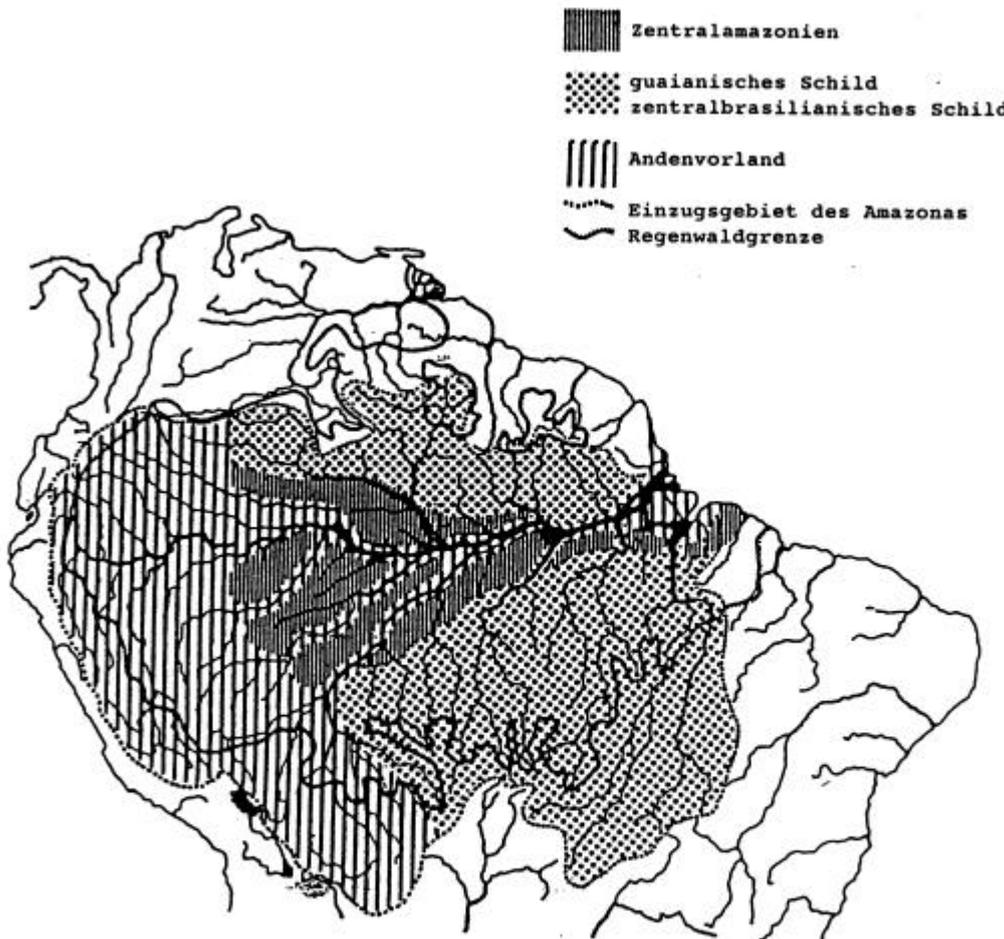


Abb. 2.1: Naturräume Amazoniens (entnommen aus KLINGE et al. 1981, S.19)

(aus: HUND, 1995)

Bei hydrologische Unterteilung wird das Amazonastiefland in folgende Naturräume eingeteilt:

- nicht überschwemmte Festland (Terra firme)
- Überschwemmungsgebiete (Varzea und Igapo).

Noch im 19. Jahrhundert versuchten die USA und europäische Länder das "vermeintlich herrenlose Amazonasgebiet" zu kolonialisieren. Und noch 1967 kam aus New York der Vorschlag, das Amazonasgebiet zu überfluten, um dort eine Fischzucht einzurichten.

Die Reaktion Brasiliens war der Bau des Transamazonas Highway.

So stellt die Erschließung von Amazonien auch einen politischen Akt zur Besitzumklarstellung dar (WWF).

### 3.1.1 Ein GTZ-Projekt über die Fischfauna und Waldregeneration in Überschwemmungswäldern Amazoniens (94/95)

Flüsse in Überschwemmungswäldern Amazoniens besitzen ein außergewöhnliches Fischreichtum. Die hier lebenden Fische ernähren sich überwiegend von Blättern, Früchten und Samen der überschwemmten Vegetation und tragen so zur Verbreitung der betreffenden Baumarten bei. Die intensiviert Landwirtschaft und Viehzucht führen zu einem starken Rückgang der ufernahen Waldbestände. Dies führt zu negativen Effekten zwischen der Entwaldung und dem Rückgang der Fischbestände als auch umgekehrt.

Es war nur wenig über das Ausmaß der gegenseitigen Abhängigkeit sowie grundlegende ökologische Zusammenhänge bekannt. Ein besseres Verständnis der Wechselbeziehung von Fischfang-Waldbestand könnte zur Entwicklung wirksamer Aufforstungsmaßnahmen, der Rehabilitation der Fischbestände sowie zu entsprechenden Monitoringverfahren beitragen.

Es wurden die Darminhalte der Fische untersucht und identifiziert, und die einheimischen Fischer über die Nahrungsgewohnheiten der Fische befragt, um die Nahrungspflanzen der wichtigsten Fischarten zu identifizieren und quantitativ bewerten zu können.

Es wurde die Verbreitung der Baumarten und deren Häufigkeit in Abhängigkeit von unterschiedlichen Nutzungsformen erfasst.

Außerdem wurden die unterschiedliche Effektivität der Samenausbreitung durch verschiedene Fischarten und der Einfluss der Darmassage auf die Keimfähigkeit untersucht.

Die Untersuchungen der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen dem Fischfang und dem Waldbestand gibt Hinweise für die Aufforstung, die zum Schutz bzw. Rehabilitation und sorgt so gleichzeitig für den natürlichen Erhalt des Waldbestandes.

Die Identifizierung der für die Samenausbreitung wichtigsten Fischarten stellt einen Beitrag zur Entwicklung eines Monitoringverfahrens für naturgemäße Waldbewirtschaftung dar.

Außerdem wurden durch das Erforschen von Fischen als Bioindikatoren die Kenntnisse über mögliche Zeigerarten erweitert, da bisher hauptsächlich nur Vögel als Indikatoren genutzt wurden.

Durch das Einbeziehen der lokalen Bevölkerung in die Untersuchungen sollte das lokale Know-How gefördert und entwickelt werden.

### 3.1.2 Und wir?

Der Schutz der tropischen Regenwälder stellt natürlich auch ein breites Arbeitsfeld für uns Geographen/Geographinnen dar.

Ansonsten der Rat von Greenpeace:

- *„Fordern Sie von Firmen, die Urwaldholz in ihren Produkten verarbeiten, daß sie sofort auf urwaldfreie Alternativen umsteigen.*
- *Verzichten Sie auf den Kauf von Holz aus Urwäldern un Raubbau. Wählen Sie, wenn möglich, nur Holzprodukte mit Naturland- und FSC-Gütesiegel.*
- *Fragen Sie bei verlangen nach, woher das Holz für das Papier Ihrer Zeitschriften kommt. Fordern Sie den Verlag auf, nur noch Naturland- und FSC-gekennzeichnetes aus ökologischer Waldnutzung einzusetzen.*
- *Verwenden Sie Holz und Holzprodukte sparsam. Senken Sie Ihren Papierverbrauch, indem Sie etwa auf aufwendige Verpackungen verzichten. Benutzen Sie Recyclingpapier.*
- *Weisen Sie Förster und Politiker in Ihrer Stadt oder Gemeinde auf die Naturland- und FSC-Zertifizierung der Wälder hin und fordern Sie ökologische Waldnutzung“*  
([http://www.greenpeace.de/GP\\_DOK\\_3P/BROSCHUE/ARGUMENTE/C13AR02.HTM](http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/BROSCHUE/ARGUMENTE/C13AR02.HTM)).

## LITERATURVERZEICHNIS

- DEUTSCHER BUNDESTAG (1990): Schutz der Tropenwälder. Bonn.
- HUND, M. (1995): Möglichkeiten und Grenzen der landwirtschaftlichen Nutzung der Überschwemmungsgebiete (Varzea) am mittleren Amazonas unter besonderer Berücksichtigung der Viehhaltungs- und Dauerkultursysteme. Kiel.
- LAMPRECHT, H. (1986): Waldbau in den Tropen. Hamburg/ Berlin.
- THIELE, R. & WIEBELT, M.(1996): Tropenmanagement: Ein Balanceakt zwischen Schutz und Raubbau. Kiel.
- WWF-JOURNAL (4/94): Schwerpunkt Südamerika. Wiesbaden.

## Internet

- <http://www.bundestag.de/aktuell/wib96/196304.htm>
- [http://www.greenpeace.de/GP\\_DOK\\_3P/BROSCHUE/ARGUMENTE/C13AR02.HTM](http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/BROSCHUE/ARGUMENTE/C13AR02.HTM)
- <http://www.gtz.de/listra/deutsch/index.html>
- <http://www.gtz.de/toeb/Arbeitsfelder/Tropenwald/tropen-1.html>
- [www.gtz.de/toeb/Arbeitsfelder/Tropenwald/Tropenwald.html](http://www.gtz.de/toeb/Arbeitsfelder/Tropenwald/Tropenwald.html)

## 2.7 DIE DEUTSCHE BI- UND MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT DEN ANDENLÄNDERN

Kathleen Krah & Kim Seaton

### INHALTSVERZEICHNIS

1. Der Entwicklungsbegriff - Entwicklung in der Theorie und Praxis
2. Welcher Weg zur Entwicklung?
3. Entwicklung und Zusammenarbeit - ..."Entwicklungsländer"?
4. Nord-Süd-Beziehung - Ausnutzung, Abhängigkeit und Konflikt
5. Entwicklungspolitik als Friedenspolitik - Prioritäten des BMZ
  - 5.1 Erfolgskriterien - Erfahrungen von "gelungene" Projekten
  - 5.2 Ein Weg zur Selbstbestimmung
  - 5.3 Verschiedene Träger und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit
  - 5.4 Besonderheiten der staatlichen Entwicklungsarbeit Deutschlands
6. Nichtstaatliche, private Entwicklungsarbeit
  - 6.1 Kirchliche Institutionen
  - 6.2 Politische Stiftungen
  - 6.3 Sonstige private Träger
  - 6.4 Mischformen
7. Multilaterale Zusammenarbeit
8. Bilaterale vs. Multilaterale Zusammenarbeit
9. Entwicklungszusammenarbeit an ausgewählten Beispielen
10. Zusammenfassung

Literaturverzeichnis

## 1. Der Entwicklungsbegriff - Entwicklung in der Theorie und Praxis

Übereinstimmung mit dem "Entwicklungsbegriff", darin auch eine Definition von einem Entwicklungsland, unterentwickeltes Land, Dritte oder Vierte Welt, scheint in der heutigen Literatur und Theorie problematisch zu sein. Es wird gesagt, „*Entwicklung ist eine hochkomplexe Sache, wenig greifbar, deshalb außerordentlich schwierig, sich auf einen Begriff zu einigen*“ (DANKWORTT, 1986:5).

Trotz dieser Schwierigkeiten scheint es wichtig zu sein, daß wenigstens versucht wird, die Probleme in der Theorie und zwischen der Theorie und Praxis anzuerkennen, damit die Interessenkonflikte, die mit der bi- und multilateralen Entwicklungshilfe, Politik und Zusammenarbeit immer wieder auftauchen und die damit verbundenen Kriterien, die für ein „gelungenes“ Projekt gebraucht werden (nicht nur in den Andenländern sondern im allgemeinen) auch verstanden werden können (DANKWORTT, 1986).

Nach der Meinung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kann Entwicklung- einfach formuliert- als „*die Veränderung zum Positiven*“ verstanden werden (BLISS, 1997:17). Entwicklung ist also relativ (DANKWORTT, 1986). Diese einfache Definition lässt sich auf vielfältige Art und Weise interpretieren und kritisieren. Es gibt viele Paradigmen oder Theorien und Entwicklungsmodelle, die sich im Laufe der Zeit entwickelten und, die mit der Zeit anerkannt oder ersetzt wurden (KLAR, 1995).

## 2. Welcher Weg zur Entwicklung?

Für eine lange Zeit stand das westliche Entwicklungsmodell unter dem Einfluß der Modernisierungstheorien, deren „*gesellschaftsübergreifende Standards für den erstrebenswerten Zustand („wenn alles entwickelt ist“) dominierten*“ (BLISS, 1997:17). Kritisiert wurden diese Modelle, unter anderem ROSTOWS Modell, in den 70er Jahren von Dependenztheorien. Die Anhänger der Dependenztheorien führten die „Unterentwicklung“ hauptsächlich auf Abhängigkeiten der Länder von außerwirtschaftlichen Verflechtungen zurück (KLAR, 1995).

In beiden Standpunkten ist „Entwicklung“ wirtschaftlich orientiert mit Beziehung auf europäische oder westliche Wirtschaftsgeschichte und Macht. KLAR (1995:23) schlägt vor, daß „*die verbreitete Praxis, Voraussetzungen der westlichen wissenschaftlich-technologischen Zivilisation als Maßstab für die Entwicklung nicht westlicher Kulturen anzulegen*“ äußerst problematisch ist. Sie behauptet, daß es falsch wäre, zu unterstellen, daß der Westen tatsächlich den besten aller möglichen Wege gefunden hat.

Man muß davon ausgehen, daß es auch Entwicklungsprobleme im Westen gab, die manchmal keine „Veränderung zum Positiven“ verursachten. Wirtschaftliches und industrielles Wachstum ermöglicht nicht immer eine soziale oder kulturelle Verbesserung. Die, die sich mit Entwicklung beschäftigen, müssen sich deshalb daran erinnern, manchmal zu fragen, ob der Westen wirklich „*diese Vorbildfunktion erfüllen kann*“ (KLAR, 1995:23) oder, ob die Länder sich selbst auch einen Weg zur „Verbesserung“ suchen können. „*Die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Standards nur von den „sich entwickelnden“ Gesellschaften selbst aufgestellt werden können.*“ (BLISS, 1997:17).

Obwohl die Vorstellungen über den Begriffsinhalt von Entwicklung sich heute überwiegend an den Maßstäben der Industrienationen orientieren und Entwicklung größtenteils mit quantitativem Wirtschaftswachstum, Fortschritten in der Industrialisierung und im Ausbau von Verwaltungsinstitutionen gleichgesetzt wird, (KLAR, 1995, S. 18) existieren auch andere

Sichtweisen und Definitionen. Immer wieder werden Menschen und nicht die Wirtschaft oder Technik ins Zentrum von Entwicklung gestellt (KLAR, 1995). Die Wirtschaft ist als ein Baustein außerordentlich wichtig, aber von diesem Standpunkt soll neben dem wirtschaftlichen auch der soziale und kulturelle Bereich eingeschlossen werden. *„Eine integrale Entwicklung mache den Menschen bzw. die gesellschaftliche Gruppe zur Mitte der Entwicklung“* (KLAR, 1995).

Der Entwicklungsbegriff sei also stark ideologisiert (DANCKWORTT, 1986). Auch der Begriff Unterentwicklung gilt als Beispiel dafür. TSHIAMALENGA (in KLAR, 1995) betrachtet z.B. die westlichen Industrieländer als unterentwickelt *„u.a. moralisch, weil sie sich selbst aufgrund rein wissenschaftlich-technischer Rationalität als überlegen definieren und anthropologisch, insofern sie die Entwicklung von Maschinen über die des Menschen stellen.“*

Seit 1986 für die Südkommission (26 südliche Länder) und seit 1987 zunehmend auch im Norden, wird der Mensch *„ mit seinen kulturellen und sozialen Bedürfnissen ins Zentrum von Entwicklungsvorstellungen gerückt“* (KLAR, 1995). Dazu kommt auch eine differenzierte Sichtweise des Entwicklungsbegriffs. Verstärkt wurde der Terminus *„sustainable development“*, nachhaltige Entwicklung, die als Entwicklung *„die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“* verstanden werden kann (HAUF in KLAR, 1995:26). Hier werden auch ökologische Prioritäten und Umweltschutz durchgesetzt.

Entwicklung handelt sich immer um unterschiedliche Interessen. Der Begriff hat also mit Sachfragen relativ wenig zu tun, sondern sehr viel mehr mit politischen Gefühlen und Überzeugungen. Es muß dann hinter diese ganze Begriffsdefinition gesehen werden, damit ein gemeinsamer Dialog überhaupt zusammenkommen kann. Zur gleichen Zeit muß auch anerkannt werden, daß ein Dialog oder eine Entwicklungsstrategie immer wieder auf Machtverhältnisse, die bestimmte Entwicklungen zu steuern versuchen, hinweist (DANCKWORTT, 1986).

### 3. Entwicklung und Zusammenarbeit - ..Entwicklungsländer“?

Die Ideen, die hinter Entwicklung stecken, beziehen sich auch auf Entwicklungshilfe, die nicht nur einseitig „Hilfe“, sondern zwei- (bi) oder vielseitig (multilateral), nämlich „Zusammenarbeit“ zwischen Geber- und Nehmerland/Ländern sein sollte. Das Angebot entwicklungspolitischer Hilfe sollte also idealerweise nicht nur eine westliche Entwicklungsstrategie anbieten, sondern einen Mittelweg finden, damit alle Teilnehmer „zufrieden“ sein können.

Wie „Nehmer-“ und „Geber-“ Länder sich unterscheiden, ist auch eine Frage der Geschichte und des heutigen Entwicklungsstandes, wie es von verschiedenen Regierungen und internationalen Organisationen gesehen wird. Der Begriff „Entwicklungsländer“- heute synonym verwendet mit dem Begriff "Dritte Welt"- wurde in den 50er Jahren geprägt und löste die Bezeichnung „unterentwickelte Länder“ , die als politisch unkorrekt angesehen war, ab. (BENDER, 1982) Gemeint ist damit *„die überwiegende Mehrzahl der Länder, die infolge der Kolonialzeit und aufgrund der auf die hochindustrialisierten Staaten des Westens (Erste Welt) und des Ostens (Zweite Welt) ausgerichteten Wirtschaftsstrukturen benachteiligt sind“* (BENDER, 1982, S.12).

1951 wurden diejenigen Länder als Entwicklungsländer von der UN bezeichnet, die *„über ein Pro-Kopf-Einkommen verfügten, das mehr als 25% des Einkommens 'hoch“ entwickelter Länder erreichte“* (BRAUN in KLAR, 1995:18). Die Probleme mit so einer Bezeichnung sind sofort zu sehen, besonders von einem geographischen Standpunkt aus. Völlig unterschiedliche Länder, d.h. Natur-, Wirtschafts- und Sozialräume werden unter einen Begriff zusammen gefaßt. Unterschiedliche Regionen, Orte und Menschen werden als gleich gesehen und gleich behandelt.

*„Einkommensunterschiede innerhalb der Landesbevölkerung und die Subsistenzwirtschaft, die in einigen Ländern des Südens mehr als ein Drittel des gesamten Produktionsvolumen einnimmt und einnimmt, blieben unberücksichtigt“ (BRAUN; KLAR, 1995:18).*

Aus diesem Grund tauchten zwischenzeitlich andere Definitions- und Einteilungsversuche auf, die aber alle immer noch auf wechselnde ökonomische Werte gerichtet sind. Einige von den bekanntesten, die am meisten Anwendung finden, sind:

Schwellenländer (Newly Industrialised Countries - NIC's), Least Developed Countries (LDC's, die ärmsten davon, die auch als „Vierte Welt“ bezeichnet werden), Most Seriously Affected Countries (MSAC's) und Low Income Countries (LIC'S). (KLAR, 1995).

#### 4. Nord-Süd Beziehung - Ausnutzung, Abhängigkeit und Konflikt

Egal wie die Länder bezeichnet werden oder durch verschiedenen Ansätze, Indikatoren oder Indexes abgestuft werden, gibt es immer eine deutliche Nord-Süd Gliederung, die nicht zu übersehen sein sollte. Es ist nicht nur eine geographische Gliederung, sondern hat auch eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Wirkung. Die industriell entwickelten Länder im Norden und die Entwicklungsländer im Süden werden gegen einander in Konflikt gesetzt. Auf eine traditionelle Art und Weise versuchten die Länder im Norden die Ressourcen und Menschen im Süden auszunutzen, welches für die Länder im Süden schwer zu ertragen war. *„Ein grundsätzliches Konfliktpotential ergibt sich daraus, daß sich Entwicklungspolitik häufig an den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Geberländer orientiert“ (KLAR, 1995:1ff).*

Dazu umfaßt die Entwicklungshilfe in ärmeren Ländern einen erheblichen Anteil am Bruttosozialprodukt“ 1991 z.B., in Bolivien 9,4%, in Mali 18,5%, in Tansania 33,8% und in Mozambique 69,2%“ (KLAR, 1995:11). Wenn nicht unbedingt abhängig davon, verlassen sich die Länder aber sehr darauf. Ob ein bestimmtes Projekt gefördert wird oder nicht, kann eine deutliche Auswirkung für die Bevölkerung oder Regierung eines Landes haben.

Entsprechende Auswirkungen können deshalb auch von einer Verminderung der Förderungsleistungen erwartet werden. *„Theoretiker und Praktiker der Entwicklungspolitik wiederholen seit einigen Jahren stetig die Sorge, daß der Süden aufgrund der Probleme innerhalb des Nordens und des Ostens vergessen werden könnte.“ (Klar, 1995:1ff).*

1991 wurden z. B.in Deutschland 140 Mrd. DM als Ausbauhilfe nach Ostdeutschland transferiert, während die Entwicklungshilfeleistungen für den gesamten Süden 11 Mrd. DM umfaßten. Der Zusammenbruch der UdSSR übte einen besonderen Druck auf den Süden aus.

#### 5. Entwicklungspolitik als Friedenspolitik - Prioritäten des BMZ

Die Frage muß sein, wie die Entwicklungszusammenarbeit diese Nord-Süd-Beziehung positiv beeinflussen und die Lage die ärmsten Länder verbessern kann, und wenn das überhaupt möglich ist (es ist behauptet worden, daß Entwicklungshilfe die Situation nur verschlimmern kann, welche wichtige Kriterien und Prioritäten dafür gebraucht werden. Es wurde festgestellt, daß eine einheitliche Entwicklungsstrategie für alle Entwicklungsländer nicht unbedingt die Antwort ist. Hier kann der beliebte Ausdruck *“Global denken, lokal handeln“* auch angebracht werden.

In den Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung von 1986 wird „Entwicklungspolitik als Friedenspolitik“ gesehen. Heutzutage ist dieses Ziel immer noch Mittelpunkt der Entwicklungspolitik. *„Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik“* sagte der Abteilungsleiter im Ministerium, Dr. MICHAEL HOFFMAN am 30.8.99 (Pressemitteilung des BMZ

1999). Die Bundesregierung pflegt die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf einer partnerschaftlichen Grundlage. Partnerschaft bedeutet gegenseitigem Respektieren der Souveränität, aber auch, wie in jeder Partnerschaft, den Versuch, *„die beiderseitigen legitimen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.“* (RÜTHER, 1986:14). *„Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in den Partnerländern (könnten) die strukturellen Ursachen von Konflikten verringert werden“* (Pressemitteilung des BMZ, 1 999).

Immer wieder tauchen in den Prioritäten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die Worte *„Globalisierung“*, *„Globalisierungsstrategie“* und nachhaltige Erfolgswirksamkeit auf. Entwicklung im Süden ist damit als eine *„Verbesserung“* für die ganze Welt gesehen, in dem alle Länder sich auf ein Ziel einigen. Damit wurde aber anerkannt, daß viele Probleme zuerst gelöst werden müssen und daß so ein Prozeß gar nicht so einfach ist, wie die Bundesregierung es haben will. *„Die EZ muß auf die Überwindung der Ursachen ausbleibender oder negativ wirkender Globalisierung ausgerichtet werden. Eine Ausrichtung der EZ allein auf Kompensation in den Armutsländern birgt das Risiko, eine Dauersubvention zu betreiben, ohne Erfolge durch Einbeziehung dieser armen Länder in den Welthandel erzielen zu können.“* (BMZ, 1999).

### 5.1 Erfolgskriterien - Erfahrung von „gelungenen“ Projekten

Obwohl es in der Theorie bestritten wird, was als ein erfolgreiches oder gelungenes Projekt bezeichnet werden kann, und wer das entscheidet, muß es irgendwo darüber Konsens geben, welche Erfolgskriterien ausgearbeitet und in der Praxis umgesetzt werden können. Dies kommt nur aus positiven und negativen Erfahrungen, die von geförderten Projekten in sehr unterschiedlichen Räumen und Ländern gesammelt wurden.

DANCKWORTT (1986) faßt die Ergebnisse von verschiedenen „gelungenen“ Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zusammen. Unter anderem gibt es ein Stadtentwicklungsprojekt in Nepal, Hilfe für den Landbau in Ruanda, ländliche Projekte in den Südphilippinen, ein Kampf gegen Kinderarbeit in Indien und ein landwirtschaftlich-ökologisches Projekt in Burkina-Faso. Dazu gibt es auch Projekte in Ghana, Niger, Kamerun, Bangladesh und Tanzania. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist also weltweit in vielen verschiedenen Bereichen verbreitet. Von diesen Beispielen wurden einige Erfolgskriterien klar, die auch mit der Mehrheit der heutigen Theorie und Kritik (d.h. auch mit den Ideen des BMZ) übereinstimmen und die man findet, wenn man *„hinter diese vielen Entwicklungsbegriffsdefinitionen sieht“* (DANKWORTT, 1986:5).

Konsens scheint sich in sechs Punkten anzubahnen. Erstens eine Konzentration auf Grundbedürfnisbefriedigung, Armut, Nahrungsmittel, Trinkwasser, Schutz gegen Krankheiten, Wohnung und Kleidung. *„Sie ist als Gegenkonzept zur nur bis dahin vorherrschenden Modernisierungsstrategie zu verstehen“* (RÜTHER, 1986). Sie muß aber selbstbestimmt sein, d.h. Grundbedürfnisse, wie sie in der betreffenden Kultur gesehen werden, nicht so wie wir sie sehen. (DANCKWORTT, 1986). Damit verbunden ist, daß die Zielgruppe im ganzen Planungsprozeß mit dabei sein muß- und zwar von der ersten Definition des Projektes bis zur Ausführung. Projekte müssen auch selbsttragend sein und die Teilnehmer motivieren, selbst mitzumachen und das auch, wenn die externe Hilfe aufhört; *„Hilfe zur Selbsthilfe“* (BMZ, 1999).

Viertens müssen Projekte verträglich sein in dreierlei Hinsicht, was die Ökologie angeht, was die sozialen Strukturen angeht und schließlich müssen sie kulturell akzeptabel sein. Dazu kommt Langfristigkeit mit kleinen Schritten, die auch wichtig für *„die Nachhaltigkeit“* ist (KLAR, 1995). Kurzfristige Maßnahmen sind nur in ganz wenigen Ausnahmesituationen gerechtfertigt. Ein Projekt muß auch für beide Seiten akzeptabel sein. Man muß sich auf ein gemeinsames Ziel einigen. (BMZ, 1999) Schließlich ist es wichtig, daß Entwicklung sich um Aufhebung nichtgewollter

Abhängigkeiten handelt, also kämpft sie für die Freiheit, Selbstbestimmung und Partizipation (BLISS, 1997).

## 5.2 Ein Weg zur Selbstbestimmung

Es wurde erkannt, daß was in der Theorie ausgearbeitet und als "der bester Weg" gesehen wird, in der Praxis aus vielen Gründen nicht richtig gefördert wird oder werden kann, wegen der Rahmenbedingungen, die vom Projekt selber nicht zu beeinflussen sind, u.a. Weltwirtschaftsreform, Einkommens-, Eigentums- und Bodenreform und politische Reform.

Viele offene Frage können auch gestellt werden, die nicht einfach zu beantworten sind.

Zum Beispiel: Wie gehen wir mit Interessenkonflikten um? Expansion nationaler Interessen gegenüber internationaler Interessen? Wie erreichen wir eigentlich die Zielgruppen? Wo ist die Grenze, an der die Abhängigkeit von fremder Hilfe beginnt? Sitzt die Deutsche Botschaft oder die Regierung am Steuer oder tun das die Zielgruppen? Spielt unsere Einflußnahme nicht eine viel größere Rolle als Entwicklungsprojekte? (DANCKWORTT, 1986). Die Behauptung, daß Entwicklungszusammenarbeit Konflikte nur verschärft, ist deshalb auch ein akzeptabler Standpunkt.

Im Laufe der Zeit sind Organisationen selbstkritisch geworden, wobei sie behaupten, von den bisherigen Fehlern in der Theorie und Praxis zu lernen. Ein wichtiges Instrument zur Auswertung bisherigen Erfahrungen, stellen die Evaluierungen von Projekten und Programmen da. Unter einer Evaluierung wird "*...die systematische und objektive Bewertung von Projekten mit dem Ziel, die laufenden und künftigen Aktivitäten zu verbessern*" verstanden (BOHNET; KLAR, 1995:145).

Auch das BMZ behauptet dies zu tun. "*In vielen Ländern haben Einzelmaßnahmen wegen fehlender Rahmenbedingungen nicht den gewünschten Erfolg erzielt, in anderen konnten einzelne Projekte Problemlösungen herbeiführen, die vom Partner weiter verbreitet werden konnten. Der richtige konzeptionelle Ansatz kann nur durch intensives Ausleuchten des Projekt- und Programmumfeldes herausgefunden werden...*" (BMZ, 1999).

Wie weit die deutsche bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit diese Prinzipien mit Projekten in den Andenländern verbreitet, hängt noch von den verschiedenen Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit ab und wie sie angewandt werden, um die Lage der Länder zu ändern.

## 5.3 Verschiedene Träger und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit

Wie in der heutigen kritischen Diskussion zu sehen ist, werden Begriffe wie Entwicklungshilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik heute synonym für die Bemühungen der westlichen Staaten "*die den Ländern des Südens helfen sollen, ihre Entwicklungsprobleme zu bewältigen*" verwendet (KLAR, 1995:115). Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der auswärtigen Beziehungen und ein wichtiges Instrument der Friedenspolitik.

Für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern gibt es ein breites Spektrum von Instrumenten und Trägern:

1. die öffentliche staatliche Entwicklungszusammenarbeit auf Regierungsebene  
bilateral/multilateral, finanzielle/Technische/Personelle Zusammenarbeit

2. die private nichtstaatliche Zusammenarbeit

Zusammenarbeit der privaten (deutschen wie internationalen) Wirtschaft mit den Ländern der Dritten Welt-

Nichtstaatliche Organisationen

Mischformen

## Privatrechtliche Sonderinstitutionen

Heutzutage findet die Entwicklungspolitik der Industrieländer hauptsächlich auf zwei Ebenen statt: Der bilateralen Zusammenarbeit zwischen einem Staat und einem Entwicklungsland oder einer Gruppe von Entwicklungsländern, welche politisch und finanziell den Schwerpunkt bildet „*und der multilateralen Zusammenarbeit, bei der sich Geberländer an internationalen Organisationen beteiligen*“ (KLAR, 1995:115). Durchgeführt wird die bilaterale Entwicklungshilfe im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) und der Technischen Zusammenarbeit (TZ). Als Voraussetzung dafür müssen die Nehmerländer i. d. R. Eigenleistungen erbringen, wie z. B. die Bezahlung einheimischer Projektmitarbeiter oder Betriebskosten (KLAR, 1995).

### 5.4 Besonderheiten der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands

In der BR Deutschland wird auf staatlicher Ebene im Unterschied zu vielen anderen Ländern unterschieden zwischen der Finanziellen Zusammenarbeit, vor allem durch die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) und der Technischen Zusammenarbeit, dem Aufgabenbereich der *Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (GTZ) GmbH.

Koordiniert werden beide durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ, gegründet 1961). Erst 1993 wurde der Zusatz „...*und Entwicklung*“ hinzugefügt. Das BMZ arbeitet bei der Mittelvergabe eng mit Außen-, Wirtschafts- und Finanzministerium zusammen.

Die Bundesregierung erhebt fünf Kriterien für den Einsatz von Instrumenten und Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), welche den Umfang und die Art der Zusammenarbeit beeinflussen:

1. Beachtung der Menschenrechte,
2. Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen,
3. Rechtsstaatlichkeit und Gewährleistung von Rechtssicherheit,
4. Schaffung einer marktwirtschaftlichen und sozialorientierten Wirtschaftsordnung,
5. Entwicklungsorientiertes staatliches Handeln.

Es muß ein Mindestmaß dieser internen Bedingungen gewährleistet sein, um Entwicklungshilfe nachhaltig wirksam einsetzen zu können, sie sind somit als Erfolgsbedingungen zu verstehen (BMZ;1998).

Für die bilaterale FZ und TZ mit Entwicklungsländern wurden 1984 Leitlinien entwickelt, nach denen die Bundesregierung konkret festgelegte Vorhaben der südlichen Länder fördert. Dabei bilden Projekte und Programme den Schwerpunkt der Zusammenarbeit: „*Projekte sind funktional, räumlich, wirtschaftlich und zeitlich abgrenzbare Maßnahmen mit zielorientierter Aufgabenstellung. Als Programme werden vor allem Vorhaben verstanden, die sektoral, subsektoral oder regional verbunden und durch ein fest umrissenes Konzept zusammengefaßt sind*“. Die Übergänge zwischen Projekten, Projektbündelungen und Programmen sind fließend. (BMZ; KLAR, 1995:116). Programme und Projekte der Entwicklungs-zusammenarbeit versuchen die Ursachen von Armut, Umweltzerstörung und Unterdrückung zu bekämpfen.

### 5.5 Bilaterale Zusammenarbeit

Die Bundesregierung leistet ihre Beiträge, welche vertraglich vereinbart werden (Antragsprinzip), unmittelbar an ein Partnerland. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen überläßt das BMZ i.d.R. den auf bestimmte Bereiche der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (EL) spezialisierten Organisationen und Institutionen. Kategorien der bilateralen Zusammenarbeit:

- (1) DIE FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT (FZ), früher als Kapitalhilfe bezeichnet, wird hauptsächlich in Form von günstigen Krediten angeboten. Vom Volumen her gesehen ist sie das

bedeutenste Instrument der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Die FZ soll mittelbar und unmittelbar strukturpolitisch gestalten, d. h. sie wird bei entwicklungspolitisch förderungswürdigen Vorhaben in der Landwirtschaft und im Gewerbesektor sowie bei Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur eingesetzt, überprüft und umgesetzt werden die FZ-Beiträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), (BMZ,1998).

Seit dem Beginn der FZ im Jahre 1960 wurden den Entwicklungsländern bis Ende 1997 aus dem Bundeshaushalt 91,9 Mrd. DM zugesagt. Davon wurden insgesamt 74,3 Mrd. ausgezahlt (BMZ,1998).

Peru wurden bis Ende 1995 1.261,6 Mio. DM an FZ zugesagt und in Ecuador beliefen sich die Zusagen bis Ende 1997 auf 270,7 Mio. DM. (MÜNZINGER LÄNDERHEFTE; 1998) Der größte Teil der bilateralen FZ fließt in Form von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft zurück (1997: von 2,6 Mrd. DM flossen 2,5 Mrd. DM zurück).

Die Leistungen werden vor allem durch die Finanzierung von Sachgütern, Anlageinvestitionen oder der Vorbereitung und Planung von FZ-Vorhaben erbracht. Der größte Teil wird als Projekthilfe vergeben, weiterhin werden in geringerem Maße Programmhilfe, FZ/TZ-Kooperationsvorhaben, Waren- sowie Strukturhilfe gewährt. Die Bundesregierung vergibt die FZ-Mittel je nach wirtschaftlicher Lage des Partnerlandes:

Die "least developed countries" (LDC), zu denen auch die Andenländer zählen, erhalten seit 1978 nichtrückzahlbare Zuschüsse (Finanzierungsbeiträge),

-Entwicklungsländer, die von der Weltbank besonders günstige Darlehen erhalten (1998 waren das Länder (MSAC?) mit einem Pro-Kopf-Einkommen von max. 1.505 US\$), werden mit Krediten zu 0,75 % und 40 Jahren Laufzeit bei 10 Freijahren unterstützt,

-Schwellenländer erhalten Zuschüsse von 4,5 % bei 20 Jahren Laufzeit und 5 Freijahren

den übrigen EL werden Kredite zu 2 % Zinsen und 30 Jahren Laufzeit bei zehn Freijahren gewährt.

(2) DIE TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT (TZ) ist neben der FZ das zweite große Instrument der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit. Sie wird im Auftrag der Bundesregierung als Zuschuß für Entwicklungsprozesse in den Partnerländern gegeben (TZ i.e.S.).

Weiterhin gibt es die nichtstaatliche TZ, bei der private, eigenverantwortliche Träger mit staatlichen Zuschüssen gefördert werden (TZ i.w.S.). Das Ziel der TZ ist, durch „*Förderung der Selbsthilfe und Eigeninitiative dazu beizutragen, daß die Entwicklungsländer wirtschaftliche und soziale Fortschritte machen und damit immer selbständigere Partner werden*“ (MERZ; RÜTHER, 1986:121).

Von 1960 bis Ende 1997 wurden den EL Zusagen in Höhe von 29,7 Mrd. DM gegeben, davon allein 1997 1,38 Mrd. DM, 1998 waren 1,2 Mrd. DM an Zusagen vorgesehen. Bisher wurden insgesamt wurden 23,1 Mrd. DM ausgezahlt. (BMZ,1998) In Peru betrug die Gesamtzusage für die TZ bis Ende 1995 636 Mio. DM, in Ecuador belief sie sich bis Ende 1997 auf 237,8 Mio. DM. Bolivien erhielt bis Ende 1994 1.365,9 Mio. DM an Zusagen sowohl in der Finanziellen Zusammenarbeit als auch in der Technischen Zusammenarbeit (MÜNZINGER LÄNDERHEFTE, 1998).

Die TZ wird für die Länder der Dritten Welt unentgeltlich als Direktleistung in Form von Partnerschaftsleistungen, Studien- und Fachkräftefonds sowie TZ-Kleinmaßnahmen erbracht.

Damit wird überwiegend die GTZ GmbH, welche in 142 Ländern der Erde tätig ist, sowie für geologische Erkundungen - die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) für physikalische Messungen beauftragt.

(3) DIE PERSONELLE ZUSAMMENARBEIT (PZ) ist ein weiteres wesentliches Element der EZ mit dem Ziel, vorhandene Fähigkeiten und Kenntnisse der Menschen in den EL zur Entfaltung zu bringen („Hilfe zur Selbsthilfe“). Dabei sollen sowohl Geber- als auch Nehmerländer aus den gewonnenen Erfahrungen profitieren. Ohne eine partnerschaftliche menschliche Zusammenarbeit würden die Finanzielle und Technische Zusammenarbeit keinen langfristigen Erfolg erzielen.

Bereiche der PZ sind u. a.:

- die Aus- und Fortbildung von lokalen Fachkräften der EL, dazu zählt auch deren Entsendung und Vermittlung,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- in zunehmendem Maße auch Reintegrationsbemühungen der Experten.

Immer häufiger werden erfolgreich Fachkräfte der EL in der bilateralen staatlichen EZ eingesetzt. Schwerpunkte der PZ sind beispielsweise die Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen Regionen, die Förderung von Programmen zur Sicherung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Lösung von Energieproblemen.

Im Jahre 1997 waren in Projekten der FZ von insgesamt 1.800 Fachkräften ca. 850 Fachkräfte aus EL tätig und in Projekten der TZ arbeiteten 1.913 deutsche und 8.590 Ortskräfte mit der GTZ zusammen (BMZ, 1998).

### Kritische Betrachtung

Beim Ablauf eines Vorhabens der FZ oder TZ spielen die KfW und das GTZ eine große Rolle. Doch meiner Meinung nach ist dieser Ablauf ein sehr langwieriger Prozeß.

Bsp.: Das Projekt "Sozialinvestitionsfonds in Lateinamerika" wurde 1990 begonnen und ist bis heute nicht abgeschlossen. Für das Vorhaben wurden FZ-Summen in Höhe von 318 Mio. DM und TZ-Gelder in Höhe von 15 Mio. DM bewilligt ([www.bmz.de/projekte](http://www.bmz.de/projekte)).

Die vorherige Prüfung und die nachfolgende Evaluierung sind wichtige Schritte für den entwicklungspolitischen Erfolg eines Projekts, da nicht unnötig Mittel für "fragwürdige" Projekte vergeben werden sollen.

Anhand der Untersuchung des Projektablaufs und dessen Ergebnisses können Defizite im Entwicklungsprozeß erkannt werden und eine andere, effizientere Methode des Ablaufs gewählt werden. Beispielsweise könnte man in höherem Maße einheimisches Personal einsetzen, da dieses oft einen besseren Zugang zur indigenen Bevölkerung hat sowie über mehr Ortskenntnisse verfügt. Es ist jedoch nicht leicht, für jedes Vorhaben einen geeigneten Weg zu finden. Auf eine bestimmte Vorgehensweise kann man sich nicht festlegen, da die Projekte heterogen verlaufen. Seit geraumer Zeit ist nun eine Abnahme der EZ und EP zu verzeichnen, was zum einen verursacht wird durch sinkendes effektives Interesse an der EZ und EP, zum anderen durch die Infragestellung der bisherigen EZ-Praxis (Entwicklungshilfe hat die Lage eines Landes statt verbessert eher noch verschlechtert, da das Land dadurch in die Abhängigkeit getrieben wurde.). Deshalb wird mehr und mehr Wert auf die Entwicklungszusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) gelegt, welche auch als "*Hilfe von Tür zu Tür*" bezeichnet wird (BMZ, 1998).

## 6. Nichtstaatliche, private Entwicklungszusammenarbeit

Da jede staatliche und gesellschaftliche Tätigkeit subsidiär ist (Grundsatz der Subsidiarität), werden in Deutschland auch gemeinnützige- Gesellschaften in die Entwicklungshilfe mit einbezogen. Als wichtigstes Merkmal der Zusammenarbeit von BMZ und nichtstaatlichen Entwicklungsträgern gilt, daß letztere in ihren Entscheidungen autonom sind. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO oder engl. NGO) gliedern sich in drei Gruppen:

### 6.1 Kirchliche Institutionen

Hilfswerke der evangelischen und katholischen Kirchen tragen dazu bei, die Armut und Not der Menschen in EL nachhaltig zu mindern sowie eine gerechte gesellschaftliche Ordnung zu schaffen. Um einen größtmöglichen Nutzen aus der Entwicklungshilfe (EH) zu ziehen, planen die einheimischen Partner ihre Vorhaben in eigener Regie und führen sie durch, d. h. wo immer möglich werden die betroffenen Bevölkerungsgruppen integriert.

Evangelische Trägerorganisationen der Entwicklungshilfe sind: "Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe" (EZE), "Brot für die Welt", "Christliche Fachkräfte International" "Dienste in Übersee", "Evangelische Missionswerk" u.a.

Zu den katholischen Trägern gehören "Misereor", "Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe", "Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe", "Renovabis" etc.

Diese Hilfswerke kooperieren eng mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (BMZ, 1998)

## 6.2 Politische Stiftungen

Die politischen Stiftungen stehen den Parteien im Bundestag nahe. Ihre Arbeit dient dazu, die Einflußnahme der breiten Bevölkerungsschichten in den EL und ehemaligen Ostblockstaaten an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu erhöhen, demokratische Strukturen zu festigen, das Gefälle zwischen Arm-Reich abzubauen, die Arbeit von Parteien und Gewerkschaften sowie die Erwachsenenbildung zu unterstützen. Die gesellschaftliche Umstrukturierung gilt als eine sehr wichtige Voraussetzung für den Entwicklungsprozeß.

Einige Stiftungen sind die „Friedrich-Ebert- Stiftung“ (FES), „Konrad-Adenauer-Stiftung“ (KAS), „Friedrich-Naumann-Stiftung“ (FNS), „Hans-Seidel-Stiftung“ (HSS) und „Heinrich-Böll-Stiftung“ (HBS).

Im Jahre 1997 waren 273 Experten der Stiftungen weltweit tätig (FES 105, KAS 84, FNS 38, HSS 41, HBS 5). Die Bundesregierung hat 1997 ca. 347,5 Mio. DM zur Unterstützung der Aktivitäten der Stiftungen aufgebracht (BMZ, 1998).

## 6.3 Sonstige private Träger

Diese werden vom BMZ gefördert (1997 mit 70,4 Mio. DM), vorausgesetzt, sie haben ihren Sitz in Deutschland und sind eine gemeinnützige Organisation. Das Ziel der privaten Träger ist es, die wirtschaftliche und soziale Struktur armer Bevölkerungsgruppen in den südlichen Ländern zu verbessern. Sie sind *„unabhängige, fachlich und finanziell leistungsfähige Träger“* (KRAFT; RÜTHER 1986:149). Zu den über 20 deutschen Organisationen zählen u. a. „Aktion Friedensdorf“, „Andheri-Hilfe“, „Deutsche Welthungerhilfe“, „Arbeiterwohlfahrt“, „Deutscher Volkshochschulverband“, „Deutscher Caritasverband“, „Kolpingwerk“, „Jugend Dritte Welt“, „Komitee Ärzte für die Dritte Welt“, „Deutsches Rotes Kreuz“, „Terre des Hommes“ sowie der „Weltfriedensdienst“ (BMZ,1998).

## 6.4 Mischformen

Weiterhin existieren gemischte Organisationsformen der Entwicklungshilfe. Von der Bundesregierung gegründet, werden sie in bestimmten entwicklungspolitischen Aufgabenbereichen eingesetzt und gefördert. Hierzu gehören die „Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung“ (DSE), „Deutscher Entwicklungsdienst“ (DED), „Carl-Duisberg-Gesellschaft“ (CDG), „Deutsches Institut für Entwicklungspolitik“ (DIE) und die „Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern“ (DEG) (BMZ; 1998).

## 7. Multilaterale Zusammenarbeit

Die Bundesregierung hat keinen bestimmten Mindest- oder Höchstsatz für ihre multilateralen Leistungen festgelegt. Als wichtigste Kriterien für Höhe und Verteilung der Mittel sind die entwicklungspolitische Bedeutung und die Wirksamkeit der multilateralen Programme und Institutionen, die unterstützt werden sollen, zu nennen. Besonders dort, wo es sich um großräumige Projekte handelt - z. T. auch über Landesgrenzen hinaus, spielt die multilaterale EZ eine wichtige Rolle.

Die Finanzierung der EZ erfolgt durch Beiträge der einzelnen Mitgliedsländer an die Organisationen. Die Vergabe der Finanzmittel wird vom Aufsichtsrat der jeweiligen Institutionen

bestimmt. Multilaterale Leistungen können auch in Form von zweckgebundenen Zuwendungen an eine internationale Organisation zur Durchführung eines bestimmten Programmes oder Projekts gewährt werden.

Bei den multilateralen Finanzierungsinstitutionen steht die Weltbank-Gruppe an erster Stelle. Ihre Tätigkeit ist der Arbeitsweise der KfW in Bezug auf Prüfung und Abwicklung der FZ sehr ähnlich. Sie vergibt nur Darlehen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und ist ohne regionale Begrenzung tätig. Die Gruppe umfaßt die 1945 gegründete Weltbank sowie die Partnerorganisationen "Internationale Entwicklungsorganisation" (IDA), "Internationale Finanz-Corporation" (IFC), "Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" (IBRO), "Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur" (MIGA) sowie das "Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten" (ICSID). Die BR Deutschland gehört der Weltbank-Gruppe seit 1952 an.

Des weiteren ist Deutschland Mitglied in mehreren regionalen Entwicklungsbanken, z. B. in der "Interamerikanischen Investitionsgesellschaft" (IIC), welche private Unternehmen in Lateinamerika und den karibischen EL fördert. Die regionalen Banken arbeiten im Prinzip wie die Weltbank und die Kreditanstalt.

In den Vereinten Nationen (VN) sind 185 Mitgliedsstaaten mit jeweils einer Stimme vertreten, so daß der Anteil der südlichen Länder überwiegt. Die Entscheidungen der Generalversammlung, der größten politischen Institution der VN, sind ausschließlich (politische) Empfehlungen für die einzelnen Staaten, d. h. ihrer Nichteinhaltung folgen nicht unmittelbar Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft. Von den unzähligen Organen der VN möchte ich nur einige namentlich erwähnen:

Das "Welternährungsprogramm" (WEP), die "Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation" (FAO), die "Internationale Arbeitsorganisation" (ILO), "UNICEF", die "Weltgesundheitsorganisation" (WHO), der "Bevölkerungsfonds" (UNFPA) sowie das "Freiwilligenprogramm" (UNV).

Weitere Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sind der "Internationale Währungsfonds" (IWF) mit 182 Mitgliedsländern, die "Welthandels- und Entwicklungskonferenz" (UNCTAD) - 188 Mitglieder streben das Ziel an, Handel und Entwicklung weltweit zu fördern, das "Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen" (GATT), welches 1948 abgeschlossen wurde sowie die "Welthandelsorganisation" (WTO), welche seit 1993 besteht und 132 Vertragspartner besitzt. Sie soll Streitfälle zwischen den großen Handelsabkommen schlichten und den Schutz der EL als schwächeren Handelspartner verbessern. Besondere Bedeutung wird der europäischen Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt beigemessen. Im folgenden möchte ich nur auf die Entwicklungshilfe in Lateinamerika (LA) eingehen.

Wichtige Bereiche der EU-Zusammenarbeit mit Ländern Südamerikas sind die Armutsbekämpfung, Handelspolitik - z.B. durch den Abbau von Handelshemmnissen, sowie gemeinsam mit den NRO's die humanitäre Hilfe, Umweltschutz, Gesundheit und Wiederaufbaumaßnahmen. Vor allem die ärmsten Länder in LA und besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen sollen unterstützt werden. Schwerpunkte der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit lateinamerikanischen Ländern sind weiterhin die ländliche Entwicklung, Unterstützung der Frauen und die Drogenbekämpfung. Verstärkte Hilfe kommt den Ländern zu, die eine positive demokratische Entwicklung vollziehen. *„Bei schwerwiegenden, andauernden Menschenrechtsverletzungen und bei Verstößen gegen diese Grundsätze kann die Union Sanktionen beschließen, die bis zur Aussetzung der Zusammenarbeit reichen können“* (BMZ, 1998:272).

In den Jahren 1991-1995 stellte die EU Mittel in Höhe von 2,75 Mrd. ECU ( 1 ECU entspricht rund 1,94 DM; BMZ 1998, S. 267) für die FZ und die TZ (ca. 80 % der Mittel) sowie für die

wirtschaftliche Zusammenarbeit (restlichen 20 %) bereit. 1996 und 1997 wurde eine Summe von 1,326 Mrd. ECU zur Verfügung gestellt. Schwerpunktländer auf dem südamerikanischen Kontinent sind Peru und Bolivien (BMZ,1998).

## 8. Bilaterale vs. Multilaterale Zusammenarbeit

*„Die Frage, ob bilaterale oder multilaterale (Entwicklungshilfe) besser oder nötiger ist oder ob eine zu Lasten der anderen ausgeweitet werden sollte, läßt sich so generell nicht beantworten. Die Antwort kann nur lauten: Beide Hilfearten sind notwendig“* (KLEIN; RÜTHER, 1986:114).

Die Bundesregierung sieht in der multilateralen EZ ein sehr wichtiges, unersetzbares Instrument internationaler Entwicklungspartnerschaft und Friedenssicherung. Der Umfang ihrer multilateralen Leistungen ist jedoch nicht proportional zu den bilateralen Entwicklungshilfeprogrammen gestiegen, welche sich seit den 60er Jahren in großem Umfang entwickelt haben. NRO's werden sehr stark unterstützt. Die bilateralen Leistungen sollen auch in Zukunft Schwerpunkt der deutschen Entwicklungshilfepolitik bleiben. Eine stärkere Verlagerung auf multilaterale Organisationen würde zu Mittelkürzungen führen statt die internationale Ungleichheit zu beseitigen. Doch eigentlich müßten die Ausgaben für die Entwicklungshilfe viel effizienter eingesetzt werden.

## 9. Entwicklungszusammenarbeit an ausgewählten Beispielen

In Bolivien, dem ärmsten Land Südamerikas, können über dreiviertel der rund 6,5 Mio. Bolivianer ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen. Extrem arm ist die indianische Landbevölkerung und die Bewohner der städtischen Randgebiete (BMZ, 1999). Darum wird derzeit ein politisch-sozialer Wandel mit Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen sowie Maßnahmen der Verwaltungsdezentralisierung angestrebt.

*„Unter dem Stichwort ‚participation popular‘ werden breite Schichten der Gesellschaft, die bisher keine Einflußmöglichkeiten hatten, zur politischen Mitarbeit motiviert.“* (www.gtz.de). Reformen im Erziehungs-, Justiz- und Gesundheitswesen, eine effiziente Förderung der Wirtschaft und des Verkehrs sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der ärmsten Landbevölkerung und der Frauen sollen durchgeführt werden. Seit 1965 ist Bolivien einer der wichtigsten Partner der TZ. 1987 wurde es zum Schwerpunkt der deutschen Entwicklungshilfe in Lateinamerika erklärt. Nach den USA und Japan liegt Deutschland an dritter Stelle unter den bilateralen Geldgebern. In den letzten 20 Jahren hat Deutschland mehrere Großprojekte unterstützt, wie die Zinnhütte von Vinto, die Blei-Silberhütte von Karachipampa sowie das Bewässerungsprojekt Altiplano-Valles. Neuere Vorhaben sind der "Naturressourcenschutz Santa Cruz" im Rahmen des Tropenschutzaktionsplans mit Fördermitteln in Höhe von 10 Mio. DM.

Mittelzusagen werden prioritär für Infrastruktur und Bildungsmaßnahmen eingesetzt, darauf entfallen rund 50 % der Mittel (BRUNS, 1997).

In Bolivien sind deutsche Mitarbeiter, überwiegend aus kirchlichen und privaten Organisationen, in ländlichen Projekten und Stadtrandgebieten eingesetzt. Auch eine Reihe von NROs unterstützen oder organisieren Projekte der Entwicklungshilfe. Zu diesen zählen "Misereor", welcher die Erwachsenenbildung (z. B. auf dem Altiplano) oder Projekte zur Selbsthilfe in Santa Cruz fördert. "Brot für die Welt" unterstützt die Frauen und Kleinbauern („landwirtschaftliche Berater“), die "Deutsche Welthungerhilfe" finanziert ein Projekt in Cochabamba, "terre des hommes" stärkt den Schutz der Kinderrechte und arbeitet am Projekt "Zentrum zur Förderung der Frauen in Gregoria Apaza" mit. Weiterhin sind der "Freundeskreis Indianerhilfe", die "Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt" sowie "Bolivienhilfe" tätig.

Auch die politischen Stiftungen unterstützen die Entwicklung in Bolivien, wie die FES, welche, zusammen mit dem von ihr gegründeten Institut ILDIS, den pluralistischen Dialog fördert. Die FNS ist im gesellschaftspolitischen Bereich und im Bereich der ländlichen und gewerblichen Wirtschaft aktiv, die KAS unterstützt die Kommunalverwaltung mit Projekten wie "Mütterzentren im Stadtrandgebiet" und ein Projekt zur Bekämpfung des Kokaanbaus. Zu guter Letzt ist noch die HBS zu nennen, die mit "UNITAS" und AIP auf den Gebieten Ökologie und Frauenzusammenarbeit (BRUNS,1997).

Zusammenfassend bezieht sich die Entwicklungszusammenarbeit auf: die Modernisierung des Staatsapparats, die Bekämpfung der Armut, die Förderung der Privatwirtschaft sowie auf den Umwelt- und Ressourcenschutz.

Die Wirtschaft in Ecuador wurde hauptsächlich geschwächt durch den Ölpreiserfall und mehrere Naturkatastrophen (Erdbeben 1987 bei Lago Agrio, El Niño). Das Erdbeben zerstörte 50 km der transandinen Pipeline, ein halbes Jahr lang wurde sie von ausländischen Firmen repariert. Zusätzlich entstanden eigene Erdölraffinerien. Um jedoch die einseitige Abhängigkeit vom Erdöl zu vermeiden, wurde die Bananenproduktion gesteigert. Heute ist Ecuador führender Bananenexporteur, dazu kommen Krabben und Kaffee. Auch der Bergbau, insbesondere die Goldförderung, wird gefördert.

Auch mit Ecuador arbeitet das GTZ seit 30 Jahren zusammen. Hier konzentriert sich die Arbeit hauptsächlich auf den Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, da diese auch in Zukunft die wichtigste Grundlage der ecuadorianischen Volkswirtschaft sein werden. Projekte der Land- und Forstwirtschaft bilden den Kernbestandteil, weiterhin werden Maßnahmen zur Dezentralisierung, Gemeindeentwicklung und Modernisierung der Verwaltung durchgeführt sowie die Privatwirtschaft und die Schulbildung gefördert. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen arbeiten hier immer häufiger zusammen. Außerdem wird versucht, die Lebensverhältnisse in den Mittelstädten gezielt zu verbessern, um eine Abwanderung eines Teils der Bevölkerung aus den überbevölkerten Metropolen zu erreichen.

Ein wichtiges Ziel in Peru ist die Regionalisierung. Nicht mehr nur in Lima, sondern auch in anderen Städten sollen Industrieanlagen gebaut werden, u. a. gefördert durch Steuermittelerleichterungen und Verbesserung der Kommunikations- und Transportwege. Der Dienstleistungssektor ist auf dem Weg, „fahrender Wirtschaftsfaktor“ zu werden. Außerdem spielen die Landwirtschaft, der Erz- und Mineralienbergbau sowie die Erdölförderung eine wichtige Rolle (HELMY, 1989).

In den letzten Jahren gab es, besonders in Lima, viele Terroranschläge und militärische Auseinandersetzungen, die das Land zerrütteten.

Peru, das drittgrößte Land Lateinamerikas, durchläuft gerade einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Die Regierung verfolgt einen Weg der liberalen Anpassungspolitik. Auch hier wird versucht, mit Hilfe der FZ und TZ die öffentliche Verwaltung auf kommunaler und nationaler Ebene zu modernisieren, die Klein- und Mittelunternehmen zu stärken, die soziale Infrastruktur (z. B. Wasserver- und Abwasserentsorgung) zu verbessern, die ländliche Entwicklung im zentralen Andenhochland sowie den Umweltschutz zu fördern. Besonderen Wert wird auf den Genderansatz gelegt, um die Position der Frauen zu stärken. Aber auch die Lebenssituation der Bevölkerung in den städtischen Randzonen, der indigenen Kleinbauern und der Kinder und Jugendlichen soll verbessert werden.

Außerdem werden zweisprachige und bikulturelle Erziehungsprojekte von staatlichen Trägern unterstützt.

Bsp.: In Puno (südöstliches Peru) wird ein zweisprachiges Schulprojekt (1991) mit Hilfe der bundesdeutschen TZ und mit Weltbankmitteln gefördert. Anhand dieses Projekts sollte herausgefunden werden, ob zweisprachige Vorhaben zu mehr Erfolg führen würden oder nicht.

Dieses Projekt zeigte nicht den erwünschten Erfolg. Im Gegenteil, die indigene Bevölkerung wehrte sich dagegen, betroffene Eltern z. B. schickten ihre Kinder bewußt auf andere Schulen. Durch das Erlernen von Spanisch wurde die indigene (nur orale!) Sprache (Aymara oder Quechua) abgewertet. Die indigene Kultur wurde als rückständig angesehen und der Bevölkerung von vornherein Grenzen an der Partizipation gesetzt. Die bestehenden sozialen Schichten und Machtverhältnisse wurden von den deutschen Fachkräften in Projektplanung und -durchführung nicht genügend berücksichtigt (KLAR, 1995).

## 10. Zusammenfassung

Die Andenländer weisen eine reiche Vielfalt an Kultur, Geschichte, geographischer Gegebenheiten, z.B. Hochgebirge und Tropenwälder auf. Man muß ein gutes Verständnis dafür haben, um den Ländern zu helfen. Wie in der kritischen Diskussion zu sehen ist, sind räumliche Unterschiede wichtig, obwohl in der Entwicklungsstrategie nur eine geringe Anzahl von Instrumenten und Trägern gebraucht werden. Ein gemeinsamer Dialog wird gebraucht, weil sonst Entwicklungszusammenarbeit nicht wirksam sein kann, aber daneben muß man auch flexibel sein, um Bedürfnisse auf einem individuellen und gesellschaftlichen Niveau zu befriedigen. Es müssen nicht immer mehr Mittel eingesetzt werden, um Erfolg zu haben, sondern diese müssen zu einem effizienteren Einsatz kommen und die Länder zu Wort kommen lassen.

## LITERATURVERZEICHNIS

- BENDER, R. (1982): Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe im Meinungsbild deutscher Landwirte.
- BLISS, F. & GAESING, K. & STEFAN, N. (1997): Die sozio-kulturellen Schlüsselfaktoren in Theorie und Praxis der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit.
- BRUNS, D. (1997): Bolivien, Express Reisehandbuch.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (1998): Journalistenhandbuch, Entwicklungspolitik.
- DANKWORTT, D. (1986): Entwicklung, Entwicklungsprojekte und Entwicklungspolitik, in Loccumer Protokolle 68/85: Gelungene Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit: Kriterien, Beispiele, Perspektiven.
- JEROFKE, H.C. (1992): Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Südamerika nach dem zweiten Weltkrieg.
- HELMY, M. (1989:) Ecuador, Peru, Bolivien selbst entdecken.
- HÖNOW, J. (1996): Zielgruppen, Methoden und Finanzierung nichtstaatlicher Entwicklungspolitik in Industrieländern.
- KLAR, M. (1995): Entwicklungspolitik als "Friedenspolitik"? Die Verschärfung des Nord-Süd Konflikts durch die westliche Entwicklungshilfe.
- MÜNZINGER LÄNDERHEFTE (1998): Politik, Wirtschaft, Soziales - Bolivien, Ecuador, Peru.
- RÜTHER, G. (Hrsg) (1986): Die notwendige Hilfe: Grundlagen, Leitlinien und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit.
- STOCKHAUSEN, J. VON (1986): Theorie und Politik der Entwicklungshilfe: Eine Einführung in die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit.

### 3. PROJEKTERFAHRUNGEN

## 3.1 Themenkomplex: Projekterfahrung

Referent: Markus Schawe

Mitarbeit im Projekt: *Wasser- und Nährstoffkreislauf im Tieflandsregenwald Ecuadors - Vergleich von selektiv genutzten Primärwald mit unterschiedlichen Landnutzungssystemen.* -

Finanzierung: DFG / BMZ-GTZ

Arbeit: Bodendifferenzierung und Bodenqualität im Amazonastiefland - Diplomarbeit

### Projekthinhalte

Mit der Umwandlung Tropischer Regenwälder in Kulturland gehen in Abhängigkeit von den vielfältigen Nutzungssystemen Veränderungen im Nährstoffhaushalt (Littereinträge, Ernteausträge, Erosionsverluste, Sickerungsverluste), in der Bodenphysik (Lagerungsdichte, Aggregatstabilität), im Bodenwasserhaushalt (Infiltration, Bodenwasserspeicherung, verstärkte Austrocknung etc.) sowie im Mikro- und Makroklima (Transpiration, Evaporation, Niederschlag, Bodentemperatur, Strahlung etc.) einher. Im Rahmen der laufenden Arbeiten werden wesentliche Veränderungen anhand typischer Anbausysteme im ORIENTE Ecuadors (Weide, Palma Africana-Plantage, Kaffee- und Kakaopflanzung) untersucht und mit den Bedingungen in einem selektiv genutzten Primärwald verglichen.

Die Arbeiten zum Projekt sind in eine Vielzahl von Fragestellungen eingebettet. Sie stehen dabei insbesondere in Zusammenhang mit der Rio-Konferenz und der daraus hervorgegangenen AGENDA 21. So werden innerhalb des Projektes u.a. Fragen zum Klimawandel nach erfolgter Abholzung des Tropischen Regenwaldes und zur Nachhaltigkeit unterschiedlicher Landnutzungssysteme nachgegangen. Gleichzeitig werden Fragestellungen zum Schutz und zur Nutzung des Tropischen Regenwaldes verfolgt.

Vor allem die enge Zusammenarbeit mit dem staatlichen Agrarforschungsinstitut INIAP (Instituto Nacional de Investigaciones Agropecuarias) bietet hierbei die Möglichkeit, durch einen gegenseitigen Austausch zu einer Umsetzung der Ergebnisse aus der Grundlagenforschung in eine Anwendung zu gelangen.

Letztendlich stellen die bisher seit dem 01.04.1996 erfolgten und die noch bis zum 30.06.2001 beabsichtigten Arbeiten eine erste umfangreiche landschaftsökologische Komplexanalyse mit dem Versuch einer Regionalisierung in Amazonien dar. Die Ergebnisse werden für weitere Regenwaldgebiete in Amazonien und auf der Erde von internationaler Bedeutung sein. Zur Zeit werden pro Jahr 1.839.600 Klimawerte (18 Parameter) erfaßt sowie 1.500 Wasser- und 250 Litterproben genommen, die auf 16 Parameter (=24.800 Werte) analysiert werden. Desweiteren wurden 138 Bodenproben auf ca. 50 Merkmale (=6.900 Werte) untersucht. Die erhobenen Daten stellen die Grundlage für die Modellierungen zum Wasser- und Nährstoffumsatz und für die Arbeiten zur Regionalisierung.

### Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet des Forschungsprojektes liegt im Oriente Ecuadors (Amazonastiefland), nahe dem Dorf San Carlos und Coca, der Hauptstadt, der im Juli 1998 neugegründeten Provinz Francisco de Orellana.

Die Region ist seit Beginn der 70er Jahre durch einen Zuzug von Kolonisten geprägt. Ausgelöst wurde die Immigration Landloser aus der Sierra und der Costa durch den zur Erdölförderung notwendigen Straßenbau. Durch Landnahme und Rodung wird dabei die Fläche des Tropischen Regenwaldes immer stärker zurückgedrängt und insbesondere durch agrarwirtschaftliche Landnutzungssysteme ersetzt. So wurde allein in den Jahren zwischen 1986/1993 die Fläche des dargestellten Ausschnittes (43.278 ha) um 5.620 ha Regenwald reduziert. Davon wurden 3.617 ha in verschiedene Landnutzungssysteme und 1.585 ha in vegetationslose Flächen (Siedlungen, Infrastruktur der Erdölfirmer, Sandbänke etc.) umgewandelt. Die restlichen 418 ha umfassen eine jahreszeitlich bedingte Vergrößerung der Flußläufe.

Das Untersuchungsgebiet läßt sich in drei Untereinheiten differenzieren. Neben den schon erwähnten Kolonisten, die ihre Fincas überwiegend im zentralen und östlichen Bereich des Untersuchungsgebietes bewirtschaften, ist eine größere Gruppe indigener Bevölkerung im westlichen Bereich, am Flußlauf des Rio Coca, anzutreffen. Sie betreiben zum Großteil noch die ursprüngliche Chacra- Wirtschaft. Getrennt werden die Siedlungsgebiete der beiden Bevölkerungsgruppen durch einen Streifen mit vorherrschender Primärvegetation auf feuchteren, schlecht zu bewirtschaftenden Standorten.

## 3.2 Themenkomplex: Projekterfahrung

Referent: Robert Karsten

Mitarbeit im Projekt: *Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen im Departement Santa Cruz* - GTZ-Vorhaben

Arbeit: Bodenkundliche Untersuchung im Municipio Cabezas (Department Santa Cruz / Bolivien) - Diplomarbeit

### Einleitung

Schwerpunkt der bodenkundlichen Untersuchungen im Municipio Cabezas ist der Vergleich zweier Landnutzungssysteme bezüglich der Bodenfruchtbarkeit (bodenphysikalische und bodenchemische Parameter) unter besonderer Berücksichtigung der Veränderung der Nährstoffgehalte bei unterschiedlicher Dauer der landwirtschaftlichen Nutzung. Sie stellen einen Beitrag zur Charakterisierung des Kernproblems im Projektgebiet dar: Die degradierende Nutzung der erneuerbaren natürlichen Ressourcen (insbesondere Wasser und Boden) führt zur Armut und Abwanderung der ländlichen Bevölkerung, unter anderem auch in Kokaanbaubgebiete.

### Historischer Hintergrund

Seit der Landreform 1953 sind deutliche Veränderungen im tropischen Tiefland Boliviens erkennbar. Die Region um Santa Cruz de la Sierra war eines der ersten Kolonisationszentren Boliviens, bis in die 90er Jahre sind viele neue Kolonien gegründet worden. Das Departement Santa Cruz genöß eine starke regionalpolitische Förderung. Folgen waren starke Veränderungen der Landnutzung und der Vegetation. Tropische Regenwaldflächen wurden dabei zurückgedrängt und durch agrarwirtschaftliche Landnutzungssysteme ersetzt. Verstärkt wird dies durch eine rasche Bevölkerungszunahme und einer Zunahme der technologischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Zugewanderte, spontane Siedler betreiben nach wie vor eine traditionelle Bewirtschaftung als Landnutzung. Die gelenkte Kolonisation hingegen ist sehr viel stärker technisiert und arbeitet mit großem mechanischen und maschinellen Einsatz. Die Flächen sind großflächig und weisen nur wenige Windschutzstreifen auf, Folgen und Probleme sind Verspülung, Verdichtung, Winderosion und die damit einhergehende Bodendegradation.

### Grundgedanke

Ausgehend von der siedlungsgeographischen Geschichte des bolivianischen Oriente und der damit einhergehenden agrarwirtschaftlichen Erschließung des amazonischen Tieflandes im Departamento Santa Cruz sollen im Rahmen von zwei Diplomarbeiten (Michael Markussen und Robert Karsten) Untersuchungen durchgeführt werden, die die Auswirkungen unterschiedlicher Landnutzungssysteme auf das Bodenpotential bestimmen. Bei den agrarwirtschaftlichen Landnutzungssystemen handelt es sich um: a) Intensivbewirtschaftung nach Durchführung von maschineller Rodung. Hiernach technisierter, großflächiger Anbau von Monokulturen (Soja, Weizen, Sonnenblume, Baumwolle). Anwendung findet dieses Landnutzungssystem unter anderem und in größerem Maßstab in den Kolonien der Mennoniten. b) kleinparzellige Brandrodungswirtschaft der zugewanderten, spontanen Siedler aus Monteagudo, deren Zuwanderung und Erschließung des bolivianischen Oriente der Staat durch Landvergabe von 50 ha fördert. Hauptgegenstand der bodenkundlichen Untersuchungen ist der Vergleich zweier Landnutzungssysteme: Auf der einen Seite das kleinbäuerliche Anbausystem, auf der anderen Seite die intensive Landnutzung der Mennoniten mit großem maschinellen Einsatz. Die laboranalytischen, bodenchemischen Untersuchungen sollen herausstellen, inwieweit sich die Ressource Boden nach langfristiger Nutzung in Abhängigkeit vom Nutzungssystem verändert hat. Dabei stehen vor allem die langfristige Nährstoffreserve als auch die pflanzenverfügbaren Nährstoffe im Vordergrund des Interesses, um aussagen zu können, ob unter der angewandten

Bewirtschaftungsform eine Degradation der Flächen erfolgt. Die bodenphysikalischen Untersuchungen im Feld und im Labor dienen vor allem der Bestimmung von Veränderungen der Infiltrationseigenschaften der Böden durch die Inwertsetzungsarbeiten und die Kultivierungstechniken, die im Rahmen der unterschiedlichen Landnutzungssysteme stattfinden. Insbesondere durch den Einsatz schweren Geräts zur maschinellen Rodung kann man von einer Beeinträchtigung der Infiltrationseigenschaften und somit der hydrologischen Bodenbedingungen durch Erhöhung der Lagerungsdichten, Kompaktierung und Bodenverdichtung ausgehen.

## Betrifft: abstract über Vortrag Robert : Projekterfahrung Diplomarbeit / Bolivien

Die Idee zur angefertigten Diplomarbeit entstammt den Vorschlägen eines am Institut ansässigen Dozenten (Prof. Gerold). Das Thema wurde mittels Aushang am „Schwarzen Brett“ bekannt gegeben. Solche „Schwarzen Bretter“ finden sich im Foyer des GI und innerhalb der einzelnen Institutsbereiche / Abteilungen (2. Stock aufwärts). Jeder Student/In kann sich bei gegebenem Interesse mit den entsprechenden Verantwortlichen auseinandersetzen. Auch ohne konkrete Thematisierung einer Fragestellung ist es kein Fehler, wenn sich der/die Student/In im Interessenbereich um Mitarbeit (HiWi, Praktikum, Diplom-/Examensarbeit) bewirbt. Fragen kostet nichts !

Um die anzufertigende Arbeit im Rahmen der Diplomprüfungsordnung zu vollbringen, bedarf es weiterer Bedenken:

- Finanzielle Unterstützung seitens des Institutes / der Abteilung gegeben ?
- Drittmittelgelder (DFG, DAAD, GTZ, etc.) für etwaige Auslandsaufenthalte vorgesehen ?
- Durchführbarkeit bestimmter Parameter / Analysen vor Ort möglich ?
- Umfang der Ansprüche seitens der Professur für Diplomarbeit angemessen ? (ev. Rücksprache mit höheren Semestern)
- Wissenschaftlicher Ansatz nachvollziehbar und tatsächlich wissenschaftlich ?
- u.v.m.

### Projekterfahrung Bolivien:

Wie bereits erwähnt, wurde das Thema der Arbeit durch eine am Institut ansässige Professur vorgeschlagen. Dank eines interdisziplinären Programms zwischen den Universitäten von Göttingen und Bolivien konnten im Vorfeld des Feldaufenthaltes Zusagen zur logistischen Unterstützung des Kandidaten eingeholt werden. Ferner wird die wissenschaftliche Zusammenarbeit der Partner vom DAAD (Deutscher Akademischer Austausch-Dienst) finanziell unterstützt, so daß dem Student im Rahmen dieses Partnerschaftsabkommens sowohl die Kosten für den Flug als auch eine monatliche Auslandspauschale von 500,- DM bezahlt wurden.

Über die Professur bestanden ferner Kontaktadressen zu Bolivien und dort ansässigen Institutionen, welche für die logistische Durchführbarkeit der Arbeiten unabdingbar waren. Mit dem Dozenten als Unterzeichner konnten somit schon von Deutschland aus wichtige Absprachen und Vorbereitungen mit den Ansprechpartnern in Bolivien getroffen werden. Dies ist umso bedeutender, als daß im Vorfeld der Arbeiten im Kontakt mit den Ansprechpartnern und mithin Zielgruppen im Ausland die eigenen Vorstellungen durch die ausländischen ergänzt bzw. modifiziert werden können. Ziel könnte es dabei sein, die Resultate der Arbeiten den ausländischen Methodiken und Bedürfnissen anzupassen, um nicht einem institutsinternen Prozedere gemäß ausschließlich in die eigene Tasche zu arbeiten.

Nach Vorbereitung der wissenschaftlichen Aspekte der Arbeit können die Kontaktadressen auch für die privaten Belange genutzt werden. Auch wenn davon auszugehen ist, daß man im Ausland eine günstige Bleibe finden kann, sollte schon im Vorfeld versucht werden, über die Ansprechpartner eine Kontakt- bzw. Wohngelegenheit zu organisieren. Auch wenn die Korrespondenz nur über die formelle, postalische Adresse einer Institution verläuft, gilt auch hier: „Fragen kostet nichts“.

### Problemstellungen im Gastland:

Wer als wissenschaftlicher Nachwuchs, als Praktikant oder Diplomant die Gelegenheit bekommt, im Ausland seine eigenen Interessen zu verfolgen, sollte nicht davon ausgehen, daß er/sie auch gleichzeitig ebendort gebraucht wird. Vielmehr bedarf es zur Durchführung der eigenen Idee eher

der Hilfe des Gastgebers. Die Hilfeleistung wird dabei umso wahrscheinlicher, je freundlicher sie erbeten wird und es kann vernichtend sein, wenn der Kandidat versucht, seinen Plan auf Biegen und Brechen durchzuziehen. Selbst die höchsten Instanzen der Zusammenarbeit in Deutschland vollführen im Rahmen ihrer Projektplanung Anpassungen, um das Globalziel nicht zu realisieren, sondern den Umständen entsprechend zu optimieren. Ferner wird bei der Durchführung eines Projektes / eines Plans empfohlen, „Best-case“- und „Worst-case“-studies zu erstellen, um bei Unwägbarkeiten flexibel zu bleiben und das Beste aus einer Problemsituation machen zu können.

P.S.: Eigene Erfahrungen machen den Abschluß einer Auslandskrankenversicherung unabdingbar.

### 3.3 Themenkomplex: Projekterfahrung

Referentin: Meike Wollni

Mitarbeit im Projekt: *Förderung von Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen in La Paz - Bolivien*

**CEPAS** - bischöfliche Kommission, hat verschiedene Programme, u.a. PEAP

**PEAP** - Programm für technische Assistenz (Studien und Unterstützung der Produktion)

**FONCRESOL** - Fonds für solidarische Kredite

Gefördert werden Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, die von normalen Banken keine Kredite erhalten (= nicht kreditwürdig sind). Sie sollen durch den Kredit die Möglichkeit erhalten, produktive Vorhaben zu realisieren, und damit ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.

Voraussetzung für die Bereitstellung eines Kredits ist, dass die Antragssteller in einer Gruppe organisiert sind, bzw sich zu diesem Zweck organisieren. Es werden keine Einzelpersonen unterstützt.

Das können sein:

Verbände der Produzenten, Agrargenossenschaften, Frauengruppen, Bauern- bzw Dorfgemeinschaften oder andere informelle Gruppen.

Voraussetzung ist außerdem, dass der Kredit für ein konkretes Projekt eingesetzt wird, also z.B. für den Kauf von Produktionsmitteln zur landwirtschaftlichen Ertragssteigerung. Die Rückzahlung der Kredite (in Raten) soll durch die aus dem Projekt resultierenden Einnahmen gewährleistet werden. Es werden keine Konsumkredite vergeben.

Es werden Projekte in den Bereichen:

- \* Landwirtschaft und Viehzucht
- \* Bergbau
- \* Kleingewerbe (städtisch)

Gefördert.

In den PEAP-Büros der Departamentos arbeiten technische Mitarbeiter, an die sich die Gruppe mit einer Projektidee wenden kann. Sie erhält Unterstützung in der Organisation der Gruppe, der Planung des Projekts und beim Schreiben des Antrags.

Der Antrag enthält u.a. einen genauen Arbeitsplan, in dem die benötigten Geräte, Materialien, Tiere, Arbeitskraft, etc aufgelistet sind, ein genauer Zeitplan zur Durchführung der Aktivitäten, eine Kostenkalkulation und der zu erwartende Gewinn.

Der Antrag wird an das Hauptbüro von PEAP/FONCRESOL in La Paz geschickt. Dort wird der Antrag geprüft und daraufhin angenommen bzw abgelehnt.

Um die Prüfung zu erleichtern, und damit auch den dafür aufgewandten Zeitraum zu verkürzen, haben wir in der Zeit als ich da war eine Datenbank eingerichtet.

Die Datenbank enthält Informationen über die Produktion verschiedener Produkte (Kartoffeln, Mais, Milch, Rindfleisch,...) in den verschiedenen ökologischen Zonen (Altiplano, Bergregenwald,...).

Wird z.B. von einer Dorfgemeinschaft vom Altiplano ein Kredit für den Kauf von Düngemittel angefordert, um den Ertrag ihres Kartoffelanbaus zu steigern, können die Daten im Computer abgerufen und mit den im vorliegenden Projektantrag angegebenen Daten verglichen werden. So kann auf schnelle und einfache Weise festgestellt werden, ob es sich um realistische Daten handelt.

Projekt **Yanapanaku** (= gegenseitige Hilfe)

FONCRESOL ist von CRS (nordamerikanische Caritas) angesprochen worden, als lokale Partnerorganisation das Projekt vor Ort durchzuführen.

Und zwar sollten in den ländlichen Dorfgemeinschaften Potosís von jeweils 15 bis 20 Frauen Bancos Comunales (Kreditgenossenschaften) gegründet werden. Das Projekt sieht die Ausbildung der Frauen und die Bereitstellung von Krediten vor. Durch ein monatliches Sparen (festgesetzter Sparsatz) der Mitglieder, soll die Bank Geld zur Verfügung haben, um intern Kredite zu vergeben.

Eine Durchführbarkeitsstudie sollte zeigen, wo die minimalen Voraussetzungen (ungeddeckte Nachfrage nach Krediten, ökonomische Aktivität, Anbindung an Markt) für die Schaffung von Bancos Comunales gegeben sind.

Die Schritte wurden von CRS vorgegeben:

1. Statistische Daten über die Municipios,
2. Danach werden die Zonen ausgewählt, in denen die Studie durchgeführt werden soll,
3. Einzelbefragung vor Ort mit Hilfe eines Fragebogens,
4. Qualitative Gruppenbefragung, um die bisherige Information zu korrigieren und zu ergänzen,
5. Ergänzung der technischen Daten über die Municipios mittels der Befragung von Schlüsselinformanten (Bürgermeister,...),
6. Auswertung der Daten,
7. Erarbeitung und Präsentation eines Berichts mit Empfehlungen bezüglich der Durchführbarkeit.

Folgende Ergebnisse sollte die Studie erbringen:

- \* Annäherung an die Situation im ländlichen Raum in den ausgewählten Zonen
- \* Auswahl der Zonen, in denen das Projekt durchgeführt werden soll
- \* Festlegung der Eigenschaften eines Kreditsystems für den Projektstart
- \* möglicherweise Integration weiterer in den Zonen existierender Bedürfnisse in das Projekt

CRS stellte einen Koordinator, der uns in Potosí eine Einführung gegeben hat. Unsere Aufgabe war die Durchführung der Punkte 3), 4) und 5), also die Befragungen vor Ort.

Bei der praktischen Durchführung stießen wir dennoch auf Probleme:

1. Es sollten 43 Einzelinterviews in jedem Municipio durchgeführt werden, davon 90% Frauen und 10% Männer. Ausserdem sollten die für das qualitative Interview gebildeten Grupos Focales möglichst reine Frauengruppen sein.

In einigen Dorfgemeinschaften war es aber überhaupt schwierig, die nötige Anzahl an Interviewpartnern zu finden, war die Dorfbewohner tagsüber auf ihren Feldern waren. Vor allem für die Bildung von Gruppen waren eher die Männer unsere Ansprechpartner.

2. Mit den Fragestellungen waren die Befragten teilweise überfordert. In der Praxis wurde deutlich, dass die Fragebögen von Aussenstehenden (CRS) formuliert worden waren und nicht an die Gegebenheiten vor Ort angepasst waren.

### Problematische Fragestellungen:

#### Finanzielle Situation der Haushalte

- \* Wie hoch ist das Gesamteinkommen pro Woche?
- \* Wie hoch sind die Ausgaben pro Woche?
- \* Wieviel gibt die Familie im Jahr für Gesundheit / Ausbildung / Wohnung aus?
- \* Wie hoch sind die Einnahmen aus dem Verkauf der eigenen Produktion?
- \* Anzahl der im vergangenen Jahr verkauften Tiere?

#### Interesse an Krediten / Sparen

- \* Höhe des Kredits?
- \* Zu welchen Konditionen? (Zinsen, Garantie, Raten...)

#### Technische Daten über das Municipio

- \* Wieviel ha bewirtschaftet eine Familie im Durchschnitt?
- \* Wie hoch ist die Produktion pro ha?

## 4. PROJEKTPLANUNG

## Problem

- Bevölkerungswachstum
- ungerechte Landverteilung
- Orientierung an kurzfristigen Gewinnen
- Verarmung.....

Intensivierung  
landwirtschaftlicher  
Produktion

Nutzungsdruck auf Wälder und Boden

## Folgen

- Ausweichen auf marginale Standorte (ungeeignete Böden)
- verkürzte Brachezeiten
- nicht standortgerechte Anbausysteme
- rasche Abnahme der Bodenfruchtbarkeit (landwirtschaftliches Produktionspotential)
- Übernutzung
- Erosion

Boden

- ständige Ausweitung der Anbauflächen auch auf Extremstandorte zu Lasten der natürlichen Ökosysteme (Entwaldung)
- Schwund der Artenvielfalt

Wald

- Verarmung der ländlichen Bevölkerung und Landflucht

## Ressourcenmanagement

- *Erkennung der ökologischen und sozioökonomischen Ursachen*
- *Entwicklung von standortspezifischen, auf nachhaltige Sicherung der Bodenfruchtbarkeit abzielenden Landnutzungssystemen*
- *Entwicklung von Indikatoren zur Abschätzung des gegenwärtigen Zustands und einer möglichen Entwicklung des Bodens (Bodenmonitoring)*
- *Untersuchung von Bodennutzungsformen auf Bodenfruchtbarkeit (Bodenbearbeitung, Fruchtfolgen)*
- *Erosions- und Windschutzmaßnahmen*

Boden

- *Entwicklung von Schutzkonzepten zum Erhalt von Primär- und Sekundärwäldern*
- *Entwicklung standortspezifischer Bewirtschaftungsmethoden um Druck auf Primärwälder zu mildern*
- *Entwicklung von Maßnahmen zur Rehabilitierung bereits degradierter Flächen*

Wald

- *Alle Maßnahmen sollen nach Möglichkeit ökologisch angepaßt, ökonomisch sinnvoll und langfristig vorteilhaft für Bevölkerung sein*

## Umsetzung:

- *Interdisziplinarität (Forstwissenschaft, Bodenkunde, Soziologie u.a.) um Entscheidungen mit größtmöglicher Hintergrundinformation treffen zu können*

## Ziel:

- *Übertragbarkeit von Ansätzen*

## Schritt 1: Identifizierung von Zielgruppe und Partnern

Tab.1 : Phasen, Instrumente und Teilziele der Situations- und Potentialanalyse

Arbeitsschritt	Instrumente	Teilergebnis
1. Teilzielgruppe (TZG) auf der Grundlage ihrer aktuellen Ressourcennutzung und ihres Potentials für den Schutz identifizieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Partizipative Analyse</li> <li>◆ Workshops</li> <li>◆ Gruppen- und Einzelgespräche</li> </ul>	Ressourcennutzung und Schutzpotential der wichtigsten Teilzielgruppen sind bekannt
2. Analyse der vorhandenen Kenntnisse zu den Auswirkungen der aktuellen Ressourcennutzung pro Teilzielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ siehe 1.</li> </ul>	Bedarf an Beratung und Fortbildung zu Folgen der aktuellen Ressourcennutzung sind identifiziert
3. Analyse der Strukturen der Informationsvermittlung innerhalb und zwischen den Teilzielgruppen sowie mit externen Informationsquellen	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ siehe 1.</li> </ul>	Möglichkeiten der Informationsvermittlung zwischen TZG sowie TZG und externen Infoquellen sind bekannt
4. Identifizierung möglicher Partner für Umweltbildung (NRO, Basisgruppen, Lehrer, Dorfpersönlichkeiten)	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Gruppen- und Einzelgespräche</li> <li>◆ sowie siehe 1.</li> </ul>	Partner für Beratung und Fortbildung sind identifiziert

## Schritt 2: Erarbeitung von Maßnahmen und Inhalten

Tab.2 : Phasen, Instrumente und Teilziele der Erarbeitung von Maßnahmen und Inhalten

Arbeitsschritt	Instrumente	Teilergebnis
1. Interessen und Nachfrage nach zusätzlichen Kenntnissen sowie Verständnisdefizite für Zusammenhänge gemeinsam mit der jeweiligen TZG und den Partnern identifizieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Workshops</li> <li>◆ Gruppendiskussionen</li> <li>◆ Instrumente der partizipativen Analyse</li> </ul>	Ein Themenkatalog entsprechend den Bedürfnissen und Interessen der TZG ist erstellt
2. Formen der Vermittlung und der internen Weiterverbreitung von Inhalten mit der TZG und den Partnern vereinbaren	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Workshops</li> <li>◆ Gruppendiskussionen</li> </ul>	Prozesse der Vermittlung und Verbreitung sind bekannt
3. Multiplikatoren identifizieren, fortbilden und in weitere Arbeit einbeziehen	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Einzelgespräche</li> <li>◆ Workshops</li> <li>◆ Gruppenarbeit</li> </ul>	Personal für die Vermittlung der identifizierten Inhalte ist verfügbar
4. Partner für die Erarbeitung von thematischen Einheiten identifizieren und Einheiten erarbeiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Gespräche</li> <li>◆ Gruppenarbeit</li> <li>◆ Einzelarbeit</li> </ul>	Entwürfe für fachlich gute Module für die Vermittlung von Kenntnissen liegen vor
5. Module mit den Vertretern der verschiedenen TZG spezifisch testen, diskutieren und verbessern	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Gruppensitzungen</li> <li>◆ Gruppen- und Einzelarbeit</li> </ul>	Module sind auf Grundlage der Testergebnisse verbessert
6. Ergänzende Spaßmaßnahmen gemeinsam mit Vertretern der TZG und Partnern identifizieren und vorbereiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Gruppensitzungen</li> <li>◆ Gruppen- und Einzelarbeit</li> </ul>	spaßorientierte Aktivitäten sind in den Ablauf der Beratungsaktivitäten integriert

### Schritt 3: Durchführung und Evaluierung von Maßnahmen der Ressourcenschutz-Beratung

Tab.3 : Phasen, Instrumente und Teilziele der Durchführung und Evaluierung von Maßnahmen

Arbeitsschritt	Instrumente	Teilergebnis
1. Beratungseinheiten durchführen und systematisch Wirkung, Einschätzung und Feedback der TZG erfassen	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Gruppengespräche</li> <li>◆ Workshop</li> </ul>	Beratungsinhalte sind vermittelt und im Hinblick auf ihre Wirkung auf die TZG erfaßt
2. Multiplikatoren didaktisch und fachlich betreuen	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Beobachtung</li> <li>◆ Rückmeldung zur Wirkung, Feedback der Zielgruppe</li> <li>◆ Planungsunterstützung</li> <li>◆ logistische Unterstützung</li> </ul>	Die Multiplikatoren arbeiten inhaltlich und methodisch zufriedenstellend
3. Partner regelmäßig informieren und um Rückmeldung bitten, bedarfsgemäß unterstützen	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Gruppengespräche</li> <li>◆ Beobachtung</li> <li>◆ Rückmeldung zur Wirkung, Feedback der Zielgruppe</li> <li>◆ Planungsunterstützung</li> <li>◆ logistische Unterstützung</li> </ul>	Partner sind in den Ablauf einbezogen und arbeiten absprachegemäß
4. Weiterverbreitung innerhalb der TZG beobachten und betreuen	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Beobachtung</li> <li>◆ Rückmeldung zur Wirkung, Feedback der Zielgruppe</li> <li>◆ Planungsunterstützung</li> <li>◆ logistische Unterstützung</li> </ul>	Mechanismen der Weiterverbreitung von Informationen sind bekannt und werden genutzt
5. Quantitative und qualitative Zahlen zu Teilnehmern an der jeweiligen Maßnahme erheben, analysieren und an alle Beteiligten vermitteln	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Beobachtung</li> <li>◆ Gruppengespräche</li> </ul>	Quantitative und qualitative Indikatoren der Teilnahme an Beratungsmaßnahmen sind bekannt
6. Indikatoren für Veränderungen in der Ressourcennutzung mit den TZG vereinbaren und verfolgen	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Beobachtung</li> <li>◆ Gruppengespräche</li> </ul>	TZG beobachten und berichten über Veränderungen in der Ressourcennutzung

## 4.2 Fallbeispiel Quasiland

Themenkomplex: Projektplanung

Fallbeispiel: Landwirtschaftliche Produktion in Quasiland

Das Hauptproblem, dem man in Quasiland, einer überwiegend von der Landwirtschaft abhängigen Republik in Südamerika, gegenübersteht, ist das Unvermögen, die ackerbauliche Produktion zu steigern, um die Versorgung der wachsenden Bevölkerung und die Erhöhung des nationalen Einkommens in Relation zum Bevölkerungswachstums zu gewährleisten. Die gesamte ackerbauliche Produktion ist in den vergangenen zehn Jahren konstant geblieben. Im gleichen Zeitraum betrug der Bevölkerungszuwachs jährlich 2,5 %. Dies hat in den letzten Jahren zu einem starken Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens geführt. Die Folgen sind die Verschlechterung des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung von Quasiland und damit einhergehende Begleiterscheinungen wie zunehmende Unterernährung, schlechte Gesundheit, steigendes Analphabetentum, Abwanderung in die Slums von Quasiopolis (der Landeshauptstadt) und dort wiederum hohe Arbeitslosigkeit und politische Unruhen.

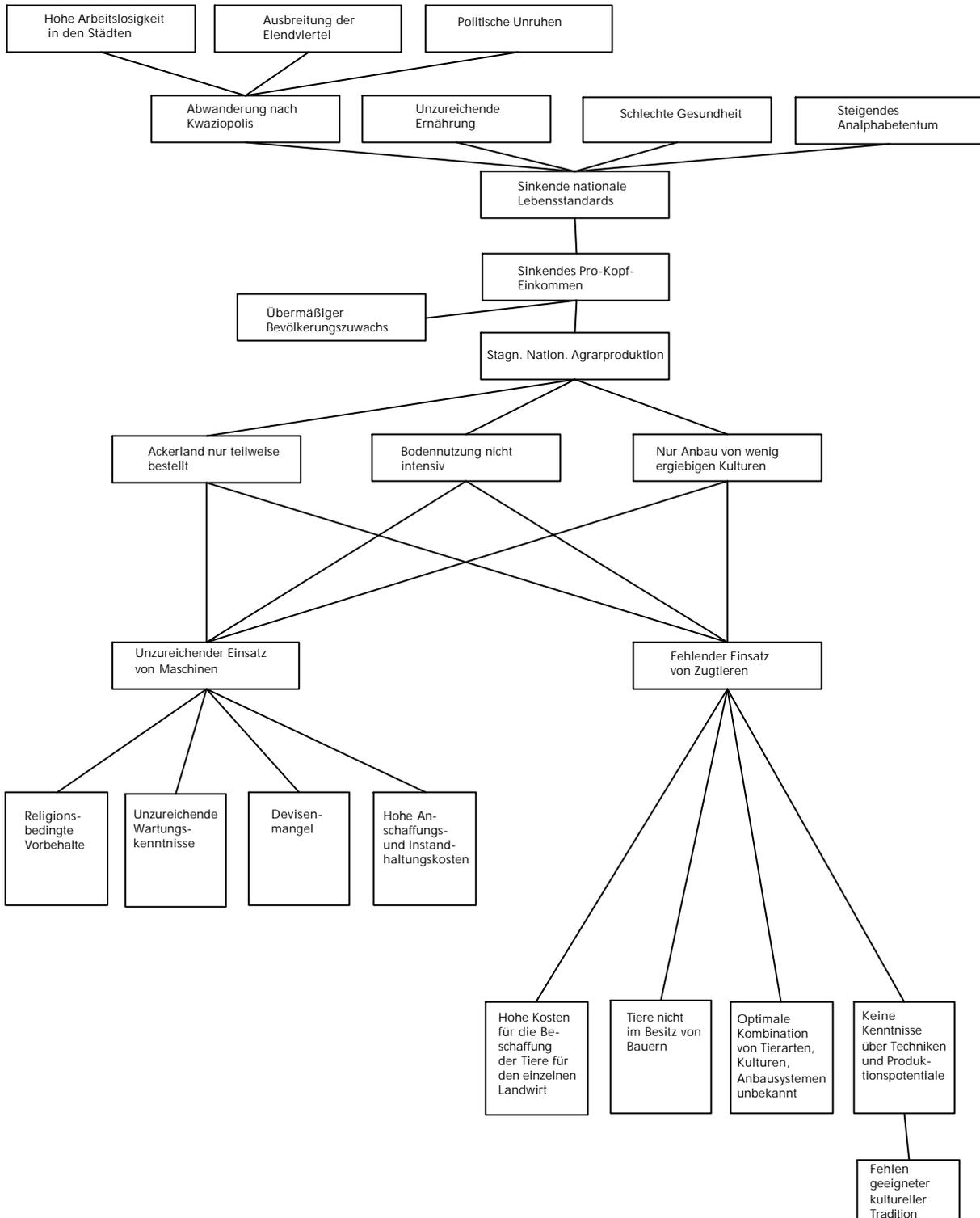
Sowohl von der Regierung in Quasiland als auch von ausländischen Experten sind bereits etliche Untersuchungen durchgeführt worden, um die Ursachen der stagnierenden ackerbaulichen Produktion festzustellen. Wiederholt wurde in diesen Studien nachdrücklich darauf hingewiesen, daß für die Landwirtschaft und damit verbundenen Tätigkeiten nur die menschliche Muskelkraft mit ihrer begrenzten Leistungsfähigkeit zur Verfügung steht. Dies hat offensichtlich dazu geführt, daß schon immer nur ein geringer Teil der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen regelmäßig bestellt wurde. Darüberhinaus kann selbst das bestellte Ackerland aus o. g. Grund nicht ausreichend intensiv genutzt werden. Der Anbau in den meisten Gebieten bleibt außerdem auf wenige nicht sehr ergiebige Kulturen beschränkt. Das Haupthindernis für den Einsatz von Maschinen (z. B. Traktoren, Erntemaschinen und Bewässerungspumpen) bilden die hohen Anschaffungs-, Betriebs- und Instandhaltungskosten, fehlende Devisen z. B. zum Kauf der Maschinen und Treibstoffe, unzureichende Wartungskennnisse und religionsbedingte Vorbehalte gegen die Benutzung der „Teufelsgeräte“ für die Erzeugung von Nahrungsmitteln.

Ähnlich negative Faktoren hemmen in der Landwirtschaft und damit verbundenen Bereichen den Einsatz von Zugtieren als Alternative zu den Menschen. Dazu gehört bei den Ackernbauern die fehlende Haltung geeigneter Tierarten und damit Tradition, die den Einsatz von Tieren nahelegen würde. Gegenwärtig dienen die gehaltenen einheimischen Rinder nahezu ausschließlich als Statussymbol und zur Erzeugung von Milch, aus der die nationale Delikatesse, der „Quasi-Käse“, zubereitet wird. Folglich sind die Kenntnisse über das Produktionspotential eines Zugtiereinsatzes und die bei der Anspannung anzuwendenden Techniken denkbar gering. Darüberhinaus repräsentiert jedes Tier einen erheblichen Kapitaleinsatz, der die Mittel der meisten Bauern, bei denen es sich durchweg um Kleinbauern handelt, übersteigt. Die relative Eignung der einheimischen Rinder und anderer Arten und Rassen für besondere Gebiete und Anbausysteme ist noch nicht hinreichend bekannt.

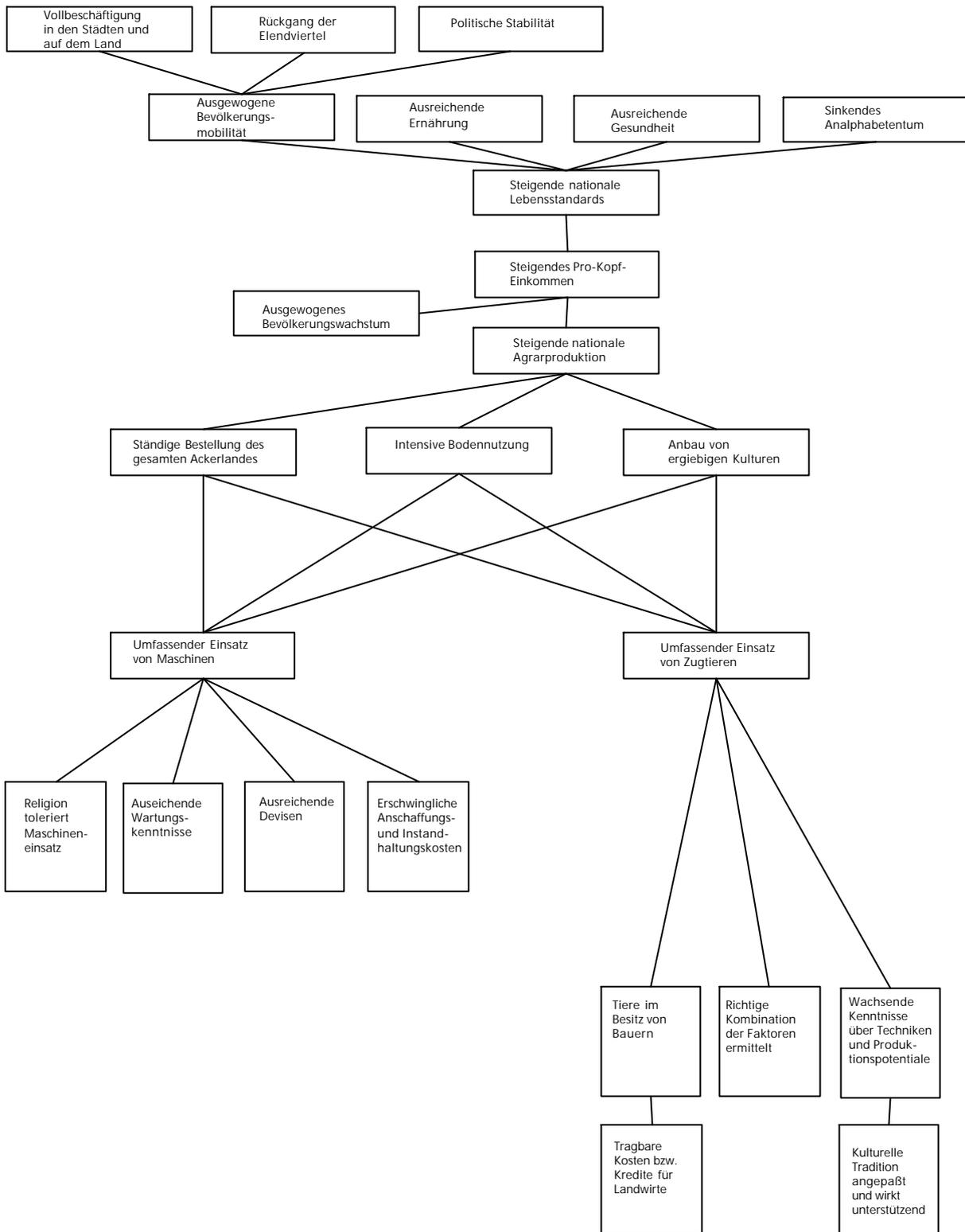
Angesichts der oben beschriebenen komplizierten Situation hat das Landwirtschaftsministerium von Quasiland den Wunsch geäußert, daß ein GTZ-Team auf der Grundlage der vorliegenden Informationen zumindest die folgenden Aufgaben erfüllt, bevor Quasiland sein Landwirtschaftsdilemma angeht:

1. Erstellung einer systematischen Übersicht aller wesentlichen sektorellen Probleme sowie deren Wechselbeziehungen (Problemanalyse).
2. Erstellung einer systematischen Übersicht potentieller Zielsetzungen sowie deren Wechselbeziehungen (Zielanalyse).
3. Auf der Basis der Zielanalyse Identifizierung mehrerer vorläufiger alternativer Zielvorstellungen, welche die Grundlage für ein oder mehrere Projekte bilden könnten, die auf eine wesentliche Steigerung der ackerbaulichen Produktion in Quasiland abzielen.

QUASILAND; LANDWIRTSCHAFTLICHER SEKTOR  
ENTWURF FÜR EINE PROBLEM-HIERARCHIE



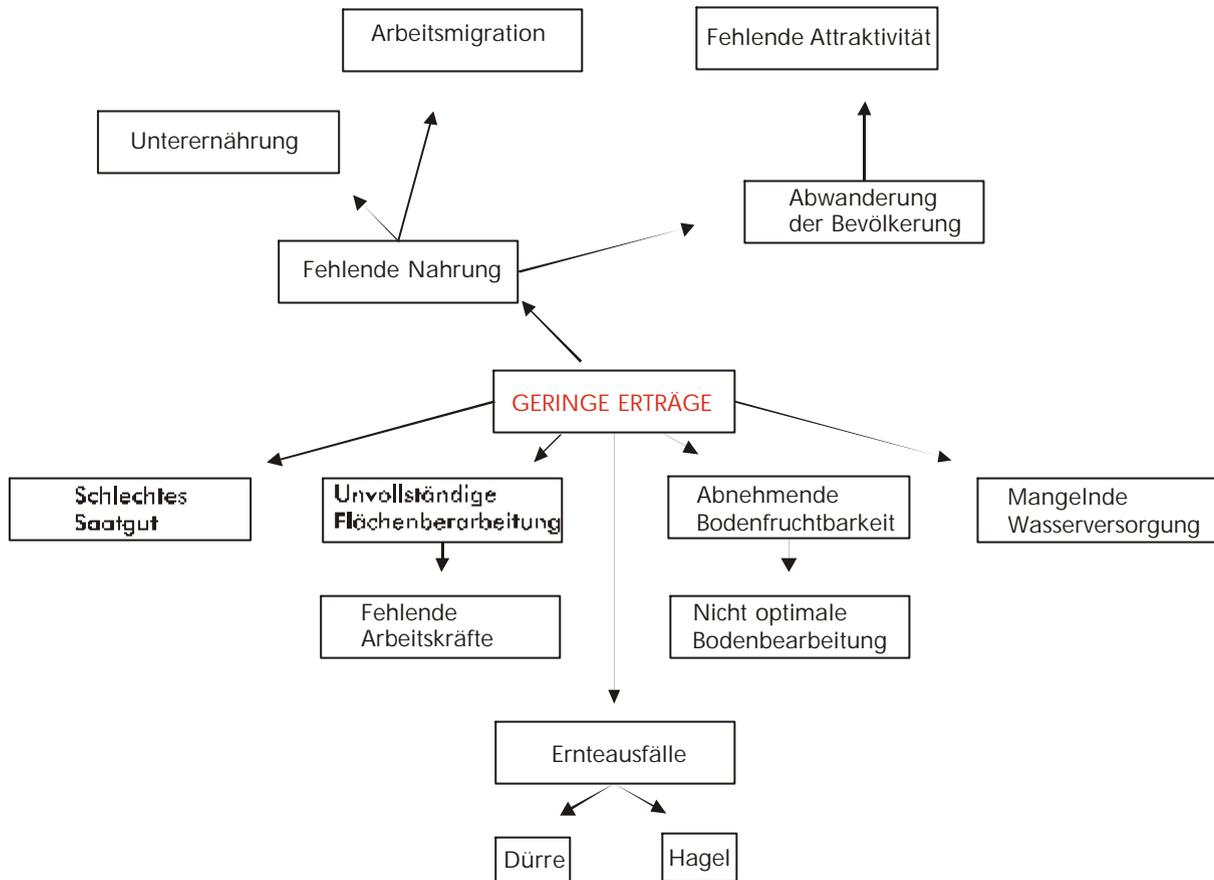
QUASILAND; LANDWIRTSCHAFTLICHER SEKTOR  
ENTWURF FÜR EINE ZIEL-HIERARCHIE



## 5. Projektausarbeitung

## 5.1 Problem: Geringe Erträge

Probleme:



Ziele:

Ertragssteigerung um 50% in 3 Jahren

Messbare Ziele:

1. Anwendung von verbessertem Saatgut von allen Familien innerhalb eines Jahres
2. vollständige Flächennutzung in 3 Jahren
3. Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit in 3 Jahren
4. Anschluß aller Felder an Bewässerungskanäle in 3 Jahren, innerhalb eines Jahres mindestens der bewirtschafteten Felder

Maßnahmen:

1. Kauf von verbesserten Sorten, Einweisung der Bevölkerung in die Nutzung des Saatgutes und Pflege
2. Verbesserung der Pflugtechnik
3. Düngemittel; Aufklärung über Einsatz der Düngemittel, Pflege des Erosionsschutzes, Bodenbearbeitungstechniken, Anbaumethoden; Errichtung von Kanälen, Einweisung in Nutzung

1. Umsteigen auf reproduzierbare Kartoffelsorte  
(ertragreicher als ursprünglich genutzte Kartoffel, aber weniger ertragreich als neu eingeführte Kartoffel)
2. Mischkultur  
=Anreiz für einseitigen Kartoffelanbau nicht mehr da, weil Preis am Markt für diese Kartoffel nicht überdimensional
3. Bildung einer Nutzungsgemeinschaft, die einen Kanalnutzungsplan aufstellt

## 5.2 Problem: Brain Drain

### Ursachen:

- Bildung
- Keine Arbeitsmöglichkeiten
- Kein Geld
- Unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot
- Schlechte medizinische Versorgung
- "Minderwertigkeitskomplexe"
- TV und Radio

### Konsequenzen:

- Landwirtschaft wird vernachlässigt
- Entwurzelung/Verlust der Tradition
- Mangelnde Motivation
- "Entvölkerung"
- "Verlust von Know-How"

### Ziele:

- Verringerung von Brain Drain

### Messbare Zielvorgabe:

- Erhöhung des Anteils qualifizierter Leute

### Maßnahmen:

- Gründung eines Kulturvereins
- Stärkung der regionalen Identität
- Verbesserung des Freizeitangebots
- Kooperation mit anderen Dorfgemeinden

### 5.3 Problem: Umweltverschmutzung

